



3. Heft / 6. Februar 1908

OTTO HUE · ZUM WAHLRECHTSKAMPF IN PREUSSEN



M vorigen Jahr habe ich in diesen Heften¹⁾ der Meinung Ausdruck gegeben, wenn die Bewegung für eine Wahlrechtsreform in Preussen die Volksmasse ergriffe, würden die Liberalen vor ein *Entweder-oder* gestellt sein. Schon jetzt kann gesagt werden, dass jene liberalen oder freisinnigen Parteiführer, die gehofft haben um dies *Entweder-oder* herumzukommen, die Stärke des freiheitlichen Dranges im Volke, selbst innerhalb der freisinnig-liberalen Gefolgschaft, unterschätzt haben. Ich will nicht von den dankenswerten Bemühungen der Herren Barth, von Gerlach usw. um die Aufrüttelung der freisinnig-liberalen Bürger reden, sondern möchte mich auf eine Skizzierung der Stimmung in den Arbeiterkreisen, und zwar den nichtsozialdemokratischen, beschränken.

Mit aller Deutlichkeit hat die in Düsseldorf erscheinende, von Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinsanhängern begründete *Arbeiterzeitung* schon seit Monaten zum entschiedenen Wahlrechtskampf aufgefordert. Hinter diesem Blatt stehen die rheinisch-westfälischen Arbeiterwähler, die den freisinnigen Parteien noch verblieben sind und eifrig für sie agitieren. Und nun hat der liberal-demokratische Arbeiterausschuss eine sehr scharfe Resolution gegen den Teil der freisinnig-liberalen Parteiführer angenommen, der auf die brüske Zurückweisung des freisinnigen Wahlrechtsantrages durch den Fürsten Bülow nicht mit einer Kriegserklärung geantwortet hat. Am 23. Februar soll in Essen ein *Fortschrittlicher Arbeitertag für Rheinland-Westfalen* abgehalten werden. Wie ich die Stimmung der freisinnig-liberalen Arbeiterwähler kenne, wird es in Essen zu einer schroffen Absage an die freisinnigen *Diplomaten* kommen. Namentlich das Hirsch-Dunckersche Bergarbeiterorgan fordert den Ersatz des preussischen Dreiklassenwahlsystems durch das Reichstagswahlrecht. Leicht begreiflich, wenn man sich erinnert, dass gerade die Bergarbeiter, ohne Unterschied der Parteirichtung, vom preussischen Landtag übel behandelt worden sind. Man wird es den Arbeitern nicht klar machen können, dass *mit Rücksicht auf die allgemeine Situation* dieser Regierung noch weiter Heeresfolge geleistet werden müsse. Wie nur zu natürlich, hat die

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Zum sozialdemokratischen Parteitag in Essen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 693 ff.

sozialdemokratische Wahlrechtsaktion auch anregend auf die nichtsozialdemokratischen Arbeiter gewirkt; der Stein ist ins Rollen gekommen und wird schliesslich vor die Türen derjenigen schmettern, die immer noch nicht einsehen, was die Stunde von einem Politiker heischt, der Wert darauf legt nicht isoliert vom Volke zu stehen.

Auch die den Nationalliberalen noch anhängenden evangelischen Arbeiter sind nicht mehr unberührt von der Wahlrechtsbewegung. Im *Evangelischen Arbeiterboten* wird die abweisende Haltung der Regierung sehr abfällig kritisiert. Bei dieser Gelegenheit bestätigt uns auch das Blatt, dass auf dem zweiten christlichnationalen Arbeiterkongress ein Antrag für das direkte, allgemeine und geheime Wahlrecht von dem Kongressausschuss zurückgewiesen worden ist, und zwar mit der Begründung, das sei eine *politische Angelegenheit*, mit der sich dieser Kongress nicht beschäftigen dürfe. Diese Begründung ist sehr fadenscheinig: hat sich doch der Kongress auch mit so zweifellos politischen Angelegenheiten wie das Vereins- und Versammlungsrecht und die Besteuerung der Konsumvereine usw. beschäftigt. Warum nun gerade der Wahlrechtsantrag dort indiskutabel sein sollte, kann man sich leicht erklären, wenn man die konservativen christlichsozialen Gönner des Kongresses betrachtet. Gegen die Zulassung des Wahlrechtsantrages sollen sich, nach einer Andeutung in der *Frankfurter Zeitung*, die Kongressausschussmitglieder antisemitisch-Stoeckerischer Richtung ausgesprochen haben; sie hätten sich auch da wieder als ein Anhängsel der wahlrechtsfeindlichen konservativen Partei bewährt. Der *Evangelische Arbeiterbote* meint, hätte man den Antrag zur Abstimmung gebracht, so wäre die Annahme mit grosser Majorität sicher gewesen. Also auch dieser antisozialdemokratische Arbeiterkongress würde der preussischen Regierung ein Misstrauensvotum in der Wahlrechtsfrage ausgestellt haben, wenn die Probe aufs Exempel gemacht worden wäre! Überdies schreibt nun die *Arbeit*, das offizielle Publikationsorgan des christlichnationalen Arbeiterausschusses, der 10. Januar 1908, an welchem Tage Fürst Bülow die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Landtag schroff ablehnte, sei ein »nationaler Unglückstag« gewesen. Das Blatt resümiert: »Nach unserer Ansicht hat die preussische Regierung am 10. Januar eine grosse Schuld auf sich geladen.« Nun das offizielle Publikationsorgan des christlichnationalen Arbeiterausschusses sich in dieser Weise mit der Wahlrechtsbewegung beschäftigt, erscheint die Nichtzulassung des Wahlrechtsantrages auf dem christlichnationalen Arbeiterkongress erst recht in einem eigentümlichen Licht. Das eine steht mindestens fest: Auch die christlichsozialen (evangelischen) Arbeiter sind inzwischen von unserer Wahlrechtsbewegung angeregt worden; der Artikel der *Arbeit* ist dafür ein unverkennbares Merkzeichen.²⁾

Mit Recht wird in unserer Presse die Frage nach der Haltung des *Zentrum*s in der Wahlrechtsfrage immer dringender gestellt. Ich habe den Eindruck,

²⁾ Am 26. Januar hat eine christlichsoziale Konferenz in Bochum eine Resolution beschlossen, in der das geheime Landtagswahlrecht gefordert und jedes Pluralwahlrecht verworfen wird. Die christlichsozialen Agitatoren können jetzt dort, wo sie auf Arbeiterstimmen reflektieren, nicht mehr achtlos an dem Wahlrechtskampf vorbeigehen. Mindestens müssen sie sich dazu äussern, wobei kein Kundiger übersieht, dass die Verfasser der radikalsten Zeitungsartikel und Resolutionen hinterher grade mit den erklärten konservativen Wahlrechtsfeinden techtelmechteln. Das den getäuschten Arbeitern begreiflich zu machen ist eine Aufgabe unserer Wahlrechtsagitation. Diese Aufklärungsarbeit ist nicht undankbar.

als ob manche Parteiblätter viel zu sehr die freisinnig-liberalen Parteigrenzen als Objekte der Kritik behandeln, während es nötiger ist die Zentrumsparlei zu beachten. Aus meiner Kenntnis der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft heraus kann ich, ohne ernsthaften Widerspruch befürchten zu müssen, konstatieren, dass in den katholischen Arbeiterkreisen die Abneigung gegen das Dreiklassenwahlrecht sehr stark ist. Die meistens von Zentrumsanhängern redigierte christliche Gewerkvereinspresse hat in den letzten Monaten wiederholt Artikel und Notizen gegen die Wahlentrechtung der preussischen Arbeiter gebracht. Das verbreitetste Gewerkvereinsblatt, der *Bergknappe*, gab gelegentlich der Besprechung der vom Landtage verhunzten Bergarbeitergesetze unzweideutig dem Dreiklassenwahlrecht die Schuld an der arbeiterfeindlichen Gesetzesfabrikation. Um so auffälliger ist deshalb die mehr als passive Stellung der Zentrumsparlei gegenüber der Wahlrechtsbewegung. Das Zentrum verfügt von allen bürgerlichen Parteien noch über den grössten Anhang unter den Arbeitern. Dass das Dreiklassenwahlrecht die Arbeiter und auch die Mittelschichten des Volkes entrechtet, wissen die Zentrumsführer recht gut; die Zentrumspresse gesteht es ein. Die *Kölnische Volkszeitung* vom 27. Januar macht sogar folgendes Eingeständnis:

„Den [christlichnationalen] Arbeitern . . . ist es mit der Forderung einer Landtagswahlrechtsreform nicht minder ernst wie den Sozialdemokraten. Gewiss können auch jetzt Arbeiter in den Landtag gewählt werden, aber trotzdem [!] bedeutet das Dreiklassenwahlrecht nicht nur den Ausschluss der Sozialdemokratie sondern auch eine Zurücksetzung weiter nichtsozialdemokratischer Volkskreise.“

Also das führende rheinische Zentrumsblatt sagt, wenn auch unter dem Dreiklassenwahlrecht christlichnationale Arbeiter gewählt werden sollten, so ziehen sie doch nicht durch die Arbeiter, nicht als Arbeitervertreter, sondern durch die Gunst der Wähler erster und zweiter Klasse in den Landtag. Das muss man sich gut merken, denn es ist die Absicht der Zentrumsparlei einige durchaus *gutgesinnte* Arbeiter kandidieren zu lassen, um als *Volksparlei* brillieren zu können.³⁾

Da das Zentrum recht gut die Wahlentrechtung der Arbeiter, also auch der katholischen, ausserdem aber auch die politische Bedeutung einer Massenagitation kennt — siehe die grossartige Zentrumsaktion gegen die Kulturkampfgesetze! —, warum halten seine Führer und Agitatoren keine Volksversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht ab? Warum machen sie, die sonst so Geschickten, nicht die katholischen Arbeitermassen zu gunsten der Wahlrechtsreform mobil? Wenn, wie die *Kölnische Volkszeitung* schreibt, die christlichnationalen Arbeiter ebenfalls entrechtet sind und nicht minder ernste wie die Sozialdemokratie eine Landtagswahlreform verlangen, warum bietet die Zentrumsparlei nicht auch ihren Arbeiterheerban auf, um die Aktion der reformfordernden Staatsbürger zu verstärken? Es handelt sich doch um eine Angelegenheit aller Entrechteten, ohne Unterschied der Partei! Unser Kölner Parteiblatt, die *Rheinische Zeitung*, die den *demokratischen Zentrumsflügel* aus allernächster Nähe beobachtet, konstatiert, das sonst sehr versamm-

³⁾ Das Zentrum hat solche *durchaus zuverlässige* Kandidaten aus der Arbeiterklasse stets auf Lager. Es sind das Leute, die sich bei kommunalen und anderen Wahlen derbe Fusstritte von den dirigierenden Zentrumsbourgeois verabreichen lassen, Leute, denen die konservativen Zentrumsbeherracher Beleidigungen über Beleidigungen ins Gesicht schleudern, ohne dass die Getretenen sich zur Wehr setzen. Solchen *Arbeiterkandidaten*, denen das Rückgrat völlig aufgeweicht wurde, wird das Zentrum eventuell auch zu Landtagsmandaten verhelfen, vorausgesetzt, dass die jetzigen, erb- und eigentümlichen Mandatsinhaber Verzicht leisten.

lungseifrige Zentrum tue in der Wahlrechtsfrage nichts für die Eroberung der Volksrechte; im Gegenteil, es bemühe sich als Flaumacher, versuche sogar die Wahlrechtsdemonstrationen durch hämische Pressäusserungen herabzuwürdigen. Wenn sich schon der *demokratische Flügel* so verhält, brauchen wir von dem konservativen Zentrumsgrös erst gar nicht zu reden. Was ich voriges Jahr hier ausführte: die Zentrumsparthei als solche habe kein Interesse an der volkstümlichen Änderung des Landtagswahlrechtes, wird durch das jetzt zu beobachtende mehr als passive Verhalten dieser *Volksparthei* vollauf bestätigt. Ihre auch von Arbeitern gelesene Presse muss mit Rücksicht auf ihre Leser wahlrechtsfreundliche Artikel bringen, aber man hütet sich ängstlich durch eine aktive Unterstützung der Wahlrechtsdemonstrationen die Kreise der befreundeten konservativen Wahlrechtsfeinde zu stören. Sicherlich wird auch eine Anzahl der Zentrumsführer persönlich Freund einer gründlichen Wahlrechtsreform sein. Dass es darauf aber nicht ankommt, beweist ja auch deren passives Verhalten. Sich dem bekannten *höheren Zweck* unterordnend stimmten am 10. Januar auch wahlrechtsfreundliche Zentrumsabgeordnete aus Westdeutschland sogar gegen den Antrag eine neue Wahlkreiseinteilung vorzunehmen. In der Zentrumsführung hat die konservative Grundstimmung der Partei in entscheidenden Volksangelegenheiten noch stets den Sieg erfochten. Die wirklich massgebenden Zentrumsdirigenten sind in der Wahlrechtsfrage mit den Konservativen ein Herz und eine Seele. Um diesen klaffenden Zwiespalt zwischen der politischen Taktik und der üblichen robusten Agitationspraxis die katholischen Arbeiter nicht merken zu lassen, sollen sie von der Wahlrechtsagitation zurückgehalten werden.

Man kann auch nicht etwa einwenden, der *Ton* der Wahlrechtsdemonstration sei *abstossend*, hindere das staatserhaltende Zentrum sich an den Wahlrechtskundgebungen zu beteiligen. Für die Stimmung in den katholischen Arbeiterkreisen bezeichnend ist die Schreibweise der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*, des Organs der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands. Dieses Blatt zitiert eine Äusserung Windthorsts in der Sitzung des preussischen Landtages vom 26. November 1873 zu gunsten des geheimen Wahlrechtes. Windthorst erklärte, der bei der öffentlichen Stimmabgabe von den wirtschaftlich Stärkeren ausgeübte Terrorismus sei unmenschlich. Dazu bemerkt die *Westdeutsche Arbeiterzeitung*:

»Der Terrorismus bei den Wahlen hat seit jener Zeit nicht nachgelassen . . . Es soll eben verhindert werden, dass die unteren und mittleren Klassen des Volkes nach freier Überzeugung wählen. Das [Bülows Erklärung im Landtage am 10. Januar] ist ein Misstrauensvotum der Regierung gegen das Volk, wie man es sich schlimmer nicht denken kann. Man muss sich in der Tat schämen Preusse zu sein! Kann man sich noch schärfer, herausfordernder ausdrücken? Da ist doch die Frage berechtigt: Warum hilft das Zentrum denn nicht mit die Wahlrechtsbewegung noch eindrucksvoller zu gestalten? Die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* weiss recht gut, dass die entrechteten katholischen Arbeiter ebenfalls über das Dreiklassenwahlrecht erbittert sind, weiss recht gut, dass ein Aufruf der Zentrumspartheileitung zur Abhaltung von Demonstrationsversammlungen, für die Wahlrechtsreform bei den katholischen Arbeitern freudige Zustimmung fände, weiss auch recht gut, welche günstigen politischen Wirkungen durch eine umfassende Mobilisierung der entrechteten Arbeiter zu erzielen sind. Will man sagen, die Strassendemonstrationen nötigten das staats-

erhaltende Zentrum sich von der Wahlrechtsbewegung fern zu halten? Man kann über den Wert solcher Aktionen verschiedener Meinung sein, auch in unserer Partei herrscht in dieser Hinsicht kein einheitliches Urteil, wie die Parteitagsdebatten lehrten. Aber auch früher, als es noch gar nicht zu Strassendemonstrationen gekommen war, hat die Zentrumsparthei sich nicht an der Wahlrechtsaktion der entrechteten Bürger beteiligt. Überdies wird auch in katholischen Arbeiterkreisen die Strassendemonstration nicht glatt verworfen. Wieder ist es die *Westdeutsche Arbeiterzeitung*, die am 18. Januar 1908 schrieb: »Wenn die Staatsregierung nicht will, dann muss das Volk wollen. Was nicht der politischen Klugheit eines Staatsmannes entspringt, das muss sich eben das Volk erstreiten. Nun ist es in Preussen allerdings nicht einerlei, in welchen Formen sich der Wahlrechtskampf bewegt. Die Sozialdemokraten haben wieder Protestversammlungen abgehalten und sind dabei auf die Strasse gegangen. Strassendemonstrationen sind keine geeigneten Mittel in Preussen Reformen anzubahnen, im Gegenteil: sie ängstigen die Spiesser und verstärken die Reaktion.«

Auch im Original ist das Wort *Preussen* gesperrt gedruckt, woraus man wohl schliessen darf, dass die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* nicht allgemein und prinzipiell jede Strassendemonstration verwirft, sondern sie aus gewissen Gründen speziell in Preussen für schädlich hält. Wenn das Volk sich »erstreiten« muss, was die Regierung verweigert, wie denkt sich die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* dies *Erstreiten*? Nicht eine einzige Wahlrechtsversammlung haben die Zentrumsführer einberufen, nicht einmal dieses zweifellos durchaus legale Mittel wird angewendet. Und da schreibt die Zeitung, das Volk müsse »wollen«, es müsse sich das »erstreiten«, was die Regierung nicht freiwillig geben will. Ist man wirklich lediglich um die geängstigten »Spiesser« besorgt, fürchtet man in München-Gladbach wirklich eine Verstärkung der Reaktion — als ob sie in Preussen-Deutschland noch möglich wäre! — durch Massenkundgebungen? Ich möchte an eine interessante Episode erinnern: Als infolge der Ausnahmegesetze gegen die katholischen Ordensgesellschaften auch die Niederlassung des Jesuitenordens in Essen aufgehoben wurde, da sind in Essen die über die Ausnahmegesetzgebung mit vollem Recht empörten katholischen Arbeiter in Massen auf die Strasse gestiegen und haben gegen die Austreibung der Ordensbrüder stürmisch demonstriert. Zur Beruhigung der ängstlichen Spiesser wurde Militär herangeholt. Mir ist nicht bekannt geworden, dass damals ein katholisches Blatt die Essener katholischen Arbeiter wegen ihrer Strassenkundgebung auch nur getadelt hätte. Ein solcher Tadel wäre auch vom Standpunkte der ausnahmegesetzlich Behandelten höchst ungerecht gewesen.

Nach meiner Überzeugung würde die Wahlrechtsbewegung, wenn sich die grossen Massen der Entrechteten ohne Unterschied der Partei beteiligten, bedeutend eindrucksvoller werden. Wie lange könnte denn eine Regierung widerstehen, wenn die Millionen und Abermillionen entrechteter Bürger in der Bewegung für die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems nicht nachliessen? Es gilt die Massen mobil zu machen, nicht mehr in den alten Schlendrian zurückfallen zu lassen. Und da der Drang nach Wahlrechtsreform in der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht minder ernst ist als in der Sozialdemokratie, so ist es die Aufgabe unserer Presse, unserer Flugblätter und unserer Redner sich direkt an diejenigen Arbeiter zu wenden, deren Parteiführer Wahlrechtsfeinde sind oder sich höchstens mit platonischen Sympathieerklärungen begnügen, sonst aber keinen Finger für die Beseitigung

lisierten. In dem Getriebe des modernen Lebens, wie es durch die Entwicklung der Presse, der Wirtschaftsverbände, der politischen Parteien, der religiösen, wissenschaftlichen und sonstigen ideologischen Gemeinschaften gestaltet worden ist, scheint der Staat zuweilen völlig zu verschwinden und Anarchie — wenn auch nicht im Sinne unserer Anarchisten — die Losung zu sein, balanciert durch die Staatsmacht, aber so wenig durch sie beherrscht, dass sie ihren Einfluss in allen Regierungsstuben geltend macht, welches auch die Regierungsform sei. Wenn nichts anderes, so verändern zuletzt die eigenen Organe den Staat.

Ähnlich geht es nun den Parteien im Staat, selbstverständlich mit Unterschieden, wie sie durch die Verschiedenheiten der Natur und der Lebensbedingungen hervorgebracht werden. Der Staat ist eine Gemeinschaft, die heute nur ausnahmsweise nach aussen Kämpfe zu führen hat, die Parteien dagegen sind Verbände, deren vornehmster Zweck Kampf nach aussen ist. So starke Verselbständigungen wie wir sie beim Staate sehen sind daher bei den Parteien in der Regel ausgeschlossen. Wer aber die Geschichte der politischen Parteien kennt oder auch nur das Parteileben unserer Tage aufmerksam beobachtet, der wird dort auf genug Erscheinungen stossen, die jenen Verselbständigungen wesensverwandt sind. So braucht zum Beispiel jede Partei ihre Presse. Für die Presse aber hat die moderne Entwicklung eine Bedingung der Existenz und Wirkungskraft geschaffen, über die sich selbst das Parteiblatt nicht hinwegsetzen kann, soll es nicht verkümmern. Im Angesicht dieser Anforderungen wird selbst das politische Organ in steigendem Grade ein Selbstzweck gegenüber der Partei, von anderen Rücksichten bestimmt als diese, so dass wohl gelegentlich die Frage auftauchen kann, ob denn nun eigentlich die Presse der Partei wegen oder die Partei der Presse wegen da sei. Bei der Sozialdemokratie keine allzu grosse Gefahr. Indes, Spuren für diese Tendenz lassen sich auch hier finden.

Stärker jedoch kommt für die Sozialdemokratie ein anderes Problem in betracht, das auch in das behandelte Gebiet gehört, nämlich das Verhältnis von Agitation und Politik, und es hat den Anschein, als solle der Kampf um das Landtagswahlrecht in Preussen uns von neuem vor dieses Problem stellen. Agitation und Politik: was ist hier Zweck, was Mittel? Lange war in der Sozialdemokratie die Agitation der Zweck, die Politik das Mittel, und zwar mit Notwendigkeit: für jede junge Bewegung ist Agitation, Propaganda das erste Gebot, ihre Lebensbedingung. So wurde die Politik zwar nicht ignoriert, aber der Propaganda untergeordnet. Doch blieb das Verhältnis nicht das gleiche. Je mehr die Partei wuchs und an Macht gewann, um so mehr veränderte sich ihr eigenes politisches Bedürfnis. Denn mit der Ausbreitung einer Bewegung wachsen naturgemäss die an sie gestellten Anforderungen, und mit ihrer zunehmenden Macht erhöht sich ihre Verantwortung. So bewirkt die Agitation selbst eine erhöhte politische Tätigkeit, sofern diese nicht von vornherein und grundsätzlich ein für allemal ausgeschlossen wird, wie dies bei den Anarchisten und Anarchosozialisten der Fall ist. Diese unpolitischen und ausserpolitischen Parteien bringen es indessen auch nirgends zu einer dauernden Massenbewegung, haben vielmehr meist für eine solche eine gewisse Verachtung. Eine Massenpartei muss mindestens da politische Partei sein, wo die Massen noch ausserhalb des politischen Rechtes stehen.

Nun liegt es aber auf der Hand, dass zwischen der Politik und der Agitation einer Partei zu jeder Zeit eine innere Einheit bestehen muss; wo diese Einheit fehlt oder unter der Rückwirkung veränderter Konstellationen verloren geht, da sind Reibungen oder tiefgehende Konflikte unvermeidlich. Ein Beispiel dafür war der bekannte Streit in der deutschen Sozialdemokratie um die Stellung zu den Dampfersubventionen von 1885. Die Reichstagswahl von 1884 hatte die Fraktion der Sozialdemokratie im Reichstag in die Lage gebracht bei wichtigen Abstimmungen das Zünglein an der Wage zu bilden und ihr damit eine Behandlung im Reichstag erwirkt, die von der den sozialdemokratischen Abgeordneten früher zu teil gewordenen ebenso grundverschieden war, wie sie mit der Tatsache kontrastierte, dass die Partei draussen im Lande noch unter einem Ausnahmegesetz stand und demgemäss auch in der Weise einer geächteten Partei empfand und agitierte. Ganz gleich wie die Dampfersubventionen sachlich zu beurteilen waren war damit der Konfliktstoff schon gegeben, dass die Fraktionsmehrheit eine Verantwortung fühlte, für die der Mehrheit draussen, und namentlich der unter dem Sozialistengesetz gewonnenen und erzogenen Jungmannschaft, das Verständnis fehlte. Hätte die Subventionsfrage den Konflikt nicht gebracht, so wäre er bei Fortsetzung der Politik durch die Fraktionsmehrheit über einen anderen Punkt ausgebrochen. Daher brachte denn auch der im Sommer 1885 zwischen der Redaktion des Züricher *Sozialdemokraten* und der Fraktion geschlossene Kompromiss noch keinen wirklichen Frieden. Erst der rauhe Wind des Jahres 1886, das Urteil im Freiburger Geheimbundprozess und die Septennatswahl von 1887 beseitigten den Konfliktstoff dadurch, dass sie jeden Anlass für eine Wandlung der Politik der Partei von der schroffen Negation hinweg aus dem Gesichtspunkt der Partei rückten. Kaum aber hatten die Wahlen von 1890, das Verenden des Sozialistengesetzes und der Sturz Bismarcks eine neue Situation geschaffen, so war auch in etwas anderer Gruppierung der alte Konflikt wieder da, und diesmal unterlag der extreme linke Flügel der Partei. Die taktischen Debatten, die seit 1890 in der Partei gespielt haben, können in ihrer Mehrheit als Stücke eines sich immer wieder einstellenden Streits um die innere Einheit zwischen Agitation und parlamentarischer Aktion der Partei bezeichnet werden. Für die Agitation kommt bei diesem Streit immer mehr auch die Presse der Partei in betracht, und hinter der taktischen Frage stecken die theoretischen Meinungsverschiedenheiten über den ökonomischen Entwicklungsprozess der Gesellschaft, die Lebensfähigkeit der Klassen, die Bedeutung der Kleinarbeit und der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Es liegt in der Natur der Dinge, dass diese letzteren Fragen im industriellen Norddeutschland grösseren Einfluss auf die Gemüter gewannen als in dem weniger von der Grossindustrie besetzten und dem Grossagrarierum beherrschten Süddeutschland. Und da in Süddeutschland politisch reformiert ward, während in den beiden grössten Staaten Norddeutschlands die Sozialdemokratie sich aus dem Parlament ausgeschlossen sah, war es nur natürlich, dass man dort *parlamentarischer* empfand als hier.

Nun sind wir auch in Norddeutschland in eine politische Reformbewegung eingetreten. Das bisherige Wahlsystem Preussens und Sachsens soll geändert werden, und die Sozialdemokratie steht vor der Aufgabe mit ihrer ganzen Kraft dahin zu wirken, dass, wenn reformiert wird, die Arbeiterklasse dabei

nicht um den ihr gebührenden Einfluss betrogen wird. Mit erfreulicher Energie hat die Partei diesen Kampf aufgenommen. Darüber aber, ob in ihm der politische Gesichtspunkt, das heisst das Bestreben die Reform möglichst im Sinne der Arbeiterklasse zu gestalten die Massnahmen bestimmen, oder er in der Hauptsache unter dem agitatorischen Gesichtspunkt geführt werden soll, dem das unmittelbare gesetzgeberische Resultat eine untergeordnete Sache ist, ist eine richtige Aussprache noch nicht erfolgt. Und doch können alle Massnahmen, die wir treffen, alle Tätigkeit, die wir entfalten, nur dann in höchster Zweckmässigkeit durchgeführt werden, wenn wir über diesen Punkt vorher vollständig unter uns im reinen sind.

Die Sozialdemokratie Preussens hat am 12. Januar auf der Strasse für das demokratische Wahlrecht demonstriert. Was auch die Gegner und halben Freunde sagen mögen: es war eine grossartige, bedeutungsvolle Manifestation. Man hat schön sagen, die Agitation soll sich auf Aufklärung in ordnungsmässigen Versammlungen und der Presse beschränken. Die so reden, mögen doch einmal nachlesen, wie die unzähligen grossartigen Versammlungen, welche die Sozialdemokratie in dieser Sache bisher abgehalten hat, von der Regierungspresse, der Presse der herrschenden Parteien und der sogenannten *parteilosen Presse* beachtet und behandelt worden sind. Totgeschwiegen oder verhöhnt hat man sie, die Reden, die dort gehalten wurden, waren politische Monologe der Partei. Denn die Säle, die ihr zur Verfügung stehen, fassen an den wenigsten Orten die Zahl ihrer organisierten Anhänger, und umgeredet ist in der Welt noch wenig worden. Durch die Massenhaftigkeit, mit der die Partei sich an der Demonstration beteiligte, und die grosse Disziplin, die sie dabei überall an den Tag legte, hat die Arbeiterschaft Preussens eine Einwirkung auf weite Kreise der Bevölkerung ausgeübt, wie sie ihr sonst nicht möglich gewesen wäre. Ausserdem hat sie mit ihr ein Verbot durchbrochen, dass von Anbeginn an ein reiner Gewaltakt einer siegreichen Reaktion und eines freien Volkes unwürdig war. Fürst Bülow hat für ihre Wiederholung in der Reichstagsitzung vom 22. Januar scharfe Repressalien angekündigt, und die Parteien der Rechten des Reichstages haben ihm dazu jubelnd applaudiert. Dass sich unsere Partei durch Drohungen nicht einschüchtern lässt, ist selbstverständlich. Indes werden wir uns auch durch provokatorische Reden, wie sie aus den Reihen der Herren von der Rechten gefallen sind, nicht zu einer Sprache hinreissen lassen, die weder den tatsächlichen Machtverhältnissen noch unseren Absichten entspricht.

Einige Parteiblätter haben im Jubel über die wohlgelungene Demonstration des 12. Januar Worte gebraucht wie: es werde mit den Aktionen auf der Strasse noch ganz anders kommen, das sei nur erst der Anfang gewesen. Ich halte diese Sprache für sehr zweckwidrig, wenn man nicht an Strassenkämpfe mit der bewaffneten Macht denkt, was ich von keinem zurechnungsfähigen Genossen voraussetze. Unser Interesse ist es auf jede Weise dafür zu sorgen, dass den Demonstrationen ihr wahrer Charakter für Freund und Feind gleich unverkennbar erhalten bleibt. Nicht eine Abenteurerei, nicht eine Probe brutaler Gewalt sollen sie sein, sondern die sinnfällige Kundgebung einer Rechtsforderung, nicht ein Appell an die Furcht sondern, wie ich es in einem Parteiblatt sehr treffend ausgedrückt fand, ein Appell an die Gewissen. Wem der Gedanke eines solchen Appells naiv erscheint, der sei

daran erinnert, dass zwischen uns und unseren entschiedenen Gegnern noch ungeheure Schichten Volkes stehen, bei denen die politischen Gegensätze nicht so tief Wurzel gefasst haben, dass sie nicht von grossen Bewegungen erfasst und aus ihrer Teilnahmslosigkeit herausgerissen werden könnten. Und wie sehr heute auch in der Partei das Wort *ethisch* in Misskredit gebracht sein mag, so ist es doch Tatsache und lebt auch im Bewusstsein vieler Genossen, dass jede Demonstration verhallt, die nicht von der Volksmasse ethisch aufgefasst wird, die nicht die höchsten *Rechtsempfindungen* auch bei den Unbeteiligten auslöst. Die Strassendemonstrationen sind keinesfalls als Einschüchterungsversuche zu betrachten, daran müssen wir Freund und Feind gegenüber festhalten. Es sind gesteigerte Kundgebungen der Breite und Tiefe eines politischen Strebens, nötig geworden durch die hochmütige Nichtbeachtung und Missachtung dieses Strebens: das ist ihr grosser Sinn, ihre grosse politische Bedeutung, und unsere Aufgabe ist es ihnen diesen Sinn nicht nehmen zu lassen.

Das Streben, dem sie gelten, ist die demokratische Wahlreform in Preussen. Im Kampf um diese sind sie ein Mittel, und sie dürfen daher den Zweck dieses Kampfes nicht in den Hintergrund drängen. Immer wieder müssen wir die Frage stellen, ob Zweck und Mittel keine Verschiebung erleidet, bei der der erstere an richtunggebender Kraft verliert. Das gilt indes nicht nur für die Strassendemonstration, es gilt ebenso sehr für den bevorstehenden *Landtagswahlkampf*. Der nächste Landtag wird über die nächste Wahlrechtsänderung zu beschliessen haben. Die Erklärung des Fürsten Bülow spricht sich fast nur negativ über sie aus. Das war vorauszusehen, solange der preussische Landtag so zusammengesetzt ist; solange in ihm Konservative, Freikonservative und Rechtsnationalliberale die Mehrheit haben, ist nichts anderes zu erwarten.

Können wir das ändern, und wie können wir das ändern? Das ist auch eine Frage, die wir uns zu stellen haben, die wir uns stellen müssen, wenn wir die Wahlrechtsänderung nicht verkrüppeln lassen wollen. Wir wissen alle, dass eine starke Verschiebung im Landtag nach links nicht allein von der Sozialdemokratie bewirkt werden kann, dass bei dem bestehenden Wahlsystem dies nur durch eine Kooperation der Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Linken möglich ist. Das wissen wir nicht nur, es ist auch von allen Seiten der Partei in erfreulicher Einstimmigkeit erklärt worden, dass die Sozialdemokratie zu solcher Kooperation bereit ist, wo sie auf der anderen Seite auf einen ehrlichen Willen stösst. Von letzterem hat man nun freilich bisher bei den bürgerlichen Parteien wenig genug gemerkt, den kleinen Flügel der äussersten Linken der *Freisinnigen Vereinigung* ausgenommen. Unter dem Einfluss der kräftigen Agitation dieser Gruppe scheint es indes beim Gros der Freisinnsgemeinschaft zu rumoren. Konnte es anders sein? Ich habe mich wiederholt gegen die Gewohnheit gewendet den Freisinn ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt seiner kapitalistischen Verbindungen zu beurteilen und betont, dass der grösste Teil seines Gefolges aus Kleingewerbetreibenden aller Art und Angehörigen der liberalen Berufe, darunter einem grossen Prozentsatz Lehrer, besteht. Für diese aber gibt es schliesslich auch Grenzen der Geduld, zumal die Finanzlage des Reiches und das Festhalten am System der indirekten Steuern sie vor die angenehme Perspektive stellt die Verweigerung der geheimen Wahl mit der Verteuerung irgend welcher Lebens- oder Genuss-

in den grösseren Garnisonen der *Kommissshaushalt* eines älteren Hauptmanns immer noch auffällig von anderen abheben. Es wird ja deshalb die Heirats-erlaubnis den Subalternoffizieren nur bei dem Nachweis des sogenannten Kommissvermögens erteilt.

Sieht man ab von unserer prinzipiellen Stellung zum Militarismus — die wir hier ruhig bei Seite lassen können, da sie in keiner Weise bei der Frage berührt wird —, so wird niemand bestreiten wollen, dass die Gehälter der Subalternoffiziere mindestens ebenso dringend einer Aufbesserung bedürfen, wie die mancher Beamtenkategorien, die sich der lebhaftesten Befürwortung fast aller Fraktionen des Reichstags und des preussischen Landtags erfreuen. In den Reihen des preussischen Offizierkorps herrscht tatsächlich viel *glänzendes Elend*; die Zustände sind seit jener Zeit, wo Rudolf Krafft dieses treffende Wort prägte, nicht besser, sondern schlechter geworden. Nur noch die Söhne reicher und reichster Familien haben die Möglichkeit ohne Schwierigkeiten und Nöte die Jahre des subalternen Dienstes zu überdauern; arme Teufel, wie Moltke in seinen Leutnantstagen einer gewesen ist, haben es heute oftmals gewiss noch schwerer als jener, der uns seine Sorgen und Ängste so lebhaft geschildert hat, freilich nicht ohne die Worte zugleich mit dem Schimmer einer gewissen wehmütigen Ironie zu umkleiden. Für manche Naturen mag ja das Stahlbad der Sorge sehr wohltuend sein; andere — und deren sind viel mehr — gehen aber bei solchen Kuren drauf, machen Dummheiten, verlieren den klaren Kopf und manchmal auch ihre Ehre. Von keinem Gesichtspunkte aus ist es wünschenswert oder auch nur erträglich, dass die Offizierslaufbahn nur den Reichen offenstehen soll; die Absonderung des Militärs von der Masse des Volkes wird dadurch nur noch grösser, das Verständnis der Uniformierten für die Bedürfnisse, Pläne und Hoffnungen der sie fütternden Nichtuniformierten beständig geringer. Schon jetzt laufen genug Offiziere bei uns herum — manche sogar mit Generalsstreifen an den Hosen —, die zu der eigentlich handarbeitenden Bevölkerung ungefähr in den selben Beziehungen stehen wie der General von Liebert, und das hat natürlich seine bestimmten Gefahren.

Wenn wir demnächst eine bereits angekündigte Vorlage über die Erhöhung der unteren Offiziersgehälter erhalten sollen — an den oberen will man nach der Sättigung der Oberstleutnants, Fregattenkapitäne und der Generaloberärzte einstweilen nicht rühren —, so wird man ihr jedenfalls den Einwand nicht entgegenstellen können, eine Aufbesserung sei an sich ungerechtfertigt und darum abzulehnen. Vermutlich werden sich auch die vorzuschlagenden Erhöhungen in rasonablen Grenzen halten, weil angesichts der trostlosen Finanzlage des Reiches der Knüppel wirklich recht nahe beim Hunde liegt. Aber etwas anderes ist es, auf das schon frühzeitig hinzuweisen ich mich für verpflichtet halte. Nämlich die oben aufgeführten Normalgehälter der Subalternoffiziere geben über die wirtschaftliche Lage ihrer Bezieher — selbstverständlich abgesehen von allen privaten Zuschüssen — keinen genügenden Aufschluss. Es gibt offenbar nur verhältnismässig wenige, wenn überhaupt einen, Leutnants mit etwa 5 Dienstjahren und vielleicht keinen einzigen Oberleutnant, der nicht aus Reichsmitteln eine mehr oder weniger erhebliche Zubusse zu seinem Gehalt und seinem Wohnungsgeldzuschusse bezieht. Eine genaue Durchsicht der einzelnen Kapitel und Titel des Militäretats liefert da-

für den kaum angreifbaren Beweis. Ein paar Worte zur Orientierung über die Anlage des Etats selbst: Er zerfällt zunächst in den Etat der Einnahmen und den der Ausgaben; beide sind wieder je in einen ordentlichen und ausserordentlichen Etat geschieden; der ordentliche Ausgabenetat gliedert sich in einen Etat der fortdauernden und einen der einmaligen Ausgaben. Für uns kommen hier nur die 30 Kapitel der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats in betracht, von denen wir einige unter die Lupe nehmen wollen.

Der Kriegsminister bekommt zu seinen 36 000 Mark Gehalt noch 14 000 Mark Repräsentationskosten nebst einer freien Dienstwohnung mit Geräteausstattung und Feuerungsmaterial sowie bis zu 8 Pferderationen. Seine Departementdirektoren erhalten neben ihrem Gehalt (10 554 bis 13 554 Mark) noch 4500 Mark Dienstzulagen und den Wohnungsgeldzuschuss 1. Klasse. Auch die 16 Abteilungschefs und die 48 Offiziere in der Stellung als vortragende Räte erfreuen sich einer auf 900 Mark bemessenen Dienstzulage. Wir haben hier also schon 69 Offiziere vom Hauptmann bis zum General der Kavallerie, denen auf grund ihrer Zugehörigkeit zum Kriegsministerium nicht unerhebliche Mehreinnahmen aus öffentlichen Mitteln zugehen, als sie in anderen Armeestellungen mit dem selben Range erhalten würden. Das selbe gilt auch von 5 dem Ministerium zugewiesenen Ärzten.

Nachdem wir uns so über das Schicksal der Offiziere beim Kriegsministerium beruhigt haben, wenden wir uns der Bezahlung der höheren Truppenbefehlshaber (Kapitel 19) zu. Die 17 kommandierenden Generäle sind neben dem Gehalt von 13 980 Mark mit 18 000 Mark Dienstzulage und freier Dienstwohnung mit Geräteausstattung und Feuerungsmaterial (wofür 1980 Mark angerechnet werden) bedacht. Dienstzulagen, zum Teil auch freie Dienstwohnungen, finden wir in Höhe von 12 000 bis 900 Mark bei den Generalinspektoren und Inspektoren, den Divisions- und Brigadekommandeuren. Ein besonderes Kapitel — man kann wohl auch sagen: ein Stein des Anstosses selbst für robuste Blockfanatiker — war immer das 20., in dem die Besoldungen der Gouverneure, Kommandanten und Platzmajore ausgeworfen sind; Dienstzulagen von 15 000 bis hinab zu 900 Mark nebst freier Dienstwohnungen gehen hier an mehr als 50 Offiziere.¹⁾ 18 000 Mark werden der Militärverwaltung bei diesem Kapitel in die Hände gelegt, mit denen sie *Gehaltsausgleichungen* für das Festungspersonal in Ulm, wo die Konkurrenz zum bayerischen Neu Ulm in die Erscheinung tritt, vornehmen kann.

Von den Adjutanten des Kaisers und der deutschen Bundesfürsten (Kapitel 21) erhalten einige nicht unbedeutliche Dienstzulagen, die beim Chef des Militärkabinetts bis zu 18 000 Mark betragen kann; die an der selben Stelle etatisierten Militärbevollmächtigten bei den auswärtigen Gesandtschaften — zum Beispiel in München! — (es sind ihrer 15) beziehen Zulagen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes und dem des preussischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, sind also wohlversorgt. 120 Offiziere können alljährlich auf den sogenannten *Aggregiertenfonds* übernommen werden und von da aus neben den Gehältern Dienstzulagen von 900 bis 18 000 Mark beziehen; wieviele damit bedacht werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Generalstab der

¹⁾ Den Kennern des Etats ist es eine angenehme Überraschung, dass der Gouverneur von Frankfurt am Main nicht mehr weitergeführt wird; ich glaube, dass er länger als ein Jahrzehnt als «künftig wegfallende» sehr erhebliche Emolumente eingesteckt hat.

Armee steht, was Gehälter und Zulagen betrifft, dem Kriegsministerium ziemlich gleich: 900 bis 18 000 Mark Dienstzulage können hier gewährt werden, erhöhen also das Einkommen bestimmter Offiziere beträchtlich; vorsorglich, wie die Militärverwaltung ist, wenn es sich um das Wohl der Offiziere handelt, hat sie auch dem Generalstabsoffizier, der zur Seetransportabteilung des Reichsmarineamts abkommandiert wird, 900 Mark Dienstzulage gesichert. Ob der Frontoffizier gleichen Ranges so viel weniger zu tun hat, dass eine so erhebliche Differenz des Einkommens zwischen beiden sachlich gerechtfertigt ist?

Wir kommen nunmehr, während bisher vorwiegend Stabsoffiziere zu betrachten waren, zu Subalternoffizieren, die zur Ausbildung beim Generalstabe kommandiert sind: 80 erhalten monatlich je 60 Mark, 6 jährlich 900 Mark. 160 600 Mark fließen an die Offiziere des grossen Generalstabes in Form von Tagegeldern, Zulagen, Reise- und Transportkosten usw. Beim Kapitel 23 (Ingenieur- und Pionieroffiziere) stossen wir wiederum auf die uns bereits bekannten Dienstzulagen und die anderen Vergünstigungen, die hier natürlich nach den gleichen Grundsätzen gewährt werden. Aber schon Titel 2 und 3 tragen einen spezielleren Charakter. 7416 Mark gehen in Posten von 180 bis 360 Mark als *Zulagen* an Oberleutnants und Leutnants die als Adjutanten dienen; 49 410 Mark *Tischgelder* fließen den sämtlichen Leutnants, Oberleutnants zu, das heisst ungefähr 450 solcher Offiziere werden damit über die Minimalbeträge ihrer Chargengehälter hinausgehoben. Nebenamtlich beziehen bei diesem Kapitel 7 Offiziere für Unterrichtserteilung nicht unerhebliche, aber nicht spezifizierte Beträge.

Die Zahl der so *Versorgten* ist schon nicht gering, obschon wir erst jetzt zu den wichtigeren Etatkapiteln kommen. Da sind zunächst die schon erwähnten patentierten Oberstleutnants, die eigentlich 6552 Mark nebst Wohnungsgeldzuschuss 3. Klasse haben, aber eine pensionsfähige Zulage von 1150 Mark jährlich erhalten, wenn sie sich nicht in Regimentskommandeurstellen befinden und mindestens 6 Jahre bereits patentierte Stabsoffiziere sind. 270 Stellen koramen in Frage; dazu natürlich die entsprechende Anzahl von Fregattenkapitänen und Generaloberärzten. 25 Ärzte haben nebenamtliche Einnahmen aus öffentlichen Mitteln; die Einnahmen aus privater Praxis zählen hier selbstverständlich nicht. Für die Offiziere, als eine Gesamtheit aufgefasst, ist es ausserordentlich beruhigend, dass durch den 5. Titel des 24. Kapitels für pensionsfähige Offiziere und Militärärzte nicht weniger als 1 300 000 Mark nicht-pensionsfähige *Zulagen* ausgeworfen werden, die nahezu 800 Pensionären neben ihren sonstigen Bezügen zufließen, also die Lage dieser Männer und ihrer Familien nicht unerheblich bessern. Von der Million, die als sogenanntes *Übungsgeld* ausgegeben wird, profitieren ausser den Sommerleutnants auch zur Disposition gestellte Offiziere bei vorübergehender Einziehung. Der ganze 8. Titel handelt nur von Zulagen. 1517 Oberleutnants und Leutnants beziehen als Adjutanten je 216 bis 360 Mark jährlich; 1068 Gerichtsoffiziere erhalten jährlich je 84 Mark: wenig, aber herzlich! Besser sind schon die ohne jede Spezifikation angeforderten 2 182 202 Mark *Kommandosulagen* für *kommandierte* Offiziere. Die folgenden Positionen müsste ich eigentlich wortwörtlich aus Seite 62 des preussischen Heeresetats abschreiben; ich beschränke mich aber darauf mit Genugtuung festzustellen, dass die »behufs Einarbeitung von Bezirksadjutanten kommandierten Oberleutnants und Leutnants, und zwar für

jeden neuen Adjutanten auf eine Kommandodauer von höchstens einem Monate 30 Mark abbekommen; 70 Offiziere geniessen diese Vergünstigung; ob die Tätigkeit des Einpaukens lukrativ ist, lässt der Etat nicht erkennen; nehmen wir es an! Bei 17 Bezirkskommandos können 34 Offiziere nebenher 60 bis 300 Mark jährlich verdienen. Sie müssen dafür Versorgungsangelegenheiten bearbeiten, was als besonders schwere Arbeit zu gelten scheint, denn sonst ist der Grund dieser Vergünstigungen nicht erkennbar. Werden aktive Offiziere den in besonderen Abteilungen übenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes zugeteilt, so erhalten sie — Zulage: 24 bis 40 Mark. Wieviel das im ganzen ausmacht, wird verschwiegen. Etwas redseliger wird der Etat dort, wo er von den Offizieren bei besonderen Formationen handelt, so zum Beispiel bei der Offiziersreitschule, dem Lehrinfanteriebataillon. Dort erhalten Kompagnieführer je 900 Mark, die Leutnants je 432 Mark pro Jahr extra. Nahezu 500 Offiziere nehmen an diesen und ähnlichen Vergünstigungen teil, vermindern also wiederum die Zahl der auf das blosse Gehalt Angewiesenen. Nun kommen im Etat (Titel 9) 810 856 Mark *Tischgelder*, die den verschiedenen Offizierkorps zufließen und zwischen 1656 und 5184 Mark für volle Regimenter schwanken. Ganz besonders bevorzugt ist das 1. Garderegiment zu Fuss und das Regiment der *Gardes du Corps*, wo die Spenden 216 bis 1440 Mark betragen; dazu treten bei den *Gardes du Corps* noch 3000 Mark *Douceurgelder*: eine geheimnisvolle Zuwendung, die so traditionell erscheint wie der legendäre russische Wachtposten auf dem Flecke, wo vor hundert Jahren einmal ein Bauzaun gestanden hatte.

Aber es geht immer weiter: Zunächst stossen wir auf nahezu 1 Million *Ein-
kleidungsgeld*, das allerdings überwiegend den Offizieren des Beurlaubtenstandes zu gute kommt. In 18 Garnisonen erhalten Offiziere aller Grade nicht pensionsfähige Serviszulagen aus Kapitel 27 Titel 21, die zwischen 75 und 540 Mark schwanken; der Gesamtbetrag wird ungefähr 500 000 Mark ausmachen. Dass bei Pferdgeldern und Rationen Vorteile zu erzielen seien, wird von der einen Seite behauptet, von anderer bestritten; wir übergehen sie deshalb, um sofort die Aufmerksamkeit auf die 5 971 539 Mark Reisegebührrnisse und Umzugskosten zu lenken, die wenigstens zum teil als eine beliebte Unterstützung von Offizieren anzusehen sind, denen man etwas zuwenden will. Bei der militärtechnischen Akademie (Kapitel 35 Titel 11) beziehen 2 Offiziere nebenamtliche Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln; die Chefs dieser und ähnlicher Behörden sind natürlich, wie nicht weiter hervorzuheben ist, auch mit Dienstzulagen versehen; bei den Kadettenanstalten sind 127 504 Mark an Zulagen und Honoraren sogar gesondert aufgeführt; ähnlich ist es bei den Unteroffizierschulen, wo immerhin 137 332 Mark für die Offiziere *abfallen*, während der Posten bei der Militärturnanstalt nur 56 772 Mark beträgt, bei der Erziehungsanstalt in Annaberg und der Garnisonsschule in Frankfurt an der Oder gar nur 5488.


Eine grosse Annehmlichkeit für Offiziere ist, dass der Kriegsminister 75 000 Mark zur Förderung des neusprachlichen Unterrichts frei zur Verfügung hat. Offiziere, die die Aufmerksamkeit rechtzeitig auf sich zu lenken wussten, können aus diesem Fonds höchst angenehme Auslandsreisen bewilligt erhalten. Aber die Summe selbst kommt kaum in betracht neben den 11 247 171 Mark Wohnungsgeldzuschüssen. Diese Zuschüsse sind reformbedürftig, gehen auch nicht

den Offizieren allein zu; aber das ändert nichts an der Tatsache, dass ihre Summe den Aufwendungen für das Offizierkorps im ganzen zuzurechnen ist. Ebenso wie die kleine halbe Million, die zu besonderen Unterstützungen teils dem Kaiser teils dem Minister zur Verfügung steht.

So sehen wir also ausserordentlich hohe Summen den Gehaltsaufwendungen für die Offiziere hinzutreten; aber wir haben dabei noch nicht der Wartegelder — besonders bei den Schutztruppen — und namentlich der Pensionen gedacht, die doch auch berücksichtigt werden müssen, wenn die wirtschaftliche Lage der Offiziere zur Debatte steht. Jede Gehaltszulage erscheint auch im Pensionsetat in Form einer Erhöhung. Also ist es, um zusammenzufassen, durchaus ungerecht die auch von uns als zu niedrig bezeichneten *Normalgehälter* zur Grundlage von Klagen über die missliche Lage der Offiziere zu machen. Diese *Normalgehälter* existieren eigentlich überhaupt nicht. Das Schlimmste an der Sache ist aber, dass die Zuwendung der zahlreichen Vergünstigungen und Zulagen, die mit den verschiedenen Kommandos verbunden sind, den Vorgesetzten eine verhängnisvolle Macht über schmiegsame und biegsame Untergebene gibt. Die *Schuster* werden mit Zulagen überschüttet, die *Unbequemen* können sich — den Mund wischen. Die hierin ruhenden Gefahren sind ebenso ernst wie die eingangs geschilderten. Sie zusammen müssen die Volksvertretung veranlassen bei Gelegenheit der Neuregelung der Offiziersgehälter mit dem hier dargestellten System reinen Tisch zu machen. Klare Verhältnisse: der Kriegsminister von Einem hat ja wiederholt versichert, dass er sie schaffen will. Er möge zeigen, was er kann.

XX

JULES LOUIS BRETON · BUDGETBEWILLIGUNG

M 19. Januar hat der *Nationalrat* der französischen sozialistischen Partei beschlossen auf dem nächsten Parteitag meine Ausschliessung aus der französischen Sektion der Arbeiterinternationalen zu beantragen. Dieser Antrag wird durch die Behauptung motiviert, dass ich mich fortwährend mit den Grundsätzen und der Politik der Partei in Widerspruch gesetzt hätte, und zwar durch meine »zu unabhängige Haltung«, durch meine »Annäherungs- und Einigungsversuche den bürgerlichen Gruppen der Kammer gegenüber« und vor allen Dingen »durch die Bewilligung des Budgets«. Es wird also die Frage der Budgetbewilligung von seiten der Sozialisten auf dem in einigen Monaten in Toulouse stattfindenden Parteitag aufgerollt werden. Bei Gelegenheit meiner Verteidigung werde ich dort diese Frage in ihrer ganzen Ausdehnung beleuchten und zu beweisen suchen, dass die *symbolische Geste* der systematischen Ablehnung des Budgets nichts mit den sozialistischen Prinzipien zu schaffen hat und eine Fessel bildet, die ganz unnützerweise die parlamentarische Tätigkeit der Sozialisten lähmt.

Nicht nur in Frankreich erzeugt diese Übung Diskussionen, Streitigkeiten und zahlreiche Schwierigkeiten. Als Jaurès die gegen mich beantragte brutale Ausschliessungsmassregel bekämpfte, konnte er den *Nationalrat* daran erinnern, dass die Parlamentsvertreter der deutschen Sozialdemokratie in süddeutschen Landtagen oft das Gesamtbudget bewilligt hätten, ohne dafür mit Ausschliessung aus der Partei bedroht zu werden. Im September vorigen Jahres erschien auch in den *Sozialistischen Monatsheften* ein sehr interessanter Artikel

Richard Calwers, der dafür plädiert, dass man »eine positive Stellungnahme auch zum Budget genau so zulässt, wie es bei anderen von den Regierungen eingebrachten Gesetzentwürfen schon längst selbstverständlich ist«. Es ist daher interessant auf diese Frage, die mit Recht den internationalen Sozialismus beschäftigt, ausführlicher einzugehen. Ich werde es vom streng französischen Standpunkt aus tun, da ich die Funktionen der Parlamente anderer Nationen nicht genügend kenne, um zu behaupten, dass meine Beweisführung der politischen Lage jener Länder ebenso entspreche.

Als der Genosse Jean Lorris, der Delegierte der Organisation Loir-et-Cher, meine Ausschliessung aus der Partei in heftiger Weise forderte, schrieb er: »Die Ablehnung des Budgets ist die *symbolische Geste*, durch die die sozialistische Partei dem Parlament ihre unerschütterliche Opposition gegen den ausbeutenden Kapitalismus und den Staat, der zugleich dessen Ausdruck und Werkzeug ist, kundtut.« Und die der Einigung der sozialistischen Partei in Frankreich zu grunde liegende Erklärung verlangt von den Abgeordneten der Partei, dass sie diese *symbolische Geste* jedes Jahr wiederholen und »der Regierung alle Mittel verweigern, die die Herrschaft der Bourgeoisie und ihre Machtstellung sichern, dass sie folglich den Militäretat, den Kolonialetat, die geheimen Fonds und das Gesamtbudget ablehnen«. Gegen diese merkwürdige Auffassung aus der systematischen Ablehnung des Budgets eine sozialistische Prinzipienfrage zu machen, protestiere ich aber energisch. Ich hasse *symbolische Gesten*, also religiöse Riten, automatische Manifestationen, im voraus festgesetzte Formeln, die unvorhergesehene Umstände, zufällige Ereignisse, das Leben selbst, nicht in betracht ziehen. Ich kann nicht zugeben, dass eine fortschrittliche, tätige Partei ihre ganze Tätigkeit in einige abstrakte Formeln, einige unantastbare Dogmen einzwängt, fesselt und kristallisiert. Ich will nicht als Abgeordneter der geweihte Priester einer neuen, am parlamentarischen Altar nach bestimmtem Ritus opfernden Religion werden und gezwungen sein als einfach bewusstloser Automat einen für alle vorhergesehenen und unvorhergesehenen Fälle im voraus bestimmten Stimmzettel in die Urne niederzulegen.

Dass wir gegen jene nur zu vielen Gesamtbudgets stimmen, die uns statt Reformen nur neue und drückende Lasten bringen und einfach alle bestehenden Ungerechtigkeiten sanktionieren, ist durchaus logisch und richtig. Diese Ablehnung wird überdies eine um so bestimmtere Bedeutung und um so grössere Wirkung haben, je mehr sie statt der automatischen Äusserung eines dogmatischen, von vornherein feststehenden Grundsatzes der notwendige Protest gegen eine Politik der Reaktion oder des Stillstandes geworden ist. Es ist dagegen unzulässig zu behaupten, dass die sozialistischen Prinzipien formell, bei jeder Sachlage, die Ablehnung jedes Budgets verlangen, selbst wenn es uns bei einer Verminderung der militärischen Ausgaben die wichtigsten sozialen Reformen brächte. Es zeigt wirklich wenig Ernst zu verlangen, dass die Sozialisten, nachdem sie sich mit den Republikanern vereinigt haben, um die Verwirklichung dieser Verbesserungen in den verschiedenen Kapiteln des Budgets zu erreichen, sich nun bei Strafe des Bannes oder der Ausschliessung mit der Rechten verbinden sollen, um diese in Bausch und Bogen mit dem Gesamtbudget abzulehnen. In prächtigen Ausdrücken sagt uns die Grundabmachung der sozialistischen Einigung. »Im Parlament soll sich die sozialistische Fraktion der Verteidigung und Ausdehnung der politischen Freiheiten

und Rechte der Arbeiter, sowie der Anstrengung und Verwirklichung der Reformen widmen, die die Lebens- und Kampfesbedingungen der Arbeiterklasse verbessern.« Nachdem wir nun diese reformistische Erklärung in die Praxis umgesetzt und zwei Monate lang nach bestem Gewissen gekämpft haben, um das Maximum der möglichen Verbesserungen in die verschiedenen Kapitel des Budgets einzuführen und die Verwirklichung einiger Reformen im Finanzgesetz zu erreichen, zwingt uns, wie behauptet wird, die selbe Abmachung gegen dieses Gesamtbudget zu stimmen und dadurch alle so schwer errungenen Fortschritte mit einem Schlage wieder zu verwerfen. Das wäre gerade so, als wenn ein Handwerker, der mit Hilfe primitiver Werkzeuge die einzelnen Teile einer Maschine mühsam vervollkommen hätte, sie auf einmal zerbrechen und vernichten wollte, weil sie selbst nicht die Vollkommenheit, das erträumte Ideal ist.

Alle fortwährend im Schosse der sozialistischen Partei entstehenden Schwierigkeiten haben ihren Ursprung in diesen Inkonsequenzen, in diesen Widersprüchen, die die Abgeordneten zwingen entweder die Gesetze der Partei zu verletzen oder eine sterile Politik ohne Zusammenhang zu treiben, die der von Daudet so fein geschilderten köstlichen Mischung Tartarin-Don Quixote und Tartarin-Sancho Pansa würdig ist. Mit gesundem Menschenverstand und praktischem Sinne arbeitet Tartarin-Sancho, der im Herzen unserer wildesten *Revolutionäre* schlummert, eifrig daran unsere Budgets zu verbessern. Er bringt die vernünftigsten Amendements ein, schlägt die gemässigtsten Reformen vor, aber im Moment der Abstimmung über dieses Gesamtbudget, das die Grundlage des bürgerlichen sozialen Gebäudes bildet, erscheint plötzlich Tartarin-Don Quixote, der in ihrem Gehirn herumwirbelt, und stürzt sich, mit einem blauen Stimmzettel bewaffnet, wild auf die ihm von einem Diener ruhig dargebrachte Urnenwindmühle. Da diese wenigen blauen Stimmzettel der äussersten Linken in der Parlamentsurne nur mit den gleich gefärbten Herausforderungen zusammentreffen, die einige intransigente Don Quixotes der äussersten Rechten, Marquis, Grafen, Herzöge und Barone, an die Republik richten, so ist diese ritterliche Manifestation von absolut keiner praktischen Bedeutung.

Bis jetzt hat das Staatsbudget im Parlament die Stimmen der Sozialisten in der Tat gar nicht nötig, da es auch ohne sie einer Mehrheit sicher ist. Anders liegt die Sache bei Budgets der Departements und Gemeinden, die oft in Gefahr ständen abgelehnt zu werden, wenn unsere Vertreter sich der Abstimmung enthielten. Sie hüten sich deshalb wohl sie abzulehnen, obgleich diese Budgets in vielen Teilen Positionen enthalten, die mit unsern Doktrinen in direktem Widerspruch stehen. Dennoch hat niemand in der Partei jemals etwas dagegen eingewendet. Also einfach deshalb, weil unsere Abstimmung wirkungslos und platonisch zu bleiben bestimmt ist, sollen wir uns im Parlament in aller Sicherheit diese unschuldige Manifestation leisten, und an dem Tage unsere Taktik ändern dürfen, an dem die Unterstützung aller Stimmen der Rechten uns durch eine unerwartete Majorität einen Sieg bringen würde, der uns höchst unangenehm wäre? Das erinnert mich an die furchtbare Angst, die einige unserer *revolutionären* Genossen manchmal unter dem Ministerium Combes empfanden, wenn es zum Zählen der Stimmzettel über gewisse von ihnen eingebrachte und die Regierung in Gefahr bringende Anträge kam; mit

welcher Spannung sie die Zählung verfolgten und sich nach dem Resultat erkundigten, wie sie fürchteten eine Mehrheit geschaffen zu haben, die, ohne ihnen das geringste praktische Resultat zu bringen, der Reaktion vortrefflich genützt hätte; wie die Möglichkeit ihres Sieges sie erschreckte, wie froh und triumphierend sie aussahen, wenn sie endlich erfuhren, dass sie das Glück hatten geschlagen zu sein! Eines Tages fragte ich einen von ihnen, der, übrigens ziemlich lau, ein Budgetamendment verteidigt hatte, dessen Annahme den Fall des Ministeriums bewirkt hätte, nach dem Resultat der Abstimmung. Er erwiderte mit einer Freude, die er nicht einmal zu verhehlen suchte: »Es geht gut.« Ich verstand sofort, dass das heissen sollte, er wäre geschlagen und zufrieden.

Stimmen mit dem geheimen Wunsche besiegt zu werden ist, wie jeder zugestehen wird, unserer grossen Partei wirklich nicht sehr würdig. Sie kann eben nicht ungestraft aus der systematischen Ablehnung des Budgets ein notwendiges Sakrament, einen obligatorischen Ritus einer neuen Religion machen und all die verjagen, die sich weigern diese kindischen Gesten mitzumachen. Und doch ist es wahr: Die Sozialisten stimmen nur gegen das Gesamtbudget, weil sie im voraus ganz gut wissen, dass sie unmöglich eine Mehrheit finden können. An dem Tage, wo sie ernstlich Gefahr laufen werden diese Mehrheit zu bilden, werden sie sich beeilen ihre Taktik zu ändern und das selbe Budget zu bewilligen. Ich spreche hier wohlverstanden nur von Frankreich, von unserer Republik und unserer Demokratie, und werde sehr leicht beweisen können, wie begründet meine Behauptung ist.

Man kann tatsächlich die Bildung einer gegen das Gesamtbudget stimmenden Mehrheit nur in zwei Fällen voraussehen: Der erste Fall ist, dass die Sozialisten in so grosser Anzahl ins Parlament gelangen, dass sie allein diese Mehrheit bilden können. Dann werden sie aber selbstverständlich Besseres zu tun haben als ein Gesamtbudget abzulehnen, das sie nach ihrem Geschmack zusammenstellen und in einer ausgesprochen sozialistischen Richtung verbessern, ändern und umwandeln können. Annehmen, dass man in solch einer Lage den heute beobachteten sakramentalen Ritus beibehalten würde, hiesse den Bankrott unserer Partei und unserer Ideen annehmen. Beschäftigen wir uns also mit dem viel wahrscheinlicheren und viel näherliegenden Fall. Dieser würde eintreten, wenn sich die ganze Rechte eines schönen Tages mit den Sozialisten zu einer Mehrheit verbände, natürlich nicht, um für sie zu arbeiten, sondern um einer republikanischen Regierung einen Possen zu spielen oder eine wichtige Reform zum Scheitern zu bringen. Schon jetzt sehen wir das Bild dieser möglichen Mehrheit in der Minderheit, die sich Jahr für Jahr gegen das Gesamtbudget ausspricht. So finden wir in der letzten Abstimmung vom 8. Dezember 1907 in der betreffenden Minderheit neben den geeinigten intransigenten Abgeordneten nur die Namen einiger adligen Getreuen gefallener Regierungsformen. Ihre Aufzählung ist ebenso kurz wie charakteristisch; es sind de Baudry d'Asson, Duc de Blancas, Baron de Boissieu, Alfred Cibiel, Delahaye, Marquis de Juigné, Marquis Henri de la Ferronnays, Comte de Lanjuinais, Marquis de Montaignu, Duc de Rohan, Marquis de Rosanbo. Das sind augenblicklich die Gefährten der Sozialisten in jenem unwandelbaren und revolutionären Ritus, der das Budget der Republik in die Acht erklärt. Wenn morgen diese Phalanx der äussersten Rechten die ganze Rechte gegen

eine Regierung der Linken oder eine soziale Reform mitreisst, so können die Sozialisten die Ablehnung des bürgerlichen Budgets erreichen. Natürlich wird am folgenden Tage das betreffende Budget ohne die Reform von einer andern Regierung eingebracht, von der Rechten bewilligt werden und noch viel bürgerlicher sein. Einer meiner revolutionären Freunde, den ich neulich auf diese höchst plausible Hypothese hinwies, erwiderte naiv: »In diesem Falle könnte die bedrohte Regierung diese Koalition vermeiden, indem sie nach rechts oder links abschwenkt.« Sicher würde sie, wenn sie gewandt und gewissenlos wäre, nicht damit zögern. Sie würde sich natürlich hüten nach links zu gehen, da sie bei den durch ihren unverletzlichen Ritus gebundenen Sozialisten nichts zu holen hätte, sie würde sich aber beeilen nach rechts abzuschwenken und die reaktionären Stimmen um den Preis der geopferten Reform erkaufen.

Und die durch ihr Dogma gefesselten Sozialisten sollten damit zufrieden sein die Rolle der Genarrten zu spielen, in so dummer Weise für die Reaktion zu arbeiten und sich für immer lächerlich zu machen? Ich habe eine zu gute Meinung von meinen Freunden und meiner Partei, um das zu glauben, und bin überzeugt, dass dann die schönen *Theorieen* und grossen *Prinzipien* schnell vergessen sein und endlich der Vernunft Platz machen werden. Warum sollen wir aber nicht diese symbolische Standarte, die uns schon heute lästig ist und morgen so gefährlich werden kann, gleich ins Antiquitätenmuseum verweisen? Ich habe, wie wiederholt bemerkt, hier nur das republikanische Frankreich im Auge; denn ich erkenne natürlich an, dass in gewissen Ländern eine Koalition zwischen Demokraten und Sozialisten wohl möglich ist, um mittels der Ablehnung des Budgets eine reaktionäre Regierung zu stürzen.

Wir haben betont, dass die Ablehnung des Gesamtbudgets keine sozialistische Prinzipienfrage sein kann. Es ist eine Spezialfrage, die nicht ein für allemal gelöst werden kann und je nach dem Einzelfall geprüft und verschieden gelöst werden muss. Ich würde es ebenso missbilligen, wenn die sozialistische Partei entschiede, dass ihre Abgeordneten immer für das Gesamtbudget stimmen oder sich immer der Abstimmung enthalten sollen, als wenn sie die jetzt geltende Vorschrift der systematischen Ablehnung beibehalten wollte. Das Finanzgesetz ist durchaus ein Gesetz wie jedes andere, und unterscheidet sich von anderen nur durch seine begrenzte Dauer und seine periodische Wiederkehr. Wie alle anderen Gesetze müssen wir es diskutieren, versuchen es möglichst zu verbessern, uns bemühen das Maximum der Reformen und Fortschritte, die es überhaupt enthalten kann, aus ihm herauszuschlagen. Dann, im Moment der GesamtAbstimmung, müssen wir alle Vorteile und Nachteile der in ihm enthaltenen Neuerungen gegen einander abwägen, sorgfältig prüfen, ob es im grossen und ganzen eine Verbesserung des jetzigen Zustandes darstellt, ob es sich im Gegenteil darauf beschränkt diesen jetzigen Zustand einfach bestehen zu lassen, oder ob es schliesslich nur einen Rückschritt und eine sichere Reaktion darstellt. Im ersten Fall bedeutet es einen Fortschritt, und daher müssen wir ohne Zögern für das Ganze stimmen; im zweiten Falle bedeutet es Stillstand, und wir haben uns der Abstimmung zu enthalten; im dritten Falle, dem der Reaktion, ist es unsere Pflicht dagegen zu stimmen. Gewiss werden sich in diesem Gesamtbudget immer Teile finden, die wir im einzelnen nicht billigen können, und gegen die wir gestimmt haben. Aber verhält es sich nicht so mit allen vom Parlament angenommenen Gesetzen?

Haben wir das Gesamtgesetz, das die Dienstpflicht auf zwei Jahre reduzierte, oder das Gesamtgesetz der Trennung von Kirche und Staat oder das Gesamtgesetz über die Arbeiterversicherung, um nur diese anzuführen, abgelehnt, weil gewisse Bestimmungen unseren Ansichten widersprachen? Wir sind *de facto* entschiedene Gegner der albernen und unfruchtbaren Doktrin des *Alles oder nichts!*, wir wissen ganz genau, dass kein aus den Debatten der Kammer hervorgehendes Gesetz uns vollständig befriedigen und spezifisch sozialistisch sein kann. Es genügt, dass diese Gesetze ein noch so leichtes, noch so unbedeutendes, noch so kleines Reformembryo, einen noch so ungewissen, noch so unbestimmten, noch so winzigen Fortschrittskeim enthalten, damit die Sozialisten, und alle Sozialisten, entschieden für die betreffenden Gesamtgesetze stimmen. Nun wird man vielleicht sagen, dass unsere bürgerlichen Budgets, die alle für das Leben und das Bestehen der kapitalistischen Gesellschaft notwendigen Positionen in sich schliessen, von vornherein notwendigerweise dazu verurteilt sind viel mehr Schlechtes als Gutes zu enthalten; dass die wenigen, winzigen Reformen, die man hier und da einführen kann, niemals die Millionen und Milliarden aufwiegen können, die für unseren Lehren geradezu entgegengesetzte Zwecke ausgesetzt sind, dass ihre Bilanz daher niemals zu gunsten sozialistischer Ideen ausschlagen kann, dass die wenigen, zur Verbesserung des Loses der Arbeiter bestimmten Millionen, die man in eine Wagschale werfen könnte, niemals ein Gleichgewicht für die dem Ganzen des bürgerlichen Staates unentbehrlichen Milliarden bilden können, dass folglich immer, selbst wenn man aus der Ablehnung des Budgets eine Spezial- und nicht eine Prinzipienfrage macht, die Sozialisten logischerweise gegen alle Gesamtbudgets des kapitalistischen Staates stimmen müssen.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet wäre die Frage von verführerischer Simplizität; sie liegt aber durchaus nicht so einfach. Man muss nämlich, um die in einem Budget enthaltenen Verbesserungen zu berechnen, nur die Neuerungen in Betracht ziehen. Alles, was ohne Abänderung die frühere Sachlage gutheisst, was wörtlich bestehende Bestimmungen reproduziert, kurz das ganze tote Gewicht, das jedes Budget mit sich schleppt, darf nicht mitgerechnet werden, wenn die Urteile, Berechnungen und Schlussfolgerungen nicht falsch sein sollen. Wenn im Fall der sozialistisch-reaktionären Koalition, von der wir oben gesprochen haben, ein Gesamtbudget abgelehnt würde, darf man doch nicht annehmen, dass alle jene bestehenden Bestimmungen, die die Organisation der gegenwärtigen Gesellschaft ermöglichen, mit dem aufgeschobenen Finanzgesetz verschwinden werden. Durch die sofortige Annahme einiger provisorischer Zwölfstel würde die Existenz des vorigen Budgets um einige Monate verlängert werden; alle beiden Budgets gemeinsamen Bestimmungen würden also in Kraft bleiben, und nur die neuen Bestimmungen, die nützlichen oder schädlichen Neuerungen des abgelehnten Budgets, würden vereitelt oder verzögert sein. Wenn wir uns also fragen, ob wir für oder gegen das Gesamtbudget stimmen oder uns der Stimmabgabe enthalten sollen, dürfen wir also nicht das Budget in seiner Gesamtheit in betracht ziehen, sondern nur die Bestimmungen, die es von seinem Vorgänger unterscheiden. Das ist der Kernpunkt der Frage.

Übrigens verfahren wir auch so, wenn wir untersuchen, wie wir bei der Gesamt- abstimmung über einen Gesetzentwurf stimmen sollen. Führen wir ein Bei-

spiel an: Als die Sozialisten, alle Sozialisten ohne Ausnahme, für das Gesetz betreffend die militärische Aushebung stimmten, das die Dienstzeit auf zwei Jahre beschränkte, billigten sie da alle Bestimmungen des Gesetzes? Durchaus nicht, denn sonst hätten sie sicher gegen ein Gesetz gestimmt, das die ganze bestehende militärische Organisation, alle militaristischen Ungerechtigkeiten guthieß und das Weiterbestehen der Kriegsgerichte und der Militärgerichtsbarkeit duldete. Sie haben nur die neuen Bestimmungen gesehen, die das neue von dem alten Militärgesetz unterschieden, da diese Bestimmungen die einzigen Neuerungen waren, die durch die Annahme des Gesetzes in Kraft treten sollten; alles Übrige hätte ja weiterbestanden, gleichviel ob das Gesetz angenommen oder abgelehnt wurde. Unter diesen Neuerungen fand sich aber auch manches Vorzügliche, zum Beispiel die Verminderung und gerechtere Verteilung der Militärlasten, jedoch auch manches Abscheuliche; so wurden zum Beispiel alle unsere kleinen öffentlichen Ämter zum Schaden unserer kleinen Beamten und der guten Organisation unserer öffentlichen Betriebe Militäranwärttern ausgeliefert. Nun, wir haben die guten und schlimmen Neuerungen gegen einander abgewogen, die Bilanz erschien uns für den sozialen Fortschritt günstig, und ohne Zögern stimmten wir alle für das neue Militärgesetz. In gleicher Weise sollten wir jedes Budget prüfen und zergliedern, um logisch zu bestimmen, wie wir bei der Gesamtabstimmung uns zu verhalten haben.

Nehmen wir als Beispiel das Budget des Rechnungsjahres 1908, dessen Bewilligung man mir so heftig und bitter vorwirft. Natürlich befriedigte uns dieses Budget nicht ganz, es brachte uns nicht alle Verbesserungen, alle Reformen, alle Fortschritte, die wir wünschen konnten; ausserdem war es nicht frei von zahlreichen Bestimmungen, die wir nicht billigen konnten, und gegen die wir gestimmt hatten. Im Vergleich zum Budget des vorigen Rechnungsjahres brachte es jedoch sehr bedeutende Fortschritte. Wir fanden darin eine beträchtliche Vermehrung der sozialpolitischen Positionen: Altersunterstützung, Kinderschutz, Subventionen für die gegenseitigen Hilfskassen, Bergarbeiterpensionen usw. Es brachte einer grossen Anzahl kleiner Beamten unserer verschiedenen Verwaltungen fühlbare Verbesserungen und gewährte der Volksschule neue Mittel. Es enthielt einen Posten von 1 Million, um die Kost unserer Soldaten zu verbessern, während $1\frac{1}{2}$ Millionen zur Unterstützung der bedürftigen Familien der Reservisten ausgesetzt waren. Das Finanzgesetz, das, wie bekannt, den integrierenden Bestandteil des Budgets ausmacht, enthielt mehrere höchst interessante Reformen: eine Steuer auf Börsenoperationen, eine neue Schätzung des Einkommens aus nicht bebautem Grundeigentum, die die notwendige Einleitung zur Einkommensteuer bildete, eine Jagdsteuer, eine Verminderung der militärischen Einziehung von 28 auf 13 Tage. Das alles ist wenig, sehr wenig, ich muss es ohne weiteres zugeben, im Vergleich zu dem, was man tun könnte und sollte; das versteht sich von selbst. Es war aber meiner Ansicht nach vollständig genügend, um im ganzen nicht gegen alle diese Verbesserungen zu stimmen, die wir verlangt und für die wir einzeln gestimmt hatten.

Was mich persönlich betrifft, so hatte ich die zwei letzten, oben angegebenen Reformen vorgeschlagen. Seit drei Jahren verlangte ich jedes Jahr die Einverleibung eines Amendements ins Finanzgesetz, wonach die Übungszeit der

Reservisten vermindert werden sollte. Wäre es unter solchen Umständen nicht sehr lächerlich von mir gewesen nach dieser Genugtuung das Budget abzulehnen, das endlich meine Forderungen verwirklichte? Und wenn ich auf diese Weise gezeigt hätte, wie wenig ich mir aus diesen Reformen machte, wie hätte ich die genügende Autorität gehabt nötigenfalls von der Kammer zu verlangen fest bei ihrem Beschluss zu bleiben und sich der Abtrennung zu widersetzen, für die der Senat sicher sein würde? Gerade weil wir im Parlament nutzbringend arbeiten und das mögliche Maximum von Reformen verwirklichen wollen, können wir diese symbolische und automatische Geste der unwardelbaren Ablehnung aller Budgets nicht zulassen. Wie ich schon bei der Erklärung der von mir und meinen Freunden beabsichtigten Abstimmung in jener Nachtsitzung, in der über das Gesamtbudget des Rechnungsjahres 1908 abgestimmt wurde, ausführte, haben wir dafür gestimmt, weil wir nicht am sozialen Fortschritt in der Art einer Penelope arbeiten, weil wir nicht in der Nacht auftrennen wollen, was wir am Tage geschaffen.

Indes, da die Sozialisten noch für lange Zeit sicher sind nur eine unbedeutende Minderheit in ihren Abstimmungen gegen das Gesamtbudget zu bilden, so wäre diese platonische Manifestation, dieses doktrinäre Spiel schliesslich ohne jede praktische Bedeutung, wenn sie nicht die unglückselige Wirkung hätte den sozialistischen Abgeordneten, deren parlamentarische Tätigkeit sie in gefährlicher Weise lähmt, einen grossen Teil ihres Einflusses zu rauben. Niemand wird bestreiten, dass die sozialistische Partei ein grosses Interesse daran hat durch einige ihrer Mitglieder in der Budgetkommission vertreten zu werden, die immer viele und wichtige Fragen zu prüfen hat. Wenn es aber den Sozialisten durch ihr freundliches Einverständnis mit den Republikanern oft leicht fällt in die verschiedenen parlamentarischen Kommissionen einzudringen, ist es ihnen andernteils sehr schwer Mitglied der Budgetkommission zu werden, und zwar, wie man offen gestehen muss, durch die Schuld der Sozialisten selbst. In der Tat, wie kann man die Forderung einer gerechten und billigen Vertretung in der Budgetkommission mit der doktrinären Erklärung vereinigen, jeder Sozialist müsse immer, unwandelbar, systematisch gegen das Gesamtbudget des Staates stimmen? Was sollen wir denen erwidern, die uns sagen: Wozu wollt ihr am Studium des Budgets mitarbeiten, sogar über einen Teil Bericht erstatten, da ihr doch im voraus fest entschlossen seid gegen das Ganze zu stimmen und uns die ganze Verantwortlichkeit für seine Annahme zu überlassen, trotz aller darin enthaltenen Fortschritte, trotz aller von euch hineingetragenen Reformen und darin verwirklichten Verbesserungen? Da ihr von vornherein durchaus entschlossen seid unsere bürgerliche Küche, wie auch die Speise gewürzt sei, zu verschmähen, so lasst sie uns auch auf unsere Art zubereiten, ohne dass wir euren Geschmack berücksichtigen! Das wäre indessen noch nichts, und wir könnten uns leicht über unsere Ausschliessung aus der Budgetkommission trösten, wenn wir wirksam in die Budgetdebatten eingreifen könnten, um unsere Ansichten zur Geltung zu bringen. Aber da begegnen wir wieder den selben Schwierigkeiten, den selben Fesseln. Jedesmal, wenn ein Sozialist ein Amendement einbringt, irgend eine Verbesserung verlangt, findet sich ein Minister oder ein Abgeordneter, der ihm zuruft: Warum wollt ihr, dass wir für euren Antrag stimmen, wo ihr doch von vornherein entschlossen seid selbst gegen ihn zu stimmen? Ihr werdet ja das Gesamtbudget

RICHARD CALWER · ARBEITSMARKT UND GEWERKSCHAFTSTAKTIK

RLICKT man auf die Erfolge der Arbeitsmarktberichterstattung in den letzten zwölf Jahren zurück, so kann man nicht umhin zuzugestehen, dass grössere Fortschritte erreicht worden sind, als man anfänglich erwartet hatte. Wurden doch in der ersten Zeit die Versuche eine periodische Berichterstattung über den Arbeitsmarkt einzurichten in der Öffentlichkeit kaum beachtet, vielfach sogar bespöttelt. Es bedurfte der Arbeit mehrerer Jahre, um durch den Ausbau der Arbeitsnachweis- und Krankenkassenstatistik die Grundlagen für eine zutreffende Beurteilung der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes zu schaffen. Hatte man anfänglich damit gerechnet, dass vor allem die Arbeiterpresse und die Arbeiterorganisationen ein lebhaftes Interesse an der statistischen Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes bekunden würden, so musste man leider sehr bald die Wahrnehmung machen, dass die Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung der Arbeiterorganisationen noch nicht vorhanden waren, und dass auch die Arbeiterpresse der Arbeitsmarktberichterstattung noch nicht die Aufmerksamkeit zuwandte, die notwendig gewesen wäre, um das Interesse der Arbeiterbevölkerung für diese Frage zu wecken.

Ganz im Gegensatz zu den anfänglichen Erwartungen erwachte aber sehr bald das Interesse an der Arbeitsmarktberichterstattung in Kreisen, für die sie zunächst weniger berechnet war. Aufmerksame Beobachter aus den Kreisen der Industrie und des Handels, vor allem die ernste Handels- und Börsenpresse, bemerkten bald, dass die Methode der Arbeitsmarktberichterstattung zu Ergebnissen führte, durch die die subjektiven Stimmungsberichte über die Geschäftslage in den verschiedenen Gewerben sowie über die Gestaltung der Konjunktur überhaupt eine sehr wichtige Korrektur erfuhren. Ganz besonders in die Augen fallend war die Sicherheit, mit der auf Grund der Arbeitsmarktberichterstattung der Umschwung der Konjunktur in Jahre 1900 festgestellt und in seiner graduellen Entwicklung verfolgt werden konnte. Von dieser Zeit an war die Arbeitsmarktberichterstattung gewissermassen legitimiert, und es stand nichts mehr im Wege eine offizielle Zentrale für sie zu schaffen.

Das kaiserliche statistische Amt übernahm diese Aufgabe und gibt seit 1903 durch das besonders dazu geschaffene *Reichsarbeitsblatt* das von ihm allmonatlich gesammelte Material bekannt. Auf der einen Seite bedeutete diese amtliche Berichterstattung einen gewaltigen Fortschritt, insofern als die ganze Berichterstattung auf einer breiten Basis angelegt werden konnte, und die das Material liefernden Instanzen zur regelmässigen Berichterstattung viel leichter als bisher bewegt werden konnten, da alle Mitarbeit freiwilliger Natur war. Auf der anderen Seite hat aber die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung auch Nachteile mit sich gebracht, die den Wert für die unmittelbare Praxis ungemein beeinträchtigen mussten. Während die private Statistik so schnell zu arbeiten in der Lage war, dass die Ergebnisse der Berichterstattung für je einen Monat wenige Tage nach dem Abschluss dieses Monats veröffentlicht werden konnten, werden die Resultate der amtlichen Berichterstattung so viel später nach dem Monatschluss bekanntgegeben, dass inzwischen die Lage des Arbeitsmarktes schon wieder ein wesentlich anderes Gepräge angenommen

hat. Noch schlimmer wirkte aber eine Neuerung, die darin bestand, dass den statistischen Tabellen textliche Situationsberichte vorangestellt wurden, die nicht aus dem Ziffernmaterial gewonnen wurden. Vielmehr kamen und kommen in diesen Situationsberichten die Auffassungen der Käufer der Ware *Arbeitskraft* ausschliesslich zur Geltung. Ist das schon an sich für eine objektive Berichterstattung nicht erfreulich, so ist die textliche Berichterstattung auch qualitativ sehr anfechtbar. Denn es handelt sich in der Hauptsache um Stimmungsberichte, die nicht schlechter, aber auch nicht besser sind als die sonst üblichen Stimmungsberichte über den Geschäftsgang in irgend einem Gewerbe. Die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung wurde aber trotz der ihr anhaftenden Mängel lebhaft begrüsst und liess das Interesse an der bisherigen privaten Statistik in Arbeiterkreisen noch mehr erkalten. Die Gewerkschaften beteiligten sich vielmehr bald selbst aktiv an der amtlichen Arbeitsmarktberichterstattung, indem sie dem kaiserlich statistischen Amt ihre Arbeitslosenziffern übermittelten.

Bei aller Wertschätzung der amtlichen Berichterstattung musste man erwarten, dass über kurz oder lang das Bedürfnis nach einer aktuelleren und namentlich detaillierteren Berichterstattung entstand. In der Tat war dies auch der Fall, aber bemerkenswerterweise waren es wieder nicht die Arbeiter, die dieses Bedürfnis zuerst empfanden, sondern es war ein Teil der Arbeitgeber, die im Hinblick auf die Kämpfe mit den Arbeiterorganisationen sich eine besondere Arbeitsmarktberichterstattung einrichteten. Sie ist zwar noch jungen Datums, aber schon von grossem Nutzen für die Kreise, denen die Berichterstattung zugänglich ist. Die *Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände* hat nämlich seit Mitte des Jahres 1906 eine Verbindung der bei ihren Mitgliedern bestehenden Arbeitsnachweise durchgeführt. Sie versendet an diese Mitglieder monatliche Nachrichten, die eine Schilderung des Arbeitsmarktes nach den Berichten der Mitglieder und der sonstigen Veröffentlichungen enthalten. Sie bringen ferner die monatlichen Statistiken der Nachweise und eine Übersicht der der *Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände* mitgeteilten Streiks. Man sieht aus dieser Sondereinrichtung, welch hoher Wert in Arbeitgeberkreisen der Arbeitsmarktberichterstattung beigelegt wird. Diese Wertschätzung ist ganz natürlich, wenn man erwägt, welche Bedeutung die richtige Kenntnis der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes für die wirtschaftliche Praxis hat.

Umso verwunderlicher muss es erscheinen, dass in den Arbeiterorganisationen das Bedürfnis nach einer aktuellen, eigenen Arbeitsmarktberichterstattung noch so sehr schwach ist. Der Hauptgrund für diese Erscheinung scheint mir darin zu liegen, dass die gewerkschaftlichen Aktionen noch immer in der Hauptsache ohne genaue und eingehende Prüfung der besonderen Lage des Arbeitsmarktes in den in Frage kommenden Gewerben unternommen werden. Gewiss unterscheidet man schon insofern als wenigstens die Extreme berücksichtigt werden, aber eine Differenzierung der unzähligen, verschiedenen Grade der Beschäftigung wird in der Regel noch nicht vorgenommen. Die grosse Zahl der Mitglieder lässt sich bei ihrem Streben um bessere Arbeitsverhältnisse noch immer mehr von Stimmungen als von nüchternen Erwägungen leiten. Und die Gewerkschaftsbeamten, die schon Verständnis für eine genaue Erkundung der Operationsbasis bei gewerkschaftlichen Aktionen haben, ver-

mögen gegen eine geschlossene Stimmung der Arbeiter nicht aufzukommen. Zweifellos werden wir aber über diesen Zustand schon bald hinauskommen. Man muss sich auch hier in Geduld fassen, wie dies ja bei der ganzen Entwicklung der Arbeitsmarktberichterstattung notwendig war. Je grösser die Gewerkschaften werden, je stärker auf der anderen Seite die Arbeitgeberorganisationen zunehmen, desto hartnäckiger und verlustreicher werden die Kämpfe, die zwischen beiden Gegnern ausgefochten werden. Solche grossen Kämpfe werden nur unternommen werden, wenn man die Chancen des Kampfes für günstig hält. Um aber dies beurteilen zu können, ist eine genaue Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes unbedingte Voraussetzung. Weiter ist für den Abschluss von Tarifverträgen eine sichere Orientierung über das Mass des Erreichbaren nur möglich, wenn man den Stand des Arbeitsmarktes nicht nur am fraglichen Platze und im fraglichen Gewerbe, sondern darüber hinaus den Gesamtarbeitsmarkt, vielfach sogar den internationalen Arbeitsmarkt genau kennt und verfolgt. Das sind nur zwei Gesichtspunkte, die über kurz oder lang das Bedürfnis nach einer eigenen Arbeitsmarktberichterstattung in Arbeiterkreisen wecken werden.

Dass aber die Arbeiterorganisationen in der Lage sind eine eigene Arbeitsmarktberichterstattung zu schaffen, das dürfte wohl kaum jemand bezweifeln. Denn keine Instanz kann sich über den Arbeitsmarkt besser und leichter orientieren als eben die Verkäufer der Ware *Arbeitskraft* selbst. Wenn man einwenden wollte, auch die Käufer dieser Ware, also die Arbeitgeber, wären dazu ebenso gut im stande wie die Arbeiter, so stimmt diese Annahme nicht. Die Arbeitsmarktberichterstattung der Arbeitgeber hat in der Praxis ungemein damit zu kämpfen, dass die einzelnen Betriebe aus Gründen des Geschäftsgeheimnisses, der Rivalität usw. zu ziffernmässigen Angaben nur sehr schwer oder gar nicht zu bewegen sind. Ganz anders liegt es bei den Arbeitern, die derartige Rücksichten nicht kennen. Bei dem heutigen Stande der Entwicklung der Gewerkschaften bieten sich zwei Stützpunkte für die Inangriffnahme einer Arbeitsmarktberichterstattung. Die Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften bilden heute schon ein so ausgezeichnetes Material für die Beurteilung der Bewegung des Beschäftigungsgrades, dass durch eine übersichtlichere und detailliertere Bearbeitung sowie durch eine frühzeitigere Veröffentlichung der Einblick in die Lage des Arbeitsmarktes ganz wesentlich verbessert werden würde. Dass die Arbeitslosenziffern frühzeitiger festgestellt und veröffentlicht werden könnten, ist fraglos. In dieser Beziehung hat sich bei den Arbeitsnachweisen und bei den Krankenkassen gezeigt, dass ein pünktlicher monatlicher Abschluss die laufenden Verwaltungsgeschäfte nicht erschwert, sondern erleichtert. Sodann ist in den örtlichen Gewerkschaftskartellen eine Stelle gegeben, von der aus die Beleuchtung des deutschen Arbeitsmarktes in unvergleichlicher Weise erfolgen könnte. Schon jetzt könnten diese Kartelle durch Sammlung des örtlichen, den Arbeitsmarkt angehenden Materials, durch die Überweisung dieses Materials an eine Zentralstelle die Arbeitsmarktberichterstattung in einer Weise bereichern, die für die gewerkschaftliche Tätigkeit vielen Nutzen bringen, noch mehr Schaden verhüten würde. In der Zentralstelle selbst wären die eingehenden Berichte nach einheitlicher Methode zu verarbeiten, und die nach Gewerben, Landesteilen und einzelnen Plätzen geschiedenen jeweiligen Ergebnisse müssten den Arbeiterorganisationen zugänglich gemacht werden.

Ein derartiger Ausbau der Arbeitsmarktberichterstattung liegt meines Erachtens nicht nur im Interesse der Arbeiter selbst, sondern ist auch von allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus im höchsten Grade zu wünschen. Wir haben eine amtliche, wir haben private Arbeitsmarktberichterstattung, wir haben eine solche vom Standpunkt der Käufer der Ware *Arbeitskraft*, aber es fehlt noch das wichtigste Glied in der Kette, nämlich die Arbeitsmarktberichterstattung der Arbeiter selbst. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, dass der Einrichtung einer solchen Berichterstattung Schwierigkeiten im Wege stehen, die der gewerkschaftlichen Organisation Fernerstehende leicht unterschätzt. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich; sie sind so wenig unüberwindlich, wie die Schwierigkeiten, die seinerzeit der ersten privaten Arbeitsmarktberichterstattung entgegenstanden. Die Hauptsache ist den ersten Schritt zu wagen und mit bescheidenem Anfang zufrieden zu sein. Nachdem die Arbeitgeber mit einer eigenen Berichterstattung schon seit längerer Zeit vorangegangen sind, wäre es an der Zeit, dass die Arbeiter folgten. Denn sie sind doch eigentlich die nächsten dazu.

XX

PAUL UMBREIT · DER GESETZLICHE ZEHNSTUNDENTAG



VOR 60 Jahren wurde in England durch das Fabrikgesetz von 1848 für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter der Zehnstundentag eingeführt. Er war die wichtigste Etappe in einem jahrzehntelangen Kampfe um die Beschränkung der freien Ausbeutung ungeschützter Arbeitskräfte und zugleich die Basis für die Entwicklung der englischen Industrie. 30 Jahre später folgte die Schweiz mit dem 11stündigen Normalarbeitstag für alle erwachsenen Fabrikarbeiter, 1885 Österreich mit der gleichen Reform, während Deutschland 1891 sich mit dem Elfstundentag für erwachsene Fabrikarbeiterinnen begnügte. 1897 führte Russland die gesetzliche 11½stündige Arbeitszeit für alle Fabriken und Werkstätten mit 15 und mehr Arbeitern ein, und in Frankreich wurde 1900 der Zehnstundentag für alle gemischten Betriebe anerkannt. Die schwächlichen Massnahmen, die die Berliner Arbeiterschutzkonferenz der Staaten 1890 im Gefolge hatte, haben die Arbeiter bitter enttäuscht. Seit dem internationalen Kongress zu Genf im Jahre 1866 fordern sie den Achtstundentag, eine Forderung, die der Pariser Kongress von 1889 in den Mittelpunkt einer internationalen Propaganda stellte. Der Einfluss dieser Bewegung spiegelte sich wieder in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 und in der Berufung der Arbeiterschutzkonferenz der Regierungen; von ihr empfangen die bürgerlichen Arbeiterschutzreformer ihre Anregungen zur Gründung eines internationalen Arbeitsamtes und zur Neubelebung des internationalen Arbeiterschutzes, dessen erste Ergebnisse, auf der Berner Konvention von 1906, das Phosphorzündholzverbot und das Verbot der industriellen Nacharbeit der Frauen darstellen.

Seit der Kodifizierung der Berliner Konferenzbeschlüsse von 1890 war die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung fast völlig steril geblieben. Sie brachte neben einigen schwächlichen Bundesratsverordnungen lediglich das Kinderschutzgesetz und 1903 das Phosphorzündholzverbot, aber trotz zahlreicher Anträge und Beschlüsse des Reichstages keine einschneidende Arbeitszeitregelung.

Der gesetzliche Elfstundentag für Arbeiterinnen in Fabriken war längst von der Praxis überholt. Nach amtlichen Erhebungen der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1902 war in 25 075 von 38 706 Betrieben mit weiblicher Arbeiterschaft bereits die 10stündige oder noch kürzere Arbeitsdauer eingeführt, und 433 005 von insgesamt 813 560 Fabrikarbeiterinnen erfreuten sich dieses Fortschrittes. Nur 35,3 % aller gemischten Fabrikbetriebe und 46,7 % aller Fabrikarbeiterinnen arbeiteten noch länger als 10 Stunden. Und 66 von 84 deutschen Gewerberäten sprachen sich in ihren Gutachten übereinstimmend für die Notwendigkeit der gesetzlichen Einführung des Zehnstundentages aus. Gleichwohl geschah nichts zur Verwirklichung dieser Reform. Fast kein Jahr verging, ohne dass der Reichstag seine Wünsche und Anträge erneuerte. Speziell die Textilarbeiter, die besonders unter einer übermässigen Arbeitsdauer zu leiden hatten, gaben wiederholt durch Petitionen den Anstoss zu längeren Reichstagsberatungen. Waren es doch vorwiegend die Grossindustriellen der Textilindustrie, und zwar vor allem der Spinnerei, die aus starrem Prinzip an der weitestmöglichen Arbeitsdauer festhielten, um das in den Maschinen angelegte Kapital in kürzesten Fristen, ohne jede Rücksicht auf das Wohl der daran beschäftigten Arbeiter, zu akkumulieren. Und der Widerstand dieser einflussreichen Clique von Grossindustriellen, die ihre Vertretung im *Zentralverband deutscher Industrieller* fand, hat in der Tat genügt, um die Reichsregierung jahrelang von jenem Schritt zurückzuschrecken, den die überwiegende Mehrzahl ihrer Gewerberäte im öffentlichen Interesse dringlich forderte. Der *Zentralverband deutscher Industrieller* war unausgesetzt bemüht nicht nur jeden gesetzlichen Fortschritt der Arbeitszeitregelung zu hindern sondern auch den Übergang grösserer Betriebe zu kürzerer Arbeitszeit hintanzuhalten, wie er denn auch 1895 erreicht hatte, dass die Einführung des Achtstundentages auf den Reichsmarinewerkstätten unterblieb.

So musste erst die Arbeiterschaft den Kampf gegen die sozialfeindliche Industrie aufnehmen, um eine Reform durchzusetzen, die in England seit mehr denn 50 Jahren gesetzlich anerkannt war. Im Crimmitschauer Kampfe um den Zehnstundentag zeigte sich das grosse Ringen zwischen Kapital und Arbeit.¹⁾ Hinter den Lohnsklaven, die nur forderten, was der weitaus grösste Teil der Arbeiter längst besass, stand die ganze organisierte Arbeiterschaft Deutschlands, die den Kampf mit 1¼ Millionen Mark unterstützte. Die Textilindustriellen stützte eine Hilfsaktion des *Zentralverbandes deutscher Industrieller*, der diesen Kampf auch zum Anlass nahm eine Zentralisation der Unternehmerverbände in grösstem Massstabe einzuleiten. Die Arbeiter unterlagen, aber auch der Widerstand der Textilindustrie war gebrochen. Kurze Zeit danach bewilligten die Crimmitschauer Unternehmer die 10½stündige Arbeitszeit und die süddeutschen Baumwollindustriellen, die sich bisher am heftigsten gegen jede Arbeitszeitverkürzung gesträubt hatten, führten den Zehnstundentag ein, aus freien Stücken zwar, aber durchaus nicht freiwillig, sondern höchst triftigen Gründen äusseren Zwanges folgend, wie einer ihrer Vertreter gelegentlich einer Delegiertensitzung des *Zentralverbandes deutscher Industrieller* bekannte. Ja noch mehr: Die selben Baumwollindustriellen, vorher entschiedene Gegner jeder gesetzlichen Arbeitszeitregelung, traten jetzt sogar für den gesetzlichen Zehnstundentag ein und beantragten, dass der *Zentralverband*

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Crimmitschau und der gesetzliche Zehnstundentag* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, 1. Band, pag. 138 ff.

diese Forderung unterstütze, denn »ein prinzipieller Gegensatz zu der in Fluss gekommenen Zehnstundenbewegung sei in der Praxis doch nicht mehr aufrecht zu erhalten«. So wurden eingefleischte Gegner des Arbeiterschutzes zu dessen Befürwortern, um eine ihnen von der Arbeiterschaft aufgezwungene Grenze der Arbeitsdauer zu verallgemeinern. Auch der einflussreichsten Scharfmacher einer, der Generaldirektor Jencke von der Firma Krupp, sah sich zu dem Geständnis veranlasst: jeder längere Widerstand sei vergeblich, der Zehnstundentag werde ganz gewiss seinen Weg auch in die Textilindustrie nehmen; es frage sich nur, ob man der gesetzlichen Regelung noch länger widerstehen solle; im Reichstage werde auf diesen Widerstand keine Rücksicht mehr genommen!

Der moralische Sieg war auf seiten der Arbeiter, die mit ihrem Zehnstundenkampfe auch ganz achtenswerte Teilerfolge errungen hatten. Dennoch hielt der *Zentralverband deutscher Industrieller* noch im Oktober 1905 in einer Resolution an seinem Einspruch gegen die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen fest. Er verlangte, dass jedem Unternehmer die Freiheit gewahrt werde die Arbeitszeit in seinem Betriebe nach seinem Ermessen festzustellen, da ja auch auf diesem Wege die frühere lange Arbeitsdauer auf ein den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechendes Mass zurückgeführt worden sei. Das entsprach freilich nicht der Wahrheit, da nicht die freie Entschliessung der Unternehmer, sondern lediglich der Druck der Arbeiterbewegung und der Nachdruck der Gesetzgebung die Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt hatte. Ebenso wenig befand sich der Scharfmacherverband mit seinem Protest in voller Übereinstimmung mit seinen Mitgliedern derjenigen Industrieen, die in grösserem Umfange weibliche Arbeiter beschäftigten. Der Protest war lediglich eine geschickte Rückzugskanonade, die den Industriellen einige Jahre Schonzeit sicherte. Denn selbst vor diesem Scheinwiderstand wich die Regierung zurück. Erst zu Beginn des Jahres 1907 erklärte sie sich bereit dem längstgeäusserten Willen des Reichstages nach einem Zehnstundengesetz zu entsprechen, und wiederum verging fast ein Jahr, ehe diese Zusage in einem Entwurf ihre Erfüllung fand. Auch dann noch erneuerte der Zentralverband der Scharfmacher seinen Protest. In seiner Vertrauenskundgebung zur Politik des Fürsten Bülow nahm er auch Stellung zu den weitergehenden sozialpolitischen Zielen, die Graf Posadowsky bereits im Reichstag angekündigt hatte, und kleidete seinen Einspruch gegen dieses Reformprogramm in folgende Resolution:

»a) Den vorstehenden Erklärungen gemäss ist der *Zentralverband* bereit eine gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige Sozialpolitik und die Abstellung sozialpolitischer Missstände aufrichtig und opferwillig zu unterstützen. Unbeschadet dessen erachtet er sich in Wahrung der ihm anvertrauten Interessen der deutschen Industrie für verpflichtet gegen die in den Verhandlungen des neuen Reichstages verfolgten, sehr weit gesteckten sozialpolitischen Ziele entschiedenem Einspruch zu erheben. b) Dieser Widerspruch richtet sich gegen jede übermässige, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gefährdende Belastung der Industrie durch Beschränkungen und Einengungen der Betriebe, die über das von der unbedingten Notwendigkeit gebotene Mass hinausgehen, und durch weitere Entziehung von Arbeitskräften entweder auf dem Wege direkter Ausschaltung oder weiterer Verkürzung der Arbeitszeiten oder durch Erweiterung bereits bestehender einschränkender Bestimmungen. c) Der *Zentralverband* erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nacharbeit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der

Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen. d) Ebenso betrachtet der *Zentralverband deutscher Industrieller* mit schweren Bedenken die Bestrebungen die bestehende Höchstarbeitszeit für Arbeiterinnen gesetzlich noch weiter zu beschränken. Diese Bestrebungen berühren vor allem, aber durchaus nicht allein, die Textilindustrie. Die Gewissheit, dass jede Verkürzung der Arbeitszeit in den Spinnereien in vollem Umfange, in den Webereien und den übrigen Zweigen der Textilindustrie jedenfalls teilweise die Produktionskosten erhöht, die Gefahr, dass der Wettbewerb der deutschen Textilindustrie gegen das Ausland sich in Zukunft ungünstig gestaltet, alle diese Umstände lassen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen als ein wirtschaftlich gefährliches Vorgehen erscheinen, dem gegenüber es entschieden vorzuziehen wäre, es der Industrie zu überlassen, ob sie, wie bisher, da, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, freiwillig auf eine kürzere Arbeitszeit übergehen will. e) Sollte aber aus Gründen, die ausserhalb des Kreises der wirtschaftlichen Tatsachen gelegen sind und vielleicht dem Gebiete politischer Erwägungen angehören, eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden, so kann ihre Einführung, damit die Industrie sich auf die veränderten Verhältnisse einzurichten vermag, nur allmählich mit einer langen Uebergangsfrist erfolgen, als welche ein Zeitraum von mindestens vier Jahren angemessen erscheint, sowie nur unter sorgfältigster Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Industrien, wobei jedenfalls weitgehende Ausnahmeverordnungen notwendig sein werden.»

Auch dieser Protest der Scharfmacher konnte den sozialpolitischen Fortschritt nicht länger aufhalten. Er ist aber so bezeichnend für die antisoziale Verhärtung des grossindustriellen Arbeitgebertums, dass wir ihn als charakteristisches Dokument in seinem Wortlaut aufbewahrt sehen möchten.

Die Gewerbeordnungsnovelle vom 16. Dezember 1907 bringt zunächst in Konsequenz der Berner Konvention von 1906 die Einführung der 11stündigen Minimalruhezeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Darüber hinaus bringt sie den gesetzlichen Zehnstundentag für die Arbeiterinnen aller Betriebe, die in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, sowie die Befugnis des Bundesrats und der Landeszentral- beziehungsweise Polizeibehörden die Hausindustrie den Schutzbestimmungen zur Verhütung von Lebens-, Gesundheits- oder Sittlichkeitsgefahren zu unterstellen. Die übrigen Massnahmen der Novelle sind unerheblich. Die wichtigste Reform ist der gesetzliche Zehnstundentag, der erstmalig auch für erwachsene Arbeiter anerkannt wird. Er bedeutet einen Sieg der kämpfenden Arbeiterschaft, dessen prinzipielle Bedeutung dadurch, dass das Zugeständnis etwas sehr *post festum* kommt, nicht geschwächt werden kann. Unumwunden gibt die Regierung zu, dass der jahrzehntelange Kampf der Arbeiter ein berechtigter war, und dass die Gesetzgebung die Pflicht habe, das, was die Arbeiter in diesem Kampf errungen haben, sicher zu stellen. Speziell in bezug auf die Textilindustrie, die der Arbeitszeitverkürzung am hartnäckigsten widerstand, heisst es in der Begründung:

»Nachdem inzwischen der 10stündige Arbeitstag auch in der Textilindustrie immer mehr Eingang gefunden hat, wird man zu einer gesetzlichen Herabsetzung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen schreiten können.«

Als vor 6 Jahren die Gewerbeaufsichtsbeamten diese Reform sowohl als erwünscht, wie auch als durchführbar erachteten, zögerte die Regierung gegen die mächtigen Textilindustriellen und die mit ihr verbündete Grossindustrie vorzugehen. Die Arbeiterorganisation musste erst durch ein Jahrfüntf beispiellos heftiger Kämpfe den Widerstand dieser Kapitalistenclique brechen, um der Regierung für ihr gesetzliches Reformwerk die Bahn frei zu machen.

In welcher wirksamer Weise die Gewerkschaften diesen Kampf führten, das zeigt ein Blick auf die Erfolge ihrer Lohnbewegungen und Streiks. In einem einzigen Jahre, 1906, errangen die freien Gewerkschaften für 223 933 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 1 225 393 Stunden pro Woche: das sind pro Kopf und Woche nahezu 4 Stunden. Und war es nicht im wesentlichen das Werk eben dieser Gewerkschaften, wenn das reichsstatistische Amt in seiner Erhebung über die Tarifverträge im Deutschen Reiche 1906 konstatieren konnte, dass es für zirka 477 000 gewerbliche Arbeiter gelungen sei die Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, und dass 91,1 % aller Tarifverträge eine 10stündige oder kürzere Arbeitsdauer festlegen? Wenn das statistische Amt, um die Bedeutung dieses Erfolges herabzumindern, bemerkt, dass es überwiegend Kleinbetriebe seien, die der tariflichen Regelung zugänglich waren, während die eigentliche Grossindustrie derselben ablehnend gegenüberstehe, so trifft dieser Einwand weder völlig zu, noch kann er die Bedeutung der Gewerkschaftserfolge irgendwie schmälern. Es steht im Gegenteil fest, dass ganz respektable Grossindustriellen, wie die Buchdruckereien, die Brauereien etc., sehr stark an der tariflichen Regelung beteiligt sind. Andererseits wird der wachsende Einfluss der Gewerkschaften gerade seitens der tarifgegnerischen Grossindustrie durchaus nicht unterschätzt. Aber nicht auf die Form der Regelung der Arbeitsbedingungen kommt es an, sondern auf den sachlichen Inhalt, und da muss anerkannt werden, dass die Arbeitszeit in der Grossindustrie mit wenigen Ausnahmen durchweg bis zur Grenze des Zehnsturentages und dahinter zurückgegangen ist. So ergab eine Erhebung des Zentralverbandes der Schuhmacher über die Arbeitsdauer in den Schuh- und Schäftefabriken, dass nur noch 19,27 % aller in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter länger als 10 Stunden täglich arbeiten, dass dagegen die 8- bis 9½ stündige Arbeitsdauer bereits für 20,34 % der Arbeiter eingeführt sei. Das Resultat wurde als ein sehr wenig befriedigendes bezeichnet, und in der Tat gehört die Schuh- und Schäfteindustrie zu den wenig fortgeschrittensten Industrien. Aber selbst hier war es bereits gelungen für mehr als $\frac{1}{5}$ aller Arbeiter den Zehnsturentag zur Maximalgrenze zu machen. So hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung dem gesetzlichen Zehnsturentage wirksam vorgearbeitet.

Man sollte meinen, dass die Reichsregierung angesichts des Zugeständnisses, dass der Zehnsturentag inzwischen fast allgemein Eingang gefunden hat, nunmehr ganze Arbeit machen und diese Arbeitsdauer als obere Grenze für alle erwachsenen Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und der Art und Grösse der Gewerbebetriebe festlegen werde. Hinter dieser berechtigten Erwartung bleibt indes die Novelle weit zurück. Nur die Arbeiterinnen und auch nur solche in grösseren Gewerbebetrieben sollen des gesetzlichen Zehnsturentages teilhaftig werden. Die Arbeitsdauer der erwachsenen männlichen Arbeiter bleibt nach wie vor unbeschränkt, obwohl hier die Gesetzgebung den geringsten Schwierigkeiten begegnete, mit längerer Arbeitsdauer am wenigsten aufzuräumen hätte. Auch die Arbeitszeit im Kleingewerbe soll gesetzlich unregelt bleiben, obwohl hier die tarifliche Regelung die meisten Fortschritte zu verzeichnen habe. Das sind Widersprüche, welche erkennen lassen, dass die Regierung sich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes noch von den allerrückständigsten Auffassungen leiten lässt. Für sie ist der

Arbeiterschutz nur eine Art Ausnahmezustand von der Regel der schrankenlosen Ausbeutungsfreiheit, der nur denjenigen zu gute kommen darf, die sie als Unmündige, als unfreie Verkäufer ihrer Arbeitskraft betrachtet, den Jugendlichen und den Arbeiterinnen. Der erwachsene Arbeiter bedürfte dieses Schutzes nicht, da er frei über seine Arbeitskraft verfügen könne. Niemand zwingt ihn Verträge mit 11- bis 12-stündiger Arbeitsdauer zu schliessen. Bei derartigen Auffassungen kann es nicht befremden, dass die wenigen Versuche über diese Schutzgrenze hinaus auch einigen besonders gefährdeten Arbeitergruppen einen sanitären Maximalarbeitstag zu sichern, praktisch fast völlig bedeutungslos geblieben sind. Denn wie können von einem 12- bis 14-stündigen Maximalarbeitstag in der Nachtbäckerei, von einer 8- bis 10-stündigen Minimalruhezeit für Gastwirtsgehilfen, für Arbeiter in Getreidemühlen und für das Ladenpersonal hygienische, das heisst krankheitsverhütende Wirkungen erwartet werden, da doch den Unternehmern noch immer eine weit über jedes hygienische Mass hinausreichende Arbeitsdauer zugestanden wird? Indem die Gesetzgebung aber die Arbeitsdauer der erwachsenen männlichen Arbeiter unregelt lässt, überlässt sie zugleich diese Regelung völlig dem sozialen Kampfe zwischen Unternehmer und Arbeiter. Dieser Kampf wird für die Arbeiter zu einem Zwangsgebot dort, wo keine andere Möglichkeit übrig bleibt zu kürzerer Arbeitsdauer zu gelangen. Das ist die Kehrseite der sozialpolitischen Engherzigkeit. Wer der Arbeiterschaft den notwendigen gesetzlichen Schutz versagt, der mache die Gewerkschaften dann nicht für die wachsende Zahl und Schärfe der wirtschaftlichen Kämpfe verantwortlich. Kämpfe wie die von Crimmitschau und vom Ruhrrevier sind weit mehr politischer, als gewerkschaftlicher Natur; sie sind durch die Rückständigkeit unserer Sozialgesetzgebung verschuldet, die die Arbeiterinteressen der Kapitalistenklasse opfert. Angesichts der ungeheuren Nachteile, die der gesamten Volkswirtschaft in den nächsten Jahren aus solchen Klassenkämpfen im gewerkschaftlichen Gewande drohen, sei schon heute darauf hingewiesen, was im rechten Moment versäumt wurde, um solchen Kämpfen den Boden zu entziehen.

Auch das Privilegium unbeschränkter Ausbeutungsfreiheit für das Klein-gewerbe dürfte für letzteres zu einem Danaergeschenk werden, das ihm mehr Kämpfe als Frieden bringt. Das kleine Unternehmertum ist gegenüber der wachsenden Gewerkschaftsbewegung am wenigsten im stande sich deren Einfluss zu entziehen. Nur in den kleinsten Städten, auf dem Lande und in den östlichen Provinzen, wo die Gewerkschaften noch nicht recht Fuss fassen konnten, konnte es die überlange Arbeitsdauer aufrechterhalten. Die Notwendigkeit eines allgemeinen Ausgleichs der Arbeitsbedingungen drängt die Gewerkschaften mit solchen Zuständen je eher, desto lieber aufzuräumen. Das Kleinmeistertum, durch die Gesetzgebung in eine trügerische Sicherheit gewiegt, dürfte bald zu der Erkenntnis kommen, dass ein gesetzlicher Ausgleich, der alle Konkurrenten gleichmässig trifft, dem Machtkampfe vorzuziehen gewesen wäre.

Allerdings macht die Gewerbenovelle einen bemerkenswerten Fortschritt, indem sie mit dem trotz einer Rechtsprechung von vier Jahrzehnten dunkel gebliebenen Fabrikbegriff aufräumt und die bisher für Fabriken geltenden weitergehenden Schutzbestimmungen auf alle Gewerbebetriebe, die in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigen, überträgt. Das bedeutet eine Sicherung des Arbeiterschutzes gegenüber unternehmerfreundlichen Richtern,

die es fertig brachten selbst gemischte Betriebe mit 50 bis 100 Arbeitern und Arbeiterinnen als nichtfabrikmässig zu bezeichnen. erinnert man dagegen daran, dass selbst der *Zentralverband deutscher Industrieller* schon im Jahre 1878 den Fabrikbegriff auf alle Betriebe mit mehr als 3 regelmässig beschäftigten Arbeitern angewendet wissen wollte, so wird man den Schritt der Gewerbenovelle als recht zaghaft bezeichnen müssen. Widerspruch aber muss die Bestimmung des § 154 Ziffer 4 hervorrufen, wonach unter anderem Handelsgeschäfte, Gärtnereien, Bauten, Gast- und Schankwirtschaften und das Verkehrsgewerbe der Geltung der weitergehenden Schutzvorschriften für Arbeiterinnen und Jugendliche entzogen bleiben sollen. Damit würde der grösste Teil der günstigen Wirkungen, die von der Beseitigung des Fabrikbegriffes zu erwarten waren, wieder illusorisch gemacht. Gerade für den Grosshandel und das Verkehrsgewerbe, für die überwiegend mit Heizanlagen und Motoren arbeitende gewerbliche Gärtnerei und für Bauten liegt nicht der allgeringste Grund vor ihnen ein Monopol auf unbeschränkte Arbeitsdauer der Arbeiterinnen und Jugendlichen zuzugestehen, das andere Gewerbe nicht haben. Mit dieser Sonderstellung einzelner Berufsgruppen muss endlich einmal gebrochen werden, damit wir in unserer Gesetzgebung dem Normalarbeitstag, dem Ziel jedes konsequenten Arbeiterschutzes, ein Stück näher kommen.

Dringend zu wünschen wäre ferner, dass mit dem Fallenlassen der unhaltbaren Fabrikbegrenzung auch die Hausindustrie den übrigen Gewerbebetrieben gleichgestellt würde. In dieser Richtung versagt die Gewerbenovelle völlig. Sie enthält zwar einen recht umfangreichen Abschnitt, der, abweichend von den bisherigen Grundsätzen der Gewerbeordnung, auch die rein familiäre Hausarbeit der gesetzlichen Regelung unterwirft. Aber so erfreulich diese Anerkennung eines modernen Prinzips ist, so vergeblich sucht man nach einer tatsächlichen Gleichstellung der Hausindustrie, die namhafte Gewerbeaufsichtsbeamte schon seit Jahrzehnten empfehlen. Das ganze Paragraphenwerk enthält nicht anderes als die Möglichkeit einer Unterstellung einzelner Hausindustrien unter die allgemeinen Bestimmungen der § 120 a bis e der Gewerbeordnung, die den Schutz gegen Lebens-, Gesundheits- und Sittlichkeitsgefahr betreffen. Dabei kann auch die Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages in Erwägung gezogen werden, aber wer wollte sich von dieser behördlichen Befugnis allzu grosse Wirkungen versprechen? Die gesetzliche Gleichstellung der Hausindustrie mit den Betriebswerkstätten, die die Voraussetzung für jede ernste Reform auf diesem Gebiete bildet, lehnt der Gesetzgeber nach wie vor ab. Was er in der Novelle bietet, ist ein fragwürdiges Surrogat, das nur die Vorstellung einer Reform erwecken soll.

Dass der gesetzliche Zehnstudentag in solcher homöopathischen Dosis von erheblicher praktischer Bedeutung werden könnte, wird selbst ein Optimist nicht behaupten. Um so mehr muss es befremden, dass die Vorlage den Unternehmern eine fast zweijährige Schonfrist bis zur Inkraftsetzung des Zehnstudentages für Arbeiterinnen und darüber hinaus noch Ausnahmen, die einen 11 stündigen Arbeitstag innerhalb einer 60 stündigen Arbeitswoche zulassen, gewährt. Zwischen der prinzipiellen Anerkennung des gesetzlichen Zehnstudentages, die die Gewerbeordnungsnovelle bringt, und ihrer Verwirklichung zeigt sich ein klaffender Widerspruch. Theorie und Praxis sind weit von einander entfernt, wo es gilt die Arbeiter gegen ein Übermass kapitalistischer

Ausbeutung zu schützen. Wo aber die Staatsgewalt des bürgerlichen Erwerbs versagt, da beginnt die Aufgabe der Arbeiterbewegung, die die künftige Staatsgewalt repräsentiert. Sie wird die unzureichenden staatlichen Gesetze ergänzen durch wirtschaftliche Gesetze, die sie den Unternehmern in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr aufzwingt, sie wird einen über das staatlich anerkannte Mass weit hinausreichenden Arbeiterschutz erkämpfen und durch Tarifverträge sicherstellen. Sie wird dem Neunstundentag und selbst den Achtstundentag eher und sicherer festlegen als dies von der Gesetzgebung zu erwarten ist. Ihr Wirken ist Arbeiterschutz der Zukunft, der bereits der Gegenwart seinen Stempel aufprägt. Der gesetzliche Zehnstundentag, heute nur für die Jugendlichen und Arbeiterinnen anerkannt, wird in wenigen Jahren Normalarbeitstag sein, und das Unternehmertum selbst wird seine Verallgemeinerung fordern.

XX

GERHART PUSEMANN · ALKOHOL, PARTEI UND GESETZGEBUNG



UF dem Essener Parteitage der deutschen Sozialdemokratie /1907/ ist endlich die Alkoholfrage behandelt worden. Essen war auch der wirksamste Hintergrund für die Betonung des Mässigkeitstandpunktes. Denn alles Elend, das der Kapitalismus erzeugen kann, ist dort am vollkommensten zu finden. Die schwere und höchst ungesunde Arbeit, das jämmerliche Wohnungselend und die geistige Öde, die diese Auspowerung der Massen zur Folge hat, machte sicherlich auf die Delegierten Eindruck, so dass sie von vornherein dem Genossen Wurm recht gaben. Die Abstinente hatten nun geglaubt, der Punkt *Alkoholfrage* würde wie in Österreich in ihrem Sinne behandelt werden; zum mindesten beanspruchten sie nun einen Korreferenten. Es wurden ihnen leider nur 20 Minuten Redezeit gewährt, die Genosse Katzenstein auch gut ausgenutzt hat.

Vor dem Parteitage kam so manche Spiessbürgeransicht zu tage: Die Behandlung der Alkoholfrage auf dem Verbandstage der freien Gast- und Schankwirte ist ja bekannt, und in einem süddeutschen Parteiblatt jammerte ein Pessimist über die zu erwartende Arbeitslosigkeit der Brauer usw. und fragte, was wohl aus unsern herrlichen Weinbergen werden sollte. Nun, erstens gibt es schon über hundert Sorten alkoholfreier Weine, zweitens aber hat der Schreiber jenes Artikels wohl vergessen, dass der Wein immer mehr und mehr in den Laboratorien der Chemiker *wächst*. Freilich ist zuzugeben, dass die Alkoholgewerbe werden verschwinden müssen. Aber wie die Brauereiaktionäre sich retten werden, indem sie sich der Industrie für alkoholfreie Getränke widmen, genau so werden die Arbeiter auf eine andere Art ihren Lebensunterhalt verdienen können; das Alkoholkapital wird eben vom alkoholfreien Kapital abgelöst werden. Zwar wird das Quantum des konsumierten Getränks nicht mehr die heutige Hektolitergrenze erreichen; aber schliesslich werden auch die Abstinente kein trockenes Wüstendasein führen. Vorläufig hat Genosse Wurm die *Hofbräuhausdynastie* noch einmal gerettet, indem er mehrmals die Unschädlichkeit eines Liters Bier für einen normalen Menschen betonte und sogar alle Abstinente als Pharisäer hinstellte, die den Trinker bekämpften, während es sich doch um einen Kampf gegen das Alkohol-

kapital, gegen die der Gemeinschaft gefährliche Grossindustrie, handle. Nach dem Genossen Wurm sollen wir warten, bis die Terrainspekulanten und Wohnungs- und Lebensmittelverteurer unschädlich gemacht sind, dann wird nach seiner Ansicht der Alkoholismus und die schädliche Wirkung des Alkohols von selbst verschwinden.

Wurm behauptet, nur die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse hätten das Bedürfnis nach Alkohol, und somit die Grossproduktion des Alkohols erzeugt; und Ähnliches sagt Katzenstein in seiner zurückgezogenen Resolution. Dagegen möge man beachten, dass Moritz Heine eine Fülle von Tatsachen bringt, aus denen hervorgeht, dass bis zum Mittelalter lediglich die Aristokratie in einem regelmässigen Weingenuss lebte.¹⁾ Bestimmend ist hierfür besonders die unzulängliche Technik der damaligen Zeit in der Herstellung grösserer Mengen von Bier und Wein. Daher war der Handel mit berausenden Getränken gar nicht möglich; die ärmere Bevölkerung, soweit sie überhaupt berausende Getränke kannte, musste sich vorwiegend mit den leichteren, verhältnismässig harmlosen unter ihnen begnügen. Wir sehen also: zu Anfang des Alkoholismus war die Tat; aber nicht die des Trinkers, der sein Elend zu vergessen suchte, sondern die des Produzenten.

Wie steht es nun mit der Ablehnung der Abstinenzorganisation? Genosse Wurm zog als Beweis den Vergleich mit der Tuberkulosebekämpfung durch das Bürgertum, namentlich der Sonderbekämpfung durch Spucknäpfe usw., heran. Aber muss denn der Arbeiter mit der selben Naturnotwendigkeit, mit der er die Bazillen einatmet, auch alkoholische Getränke zu sich nehmen? Andererseits schadet einem kerngesunden Menschen bei normaler Lebensweise der Bazillus nichts, wohl aber können die Trinksitten und der Trinkzwang seinen Körper allmählich zu grunde richten. Wir halten die Abstinenzorganisation für erforderlich, weil wir nicht nur die sozialen Verhältnisse umwandeln, sondern insbesondere auch auf den Willen des Arbeiters einwirken wollen. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen der Genossin Roland Holst hingewiesen, die in einer Besprechung des Vanderveldeschen Buches *Alkohol, Kunst und Religion* schreibt:

„Vandervelde gehört zu den immer zahlreicher werdenden Sozialisten, die innerhalb der Sozialdemokratie der Anschauung entgegentreten, dass der Alkoholismus ausschliesslich dem kapitalistischen Elend zuzuschreiben sei und mit diesem von selbst verschwinden werde. Seit einigen Jahren hat das tiefere Eindringen in diese Spezialfrage erwiesen, dass nicht jede Verbesserung in der materiellen Lage der Arbeiter — vor allem nicht, wenn sie plötzlich und vorübergehend ist — mit Notwendigkeit die Abnahme des Alkoholismus zur Folge hat. Wohl aber tritt eine solche regelmässig ein, wenn zu einer stetigen und bleibenden Verbesserung der materiellen Lage Faktoren moralischer und intellektueller Art — darunter auch Aufklärung über die Wirkungen des Alkohols — hinzukommen. Weit entfernt zu befürchten, dass eine proletarische Abstinenzbewegung eine Vergeudung von Zeit und Kraft bedeute, die besser ausschliesslich politischen und gewerkschaftlichen Zwecken zu gute kämen, empfiehlt Vandervelde, wie wir meinen, mit Recht, den Kampf gegen den Alkoholismus innerhalb der proletarischen Partei in mannigfacher Weise zu führen. Bedeuter ja der Alkoholismus eine nicht zu unterschätzende Schwächung des proletarischen Bewusstseins und der proletarischen Kampfkraft.“²⁾

Ich will im folgenden versuchen ein Bild der Abstinenzbewegung zu geben,

¹⁾ Vergl. Moritz Heine *Das deutsche Nahrungswesen von den ältesten geschichtlichen Zeiten bis zum 16. Jahrhundert* / Leipzig 1901, pag. 408 ff.

²⁾ Vergl. Henriette Roland Holsts Besprechung der Vanderveldeschen *Essais socialistes* in der *Neuen Zeit*, 1905-1906, 2. Band, pag. 710.

von ihrer Tätigkeit in der Gegenwart und von dem in der Zukunft zu erstrebenden Ziele. Der Kampf um den Salon des Proletariats, die Kneipe, wurde zu einem Streit über die Gefährlichkeit der geistigen Getränke im allgemeinen und der Trinksitten im besonderen. Nach welcher Methode und in welchem Sinne wird nun dieser Kampf geführt?

Da arbeitet uns zunächst das reaktionäre Mucker- und Bürgertum entgegen. Das *Blaue Kreuz*, eine Organisation der frommen Alkoholgegner, pflegt die Trinkerrettung im Namen des Heilands. Und mit grossem Erfolg. Der Arbeiter, der vielleicht schon seit Jahrzehnten ein Opfer der Trinkgewohnheiten ist und es mit ansehen muss, wie seine Familie dadurch mehr und mehr ins Elend gerät, während er sich aus eigener Kraft ebensowenig aus dem Laster zu retten vermag wie die Prostituierte aus dem Sumpf ihres Elends, ergreift die rettende Hand, die ihm der Priester bietet, und erliegt der Suggestion, die dieser durch sein *Du sollst* auf ihn ausübt. Eine andere Methode und einen andern Zweck bei der Bekämpfung des Alkoholismus haben die *Guttempler*. Die Anwendung der Religion wird von ihnen zwar nach aussen hin hartnäckig geleugnet, in ihren Logen jedoch fleissig gepflegt. Es werden da ferner Kränzchen auf Kränzchen arrangiert, harmlose Vergnügungen, in denen der Rentier Mudicke thront und die Arbeiter zum Interesse an leeren Unterhaltungen erzieht. Diese bewusste Pflege des Indifferentismus kann der fortschreitenden Arbeiterbewegung nur gefährlich sein. Das haben auch einige, in lokalen Vereinen zu Bremen, Berlin und Stuttgart organisierte Arbeiter erkannt, als sie im Jahre 1903 den *Deutschen Arbeiterabstinentenbund* gründeten, der den Alkoholismus nach den Erfahrungen und Entdeckungen der Wissenschaft bekämpft. Leider besitzt dieser Verein noch kein eigentliches Programm, weil er bisher lediglich organisatorische Arbeit zu leisten hatte. Ich muss daher von mir selbst aus meine weiteren Darlegungen schreiben.

In der Debatte des Mannheimer Parteitags über den Antrag die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen legte Genosse H. Schulz seinen Standpunkt, der übrigens für die ganze Debatte in Essen massgebend war, mit folgenden Worten dar:

«Wenn Sie den Antrag annehmen, so führen Sie damit lediglich einen Beschluss des Bremer Parteitages aus, dass die Presse sich mit der Alkoholfrage beschäftigen und auf die Schäden des Alkoholismus hinweisen soll. Das ist nicht in genügendem Masse geschehen. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, so verpflichten Sie sich damit doch nicht etwa, *Abstinensler* zu werden. Wir sollen die Massen auf die Gefahren des Alkohols hinweisen, und das kann am besten durch ein Referat geschehen.»

Damit wären wir nun um keinen Schritt weitergekommen. Aufklärende, für die Massen bestimmte Vorträge genügen uns eben nicht, die wir gewohnt sind aus allem praktische Schlüsse zu ziehen. Jene Auffassung läuft gewöhnlich auf das liberale Mässigekeitsziel hinaus den Alkohol als *Anregung* zu geniessen, so lange der Arzt damit einverstanden ist. Es ist daher ratsam nicht von einer *Alkoholfrage* sondern von einer *Abstinenzfrage* zu sprechen. Auch hiermit würde die Partei nicht von ihren einzelnen Mitgliedern die Abstinenz fordern, sondern als Organisation einen modernen Standpunkt gegenüber der Gefahr des Alkohols und der Trinksitten einnehmen. Die Österreicher zeigten uns einen Weg, den wir nach der Essener Resolution nun auch betreten wollen. Ihre Wiener Parteitagsresolution /1903/ fordert unter anderem die »Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften

von Parteiorganisationen, und das ist der Kardinalpunkt der Bewegung. Dennoch wird man es mit der Einführung dieser Neuerung nicht allzu eilig haben: das Tempo, in dem die Bremer Resolution befolgt wurde, wird wohl auch hier wieder vorbildlich sein.

Der Zusammenhang zwischen Alkohol und Partei ist wahrlich ein allzu fester geworden und trägt nicht nur zur Erhöhung unseres Ansehens bei. An den Sozialismus hat sich der Gastwirt gehängt. Die Dienste, die er uns geleistet, sollen nicht verkannt werden. Aber eine allzu innige Gemeinschaft mit ihm müssen wir lösen. Die Gewerkschafter in England und Skandinavien haben uns die Durchführbarkeit dieser Aufgabe bewiesen. Aus einem Artikel des Genossen Fröhlich über die britischen Gewerkschaften und ihre Stellung zur Alkoholfrage zitiere ich folgendes:

„Im Durchschnitt von 2778 Ortsgruppen mit über 333 000 Mitgliedern treffen sich 65 % der gewerkschaftlichen Organisationen in Wirtshäusern, während 35 % ihre Versammlungen nicht in solchen abhalten . . . Aber diese Durchschnittsziffer verhüllt die Tatsache, dass in einer der grössten Gewerkschaften, nämlich der der Eisenbahner, 58 % aller Ortsgruppen sich vom Wirtshaus unabhängig gemacht haben, dass sogar 61 % der organisierten Schiffbauer, 60 % der Schuhmacher ihre Versammlungen alkoholfrei abhalten.“³⁾

Wenn auch in Deutschland die Beschaffung alkoholfreier Versammlungsräume nicht so leicht sein dürfte, so wäre es doch einmal an der Zeit diese Frage in allem Ernst anzuschneiden. Wir sind im Parlament die entschiedensten Gegner aller indirekten Steuern, und in der Organisation verstossen wir tagtäglich gegen dieses Prinzip, indem wir die Saalbesitzer durch Konsumierung alkoholischer Getränke auf die Kosten kommen lassen. Mancher verweigert dem Kellner das Trinkgeld, damit er sich organisiere und einen Tariflohn erkämpfe, den Wirt aber unterstützen wir alle in seinem Massenabsatz alkoholischer Getränke. Viel Geld haben wir schon für den Bierboykott und beim Kampf um die Polizeistunde ausgegeben; dafür hätten wir schon gar manchen Versammlungssaal erhalten. Durch Erhebung einer Eintritts- und Platzsteuer wäre ja die Schwierigkeit gelöst und unser Ziel erreicht. Die Versammlungen würden ruhiger, daher kürzer sein, kriegerische Stimmung käme nicht unnütz auf, und ein Kellnerpersonal wäre gar nicht nötig. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Warten wir ab, wie viele Konsequenzenmacher wir haben werden. Ein weiteres Mittel dem Alkoholismus vorzubeugen wäre die Errichtung alkoholfreier Kantinen für die abstinenten Arbeiter; eine Massnahme in diesem Sinne von seiten der Stadtverwaltung könnte wohl von unsern Vertretern in den Kommunen angeregt werden. In den Fabriken ist bereits für alkoholfreie Getränke gesorgt, da hier mehr und mehr Frauen und Mädchen angestellt sind; die Stadt als Arbeitgeberin hingegen beschäftigt meistens männliche Arbeiter, die noch ihre Vorliebe für den Alkohol haben. Besonders gilt das für die Bauarbeiter, deren Beruf eines der Hauptabsatzgebiete des Alkoholkapitals bildet. Hier müsste die soziale Fürsorge eingreifen anstatt in der City vor Durchreisenden mit Milchhäuschen und dergleichen zu paradiere. Die Alkoholbekämpfung, wie sie in der Gegenwart betrieben wird, halten die sozialdemokratischen Abstinenten für zwecklos. Die Trinkerrettungen des Bürgertums und die Mässigkeitsrezepte Wurms sind keine wirklichen Heilmittel. Den Bemühungen der gewerkschaftlichen Organisation den Alkohol

³⁾ Vergl. Richard Fröhlich *Die britischen Gewerkschaften und ihre Stellung zur Alkoholfrage in der Internationalen Monatsschrift zur Erforschung des Alkoholismus* vom Januar 1905.

aus der Arbeitszeit, der Parteiorganisation einerseits ihn aus dem Versammlungsleben zu verbannen, andererseits in den Parteizeitungen für Aufklärung zu sorgen, muss in höherem Masse eine strengere gesetzliche Bekämpfung der öffentlichen Trinksitten folgen. Daher fordern die Abstinenten auch für Deutschland die Einführung des Lokalverbots oder der sogenannten *Lokaloption*. Solch ein Gemeindegesetz, durch das die Bürger in einer Urabstimmung den Handel mit alkoholischen Getränken in ihren Gemeinden verbieten würden, würde dem einzelnen Einwohner nicht den Zwang der Abstinenz auferlegen. Auch fernerhin könnte er sich von anderen Orten alkoholische Getränke senden lassen, um sich in seinem Hause, so oft er wollte, sinnlos zu betrinken. Jeder Mässige könnte ruhigen Mutes für ein solches Lokalverbot eintreten, denn dadurch würde nicht der Trinker sondern nur das Alkoholkapital aus dem Orte getrieben: der öffentliche Trinkzwang würde aufhören.

Jedoch unser Weg führt uns noch weiter. Da die eben beschriebene Gasthausreform niemals einen einigermaßen rückhaltigen Erfolg würde haben können, so lange noch ihr kapitalkräftigster Konkurrent, die Alkoholgiftindustrie, nicht beseitigt wäre, so sind die Abstinenten in ihrem Endziel Anhänger des Prohibitionssystems, das heisst des gänzlichen Verbotes der Herstellung und des Ausschanks alkoholischer Getränke. Zu dieser Frage werden wir einmal Stellung nehmen müssen, da wir auf dem Wege sind eine Partei der *Nichts-als-Alkoholgegner* zu bekommen, wie sie sich zum Beispiel in Amerika mit einer das politische Leben zersetzenden Wirkung herausgebildet hat.

Vor Jahrzehnten war die Temperenzbewegung konservativ-reaktionär: die Arbeiter sollten durch Einschränkung ihrer Ausgaben zufrieden gemacht werden. Die moderne Abstinenzbewegung hat damit nichts zu schaffen. Sie lässt sich nicht von einem beschränkten Sparsamkeitssinn leiten, sondern fusst auf den Ergebnissen der modernen Wissenschaft. Ihre Aufgabe ist erstens Aufklärung des Konsumenten, zweitens Einschränkung der Produktion und Distribution alkoholischer Getränke. Die Abstinenten sehen in der sozialdemokratischen Partei diejenige Organisation, durch die ihre Forderungen Verwirklichung finden können. Sie verlangen daher die Aufnahme der Prohibitionsforderung in das Parteiprogramm, schon damit bei den Wahlen abstinente Genossen, bei einer zu erwartenden Agitation und Fragestellung der *Nichts-als-Alkoholgegner*, sich auf das Programm berufen können. Einwände wie, so etwas passe nicht ins Programm, oder, man könne durch solche Agitation den sechsten Wahlkreis verlieren, sind in ihren Augen hinfällig: die Massen sollen eben aufgeklärt werden. Die deutschen abstinenten Genossen sind nicht die ersten Sozialisten, die für das Prohibitionssystem eintreten; Finnland ist ihnen darin bereits vorangegangen, wie das auf dem Parteitag in Abo im Juli 1899 beschlossene Programm bezeugt. Der betreffende Punkt des Programmes, der das Verbot der Herstellung und des Verkaufes alkoholischer Getränke verlangt, hat beim Generalstreik im Oktober 1905 bereits seine Kraft bewährt; anderenfalls wäre der Streik auch sicherlich nicht so unblutig verlaufen. Es gab hier zum erstenmal in der Kulturwelt eine Grossstadt, nämlich Helsingfors, in der die Menschheit vollständig alkoholfrei lebte. Das Alkoholverbot blieb durch den Volkswillen noch einige Zeit nach Beendigung des Generalstreiks bestehen, bis der Magistrat es aufhob.

eines Jahres mehr Soldaten getödet zu haben als eine Kanone in zehn Jahren umbringt. Hans gefiel der Gattin, Hansens Frau dem Gatten, und gar bald war Hans an dem Unternehmen beteiligt. Aber er liess sich auch noch mit anderen Geschäften ein. Sobald man erst einmal in den Strom des Wassers gelangt ist, braucht man sich nur noch treiben zu lassen; mühe-los macht man ein unermessliches Vermögen. Die armen Lumpe, die einen vom Ufer aus mit vollen Segeln dahinschaukeln sehn, reissen verwunderte Augen auf; sie begreifen nicht, wie's einem hat gelingen können, beneiden uns aufs Geratewohl und verfassen Schmähschriften gegen uns, welche man aber nicht liest. Dies widerfuhr denn auch Hans dem Vater, der gar bald Herr von der Hänserich wurde und, nachdem er im Lauf eines halben Jahres ein Marquisat gekauft, den Herrn Marquis seinen Sohn aus der Schule nahm, um ihn in Paris in die vornehme Welt zu bringen.

Der stets zärtliche Klaas schrieb einen Brief voller Artigkeiten an seinen alten Kameraden, und zwar um ihn zu beglückwünschen. Der kleine Marquis antwortete nicht, und Klaas ward darüber krank vor Gram.

Vater und Mutter nahmen für den jungen Marquis zunächst einen Hofmeister an. Dieser Hofmeister, ein gar feiner Mann, der nichts wusste, konnte seinen Zögling auch nichts lehren. Der gnädige Herr wünschten, sein Sohn solle Latein lernen, die gnädige Frau jedoch wünschten es nicht. Sie erwählten einen Schriftsteller zum Schiedsrichter, der damals durch gefällige Arbeiten gerade berühmt war; er wurde zum Essen geladen. Der Herr des Hauses begann das Gespräch mit den Worten: »Da Sie Latein können, mein Herr, und ein Hofmann sind . . .« »Ich Latein, Herr? Ich weiss kein Wort Latein.« unterbrach ihn der Schönggeist, »und fahre gut dabei, denn es ist klar, dass man seine eigene Sprache viel besser spricht, wenn man seinen Fleiss nicht zwischen ihr und fremden Sprachen teilt: sehen Sie einmal all unsere Damen an, aller Geist ist angenehmer als der der Männer, und ihre Briefe sind mit hundertmal mehr Anmut geschrieben; diese Überlegenheit über uns verdanken sie nur dem einen Umstande, dass sie kein Latein wissen.« »Siehst du, hatte ich nicht recht?« rief die Gattin. »Ich will, dass mein Sohn ein geistvoller Mann werde und in der Welt vorwärts komme; wüsste er Latein, so würde er wie du nun wohl einsieht, verloren sein: spielt man denn etwa, wenn's beliebt, Schauspiele oder Opern auf lateinisch, verteidigt man sich vor Gericht in einem Prozesse auf lateinisch, liebt man gar auf lateinisch?«

Von diesen Vernunftgründen geblendet, sah der Gatte sein Unrecht ein, und so wurde denn beschlossen, der junge Marquis solle seine Zeit nicht damit verlieren Cicero, Horaz und Vergil kennen zu lernen. Was sollte er aber lernen, denn irgend etwas musste er doch schliesslich wissen: könnte man ihn nicht ein wenig in Geographie unterrichten lassen? »Wozu ihm das wohl nützlich sein sollte!« erwiderte der Hofmeister. »Wenn der Herr Marquis einst auf seine Güter reisen wird, werden dann die Postkutscher die Wege etwa nicht wissen? Gewisslich werden sie ihn nicht in die Irre fahren! Zum Reisen braucht man keinen Quadranten, und von Paris nach der Auvergne gelangt man gar bequem, ohne dass man zu wissen nötig hätte, unter welcher Breite man sich befindet.« »Sie haben recht«, erwiderte der Vater, »aber ich habe von einer schönen Wissenschaft sprechen hören, welche man, glaube ich, Astronomie nennt.« »Es ist ein Jammer!« entgegnete der Hofmeister. »Richtet man

denn in dieser Welt sein Leben nach den Gestirnen, und täte es not, dass der Herr Marquis sich mit der Berechnung einer Finsternis zu Tode quälte, da er sie ja doch genau im Kalender angegeben findet, im Kalender, der ihn ausserdem noch die beweglichen Feste, das jeweilige Alter des Mondes und das Alter sämtlicher Prinzessinnen Europas lehrt?»

Die gnädige Frau war völlig der Meinung des Hofmeisters, der kleine Marquis wusste sich vor Freuden kaum zu lassen, und der Vater blieb unentschlossen. »Was soll meinem Sohne dann aber gelehrt werden?« rief er. »Liebenswürdig zu sein«, antwortete der Freund, den man nun um Rat fragte; »besitzt er erst die Mittel zu gefallen, so kann er alles, und diese Kunst wird er bei seiner Frau Mutter erlernen, ohne dass es weder ihr noch ihm die geringste Mühe kosten soll.«

Auf diese Rede hin umarmte die gnädige Frau den artigen Nichtswisser und sagte zu ihm: »Man sieht es wohl, mein Herr, Sie sind der gelehrteste Mann von der Welt, mein Sohn wird Ihnen seine ganze Bildung zu verdanken haben: dennoch meine ich, es würde nicht schlecht sein, wenn er etwas Geschichte wüsste.« »Ach, gnädige Frau, wozu sollte ihm das wohl frommen?« erwiderte jener. »Angenehm und nützlich ist gewisslich nur die Geschichte des Tages, alle alte Geschichte ist, wie einer unserer Schöngeister [Fontenelle] gesagt hat, nur ein vorsätzlich geglaubtes Märchen, und die moderne ein Chaos, das man nicht zu entwirren vermag: was verfängt es Ihrem Herren Sohn, dass Karl der Grosse die zwölf Pairs von Frankreich eingesetzt, und sein Nachfolger gestottert hat?«

»Wohl gesprochen«, rief der Hofmeister aus, »man erstickt den Verstand der Kinder unter einem Haufen unnützer Kenntnisse. Aber die meiner Meinung nach abgeschmackteste aller Wissenschaften, welche zugleich auch jegliche Art geistiger Kraft am ehesten erstickt, ist die Geometrie. Diese lächerliche Wissenschaft hat Flächen, Linien und Punkte zum Gegenstande, welche es in der Natur nicht gibt: man lässt im Geiste hunderttausend krumme Linien zwischen einem Kreise und einer ihn berührenden geraden Linie hindurchlaufen, obgleich man in der Wirklichkeit nicht einen Strohhalm hindurchschieben könnte. Die Geometrie ist wahrhaftig nur ein schlechter Scherz.« Der gnädige Herr und die gnädige Frau verstanden nicht allzugut, was der Hofmeister sagen wollte, aber sie waren völlig seiner Meinung. »Ein Standesherr wie der Herr Marquis«, fuhr er fort, »soll sich das Hirn in dergleichen eiteln Studien nicht dörren; wenn er eines Tages zur Aufnahme des Plans seiner Güter eines gewiegten Geometers bedarf, so kann er sie für Geld ausmessen lassen, und sollte er das Alter seines in die frühesten Zeiten hinaufreichenden Adels erforschen wollen, so wird er nach einem Benediktiner schicken. Ebenso steht es mit allen Künsten. Ein junger, glücklich veranlagt zur Welt gekommener Standesherr ist weder Maler noch Musiker noch Baumeister noch Bildhauer, aber er bewirkt die Blüte aller dieser Künste, indem er sie durch seine Prachtliebe ermutigt. Zweifelsohne ist es mehr wert sie zu beschützen denn sie auszuüben; es genügt, wenn der Herr Marquis Geschmack besitzen, den Künstlern liegt es ob für ihn zu arbeiten, und hierin hat man vollkommen recht mit dem Worte: Standespersonen (ich meine solche, die sehr reich sind) wüssten alles, ohne etwas gelernt zu haben, weil sie mit der Zeit über alles zu urteilen wissen, was sie bestellen und bezahlen.«

Der liebenswürdige Nichtswisser ergriff darauf das Wort und sagte: »Sie haben sehr fein bemerkt, gnädige Frau, dass das grosse Ziel des Menschen darin besteht in der Gesellschaft Geltung zu erlangen: Aufrichtig, erringt man diesen Erfolg jemals durch die Wissenschaften? Hat man es sich in guten Kreisen jemals beifallen lassen von Geometrie zu sprechen? Fragt man einen Weltmann jemals, welcher Stern heute zusammen mit der Sonne aufginge? Erkundigt man sich bei der Abendtafel, ob Chlodwig der Merowinger den Rhein überschritt?« »Nein, gewisslich nicht,« rief die Marquise von der Hänsenrich, welche durch ihre Reize bisweilen mit der vornehmen Welt in Berührung gebracht worden war, »mein Herr Sohn soll seinen Geist nicht in dem Studium all dieses Plunders ersticken. Was soll man ihn schliesslich dann aber lehren, denn es ist jedenfalls gut, wenn ein junger Standesherr bei Gelegenheit, wie mein Herr Gemahl sich ausdrückt, zu glänzen vermag. Ich entsinne mich, von einem Abbé sagen gehört zu haben, die angenehmste aller Wissenschaften sei etwas, dessen Namen ich vergessen habe, es fing aber mit einem *H* an.« — »Mit einem *H*, gnädige Frau? Sollte das nicht die Heortologie gewesen sein?« »Nein, von der Wissenschaft hat er mir nicht gesprochen, sie fing, sage ich ihnen, mit einem *H* an und hörte mit einem *ik* auf.« »O, ich hab's, gnädige Frau, es war die Heraldik, das ist in der That eine sehr tiefe Wissenschaft, seit man jedoch die Gewohnheit verloren hat sein Wappen auf die Türen seiner Karosse malen zu lassen, ist sie nicht mehr Mode; in einem wohlgeordneten Staatswesen war sie einst das nützlichste Ding von der Welt, heute würde dies Studium übrigens auch endlos sein, denn in unseren Tagen gibt es kaum noch einen Barbier, der nicht sein Wappen hätte — und Sie wissen: alles, was gemein wird, ist wenig geschätzt.«

Schliesslich, nachdem die starken und die schwachen Seiten sämtlicher Wissenschaften untersucht worden waren, wurde beschlossen, der Herr Marquis solle tanzen lernen. Die alles wirkende Natur hatte ihm eine Gabe verliehen, die sich bald mit wunderbarem Erfolge entfaltete: die Gabe gar artig Gassenhauer zu singen. Der Reiz der Jugend, der sich bei ihm mit dieser hervorragenden Begabung paarte, liess ihn als einen jungen Mann erscheinen, der zu den allergrössten Hoffnungen berechtigte. Er ward von den Frauen geliebt, und da es in seinem Kopf über und über von Liedern schwirrte, machte er für seine Geliebten selber welche. Aus dem einen Singspiel stahl er *Bacchus und Amor*, aus einem anderen *Tag und Nacht*, aus einem dritten *Freuden und Leiden*, da seine Verse jedoch immer ein paar Füsse mehr oder weniger hatten als richtig war, liess er sie für zwanzig Franken das Lied verbessern — und so wurde er denn bei der literarischen Jahresernte auf eine Stufe mit einem La Fare, Chaulieu, Hamilton, Sarrasin und Voiture gestellt.

Die Frau Marquise wählte nun die Mutter eines schönen Geistes zu sein, und so lud sie die Pariser Schöngelster zu Tisch. Der Kopf des jungen Mannes war gar bald verdrängt; er erwarb die Kunst zu sprechen, ohne selber ein Wort davon zu verstehen, und vervollkommnete sich in der Gewohnheit ein rechter Taugenichts zu sein. Als sein Vater diese Beredsamkeit an ihm gewahr wurde, bedauerte er heftig ihn nicht Latein lernen gelassen zu haben, denn dann hätte er ihm ein hohes Amt in der Jurisprudenz kaufen können. Die Mutter, welche edlere Empfindungen hegte, nahm es auf sich ihrem Sohne ein Regiment zu verschaffen. Und in der Zwischenzeit lag er der Liebe ob.

Die Liebe ist bisweilen teurer als ein Regiment, und so gab er viel aus, während seine Eltern ihren Beutel noch weit mehr erschöpften, um die grossen Herren zu spielen.

Eine junge altadlige Witwe, ihre Nachbarin, die nur ein mittelmässiges Vermögen besass, wollte sich entschliessen die grossen Reichtümer des Herrn und der Frau von der Hänserich dadurch in Sicherheit zu bringen, dass sie sie sich aneignete und den jungen Marquis heiratete: sie zog ihn in ihr Haus, liess sich anbeten, gab ihm zu verstehen, dass er ihr nicht gleichgültig sei, lenkte ihn behutsam, bezauberte ihn und unterjochte ihn mühelos: bald fütterte sie ihn mit Lob bald mit guten Ratschlägen und ward die beste Freundin des Vaters und der Mutter. Eine alte Nachbarin schlug die Heirat vor, und die Eltern, geblendet von dem Glanz einer solchen Verbindung, schlugen mit Freuden ein: sie gaben ihrer nächsten Freundin ihren einzigen Sohn. Der junge Marquis sollte also eine Frau heiraten, die er anbetete und von der er geliebt wurde; die Freunde des Hauses beglückwünschten ihn, man ging daran den Ehevertrag aufzusetzen und arbeitete unterdessen an den Hochzeitskleidern und dem Hochzeitscarmen.

Als er nun eines schönen Morgens zu den Füssen der reizenden Gattin lag, welche Liebe, Achtung und Freundschaft ihm geben sollten, und beide in zärtlichem und angeregtem Geplauder die Erstlingsblüten ihres Glückes genossen und sich auf die Führung eines gar wonnevollen Lebens vorbereiteten, eilte ganz bestürzt ein Kammerdiener der Frau Mutter herbei: »Ich bringe recht nette Neuigkeiten«, rief er, »Gerichtsdienner räumen das Haus des gnädigen Herrn und der gnädigen Frau aus, alles ist von Gläubigern beschlagnahmt, man spricht sogar von Verhaftung, ich selber will eine beschleunigte Klage einreichen, um zu meinem Lohne zu kommen.« »Wir wollen doch einmal nachsehen«, sagte der junge Marquis, »was denn da los ist, was denn das eigentlich zu bedeuten hat.« »Ja«, sagte die Witwe, »bestrafen Sie diese Schurken. Eilen Sie!« Er läuft hin und gelangt ins Haus . . . Sein Vater war schon verhaftet, alle Bedienten waren nach allen Richtungen auseinanderge laufen und hatten fortgeschleppt, was ihnen nur irgend möglich gewesen war. Seine Mutter war allein, ohne Beistand, ohne Trost, und schwamm in Tränen, ihr war nichts geblieben als die Erinnerung an ihr Glück, ihre Schönheit, ihre Sünden und an all ihre tolle Verschwendung.

Nachdem der Sohn eine geraume Weile mit der Mutter geweint hatte, sagte er schliesslich zu ihr: »Wir wollen nicht verzweifeln, jene junge Witwe liebt mich über alles, und sie ist noch grossmütiger denn reich, ich büрге für sie; ich will zu ihr eilen und sie herbringen.« Er kehrte also zu seiner Geliebten zurück — und findet sie in traulichem Beisammensein mit einem jungen, recht liebenswürdigen Offizier. »Wie? Sie sind es, Herr von der Hänserich? Was wollen Sie hier? Lässt man denn derart seine Mutter im Stich? Gehen Sie zu der armen Frau und sagen Sie ihr, ich wolle ihr noch immer wohl: ich brauche gerade eine Kammerfrau und würde ihr den Vorzug geben.« »Mein Bürschlein«, sagte der Offizier zu ihm, »du scheinst leidlich gewachsen zu sein, wenn du in meine Kompagnie treten willst, will ich dir einen guten Posten zuschanzen.«

Der Marquis begab sich völlig betäubt mit einem Herzen voller Schmerz und Zorn zu seinem ehemaligen Hofmeister, schüttete sein Leid vor ihm aus und

ging ihn um Rat an. Er schlug ihm vor gleich ihm Kindererzieher zu werden! »Ach, ich weiss ja nichts, Sie haben mich ja nichts gelehrt, Sie sind die erste Ursache meines Unglücks!« Und während er zu ihm sprach, schluchzte er. »Schreiben Sie Romane«, riet ihm ein Schönggeist, der gerade da war, »in Paris ist das eine vorzügliche Hilfsquelle.«

Verzweifelter denn jemals lief der junge Mann zu dem Beichtvater seiner Mutter, einem sehr angesehenen Theatiner, der nur Frauen aus der allervornehmsten Gesellschaft beriet. Sobald er ihn erblickte, eilte er auf ihn zu: »Aber, mein Gott, Herr Marquis, wo ist Ihr Wagen? Wie geht es der verehrten Frau Marquise, Ihrer Mutter?« Der arme Unglücksvogel berichtete ihm von dem Unstern seiner Familie, und in dem Masse in dem er sich näher ausliess nahm der Theatiner eine ernstere, gleichgültigere, überlegenere Miene an: »Mein Sohn, dahin hat Gott euch gewollt, Reichtümer verderben nur das Herz. So hat Gott also Ihrer Mutter wirklich die Gnade angetan sie zur Bettlerin zu machen?« »Ja, Hochwürden!« »Um so besser, sie darf ihres Heiles sicher sein . . .« »Mein Vater aber! Gäbe es inzwischen kein Mittel in dieser Welt Hilfe für ihn zu erringen?« »Mit Gott, mein Sohn, eine Dame vom Hofe erwartet mich.«

Dem Marquis vergingen beinahe die Sinne. Von seinen Freunden wurde er ungefähr ebenso behandelt, und so lernte er in einem halben Tage die Welt besser kennen als in der ganzen übrigen Zeit seines Lebens.

Als er so völlig verzweifelt und niedergeschmettert dastand, sah er eine altmodische Halbkutsche, eine Art gedeckten Henkerkarrens mit Ledervorhängen, herankommen; dahinter fuhren vier ungeheure vollbeladene Bretterkarren; in der Halbkutsche sass ein junger bäurisch gekleideter Mann, er hatte ein rundes, frisches, Gutmütigkeit und Fröhlichkeit atmendes Gesicht; seine kleine, braune, im grossen und ganzen recht angenehme Frau wurde neben ihm gerüttelt. Das Gefährt fuhr nicht so schnell wie der Wagen eines Stutzers: der Reisende fand also vollauf Zeit den regungslosen schmerzversunkenen Marquis zu betrachten. »He! Mein Gott«, rief er, »ich glaube, dort ist Hans.« Bei dem Klang dieses Namens hob der Marquis die Augen, und der Wagen hielt an: »Er ist's, Hans ist's selber!« Der kleine strotzende Mann tat nur einen Sprung und hing am Halse seines alten Kameraden. Hans erkannte Klaas, und Scham und Tränen bedeckten sein Gesicht. »Du hast mich verlassen«, sagte Klaas, »aber du magst ein so vornehmer Herr sei wie du nur willst: ich werde dich immer lieb behalten.« Hans erzählte ihm verwirrt und gerührt und schluchzend einen Teil seiner Geschichte. »Komm mit und erzähle mir das übrige in dem Gasthof, in dem wir ausspannen, umarme meine kleine Frau und iss mit uns zu Mittag«, sagte Klaas.

Sie gingen alle drei zu Fuss vor dem Lastkarren her. »Was hat denn dieser ganze Tross zu bedeuten? Gehört er dir?« »Ja, alles gehört mir und meiner Frau. Wir kommen vom Lande herein. Ich stehe an der Spitze einer guten Fabrik für Kupfer und verzinntes Eisen und habe die Tochter eines reichen Kaufmannes geheiratet, der mit Gerätschaften für Erwachsene und Kinder handelt; wir arbeiten viel, Gottes Segen ruht auf uns, unsere Verhältnisse haben sich nicht geändert, wir sind glücklich, und wir werden unserem Freunde Hans beistehen. Sei kein Marquis mehr, alle Grösse dieser Welt wiegt einen guten Freund nicht auf! Du wirst mit mir aufs Land zurückkehren, ich will

dich das Handwerk lehren, es ist nicht allzu schwer, du wirst mein Teilhaber, und dann wollen wir fröhlich auf dem Fleckchen Erde leben, auf dem wir geboren sind.«

Der bestürzte Hans schwankte zwischen Schmerz und Freude, Zärtlichkeit und Scham, ganz leise sagte er sich: alle meine vornehmen Freunde haben mich verlassen, Klaas, den ich verachtete, Klaas allein kommt mir zu Hilfe. Welche Lehre! Klaasens Seelengüte brachte in Hansens Herz den guten Wesenskern, den die Welt noch nicht erstickt hatte, zum Keimen: er empfand, dass er seinen Vater und seine Mutter nicht im Stich lassen dürfe. »Für deine Mutter werden wir sorgen,« sagte Klaas, »und was den eingesperrten Biedermann, dein Väterchen, betrifft, so kenne ich mich in derlei Sachen ein wenig aus: wenn seine Gläubiger erst einsehen, dass er nichts mehr hat, werden sie sich mit wenigem zufrieden geben.« Klaas brachte es fertig den Vater aus dem Schuldurm zu befreien. Hans kehrte mit seinen Eltern, die ihren ehemaligen Beruf wieder aufnahmen, in seine Heimat zurück, heiratete eine Schwester Klaasens, die ihn sehr glücklich machte, da sie die gleiche Gemütsart wie ihr Bruder besass, und Hans der Vater und die Hänsin die Mutter und Hänschen der Sohn erkannten, dass das Glück nicht in der Eitelkeit läge.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Reichstag Die Verworfenheit unserer innerpolitischen Verhältnisse hat sich zusehends gesteigert. Der Reichskanzler konnte es zwar am 22. Januar noch angefähret ablehnen die sozialdemokratische Interpellation wegen der preussischen Wahlrechtsbewegung im Reichstage überhaupt zu beantworten. Die Blocklinke mühte sich sogar durch ihre Verwahrungen gegen Strassendemonstrationen den Gegensatz zur Sozialdemokratie möglichst wirksam her vorzukehren. Jedoch fühlte man durch alle Auseinandersetzungen deutlich hindurchklingen, dass das Vertrauen zur Regierung unter den stützig gewordenen Wählern, vor allem Süddeutschlands, aber auch unter den liberalen Führern schwerer erschüttert worden ist als man das im ersten Augenblick offen zuge stehen mochte.

Die Verhandlungen in der Kommission für das Reichvereinsgesetz geben gleichfalls zu lauten volksparteilichen Klagen über die Unzugänglichkeit der Regierung Anlass. Nicht einmal die beantragte, von der Kommissionmehrheit angenommene Grundbestimmung: dass die

Vereins- und Versammlungsfreiheit nur solchen Bestimmungen unterliegen solle, wie sie durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen seien, ferner die freiere Bewegung der Wahlversammlungen und Wahlkomitees, die Erweiterung der normalen Vereins- und Versammlungsrechte auf die Ausländer fanden Gnade vor den Augen der Bundesratsvertreter, die ihrerseits wieder in der Blockrechten Unterstützung erhielten. Dazu ist das Branntweinhandelsmonopol und die Zigarrenbänderolesteuer in greifbarste Nähe gerückt; die letzten Vorbereitungen im Bundesrate gehen ihrem Abschlusse entgegen. Wer wird dann die vielen deutschen Parteigrüppchen noch zusammenhalten können und innerhalb jedes Grüppchens wiederum die mancherlei Köpfe und Sinne?

Nur bei den Flottenbewilligungen kehrt etwas von der alten Blockrauschstimung zurück. Doch selbst hier sieht man den Schatten des konkurrierenden Zentrums an der Wand, das bei der zweiten Lesung des Flottengesetzes grundsätzlich die neue Vorlage billigte, die Lösung der Deckungsfrage allerdings dem Block grossmütig überliess.

×

×

Marokko Die Verhandlungen über die Interpellation Jaurès in der französischen Kammer konnten kaum neue Einblicke gewähren. Mit ihrem Vorschlag die Truppen aus den Positionen zurückzuziehen, die sie infolge einer Überschreitung der Mandatspflichten von Algieras eingenommen haben, blieben Jaurès und unsere Parteigenossen begreiflicherweise allein. Doch die erdrückende Mehrheit der Kammer betonte in ihrem Vertrauensvotum wenigstens ihre Entschlossenheit »die Akte von Algieras auszuführen . . . ohne Intervention in die inneren Angelegenheiten Marokkos«. Aber die Tatsachen haben seit der Landung französischer Truppen in Casablanca längst über den Rahmen von Algieras hinausgeführt, sie werden es mit jedem Tage weiter tun. Die freiwillige Rückkehr zu beschränkteren Rechten wäre alsdann für eine bürgerlich-imperialistische Regierung ein Akt heroischer Selbstüberwindung, den kein Kundiger erwarten wird. Das ungehinderte Verbleiben in den vorübergehend errungenen Machtstellungen würde jedoch wahrscheinlich eine Verständigung mit Deutschland voraussetzen, für deren Anbahnung Frankreich bisher sehr wenig getan hat, obwohl viele Voraussetzungen dafür in Deutschland seinerzeit gegeben waren und wohl auch weiter noch gegeben sind. Dazwischen liegt die Politik Delcassé, die sich wieder einmal in der Pariser Deputiertenkammer vernehmlich machte. Deren Gegenstück auf der deutschen Seite wäre jedoch die Neubelebung des Systems von Holstein, das sich alsdann auch noch als Hüter eines international gebilligten Abkommens aufspielen könnte. Aus diesen Gründen wird die Marokkoaffäre noch lange eine allgemeinpolitische Bedeutung für ganz Europa und die Konstellation der Grossmächte behalten.

× Ost- und Nord-see ×
Das neuerdings beliebt gewordene System von internationalen Versicherungen und Gegenversicherungen dürfte sich um ein paar, vielleicht nicht besonders wichtige, aber jedenfalls sehr interessante Fälle bereichern. Nachdem die Neutralität des selbständig gewordenen Norwegen von neuem durch England, Frankreich, Deutschland und Russland gemeinsam anerkannt worden ist, haben Deutschland und Russland gemeinsam mit Schweden eine Vereinbarung über den *status quo* gesucht; ähnliche Verträge mit

und über Dänemark dürften sich anschliessen. Ferner hat die deutsche Regierung der englischen Vorschläge unterbreitet die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der Nordsee anzuerkennen und zu schützen. Bestimmtere Nachrichten über die Einzelheiten des Planes liegen noch nicht vor. Doch wird Deutschland mindestens den einen Vorteil von seiner Initiative haben, dass man ihm nicht mehr so leicht Angriffs- und Annexionsgelüste gegenüber Holland unterstellen kann.

× Japan und Kanada ×
Herr Lemieux, der kanadische Bevollmächtigte, ist aus Japan zurückgekehrt, und nach seiner Parlamentsrede scheint eine leidliche Verständigung in der Einwanderungsfrage erzielt zu sein. Ein bedingungsloses Einwanderungsverbot bezeichnet Lemieux als ausgeschlossen, weil alsdann Japan alle bestehenden Handelsvertragsverhältnisse, sehr zum Nachteil Kanadas, für hinfällig erklären würde. Dagegen wünscht Japan selber, einmal, um seine heimische Produktion rascher zu entwickeln, dann, um in Korea und der Mandchurei sich fester einzunisten, keineswegs einen starken Bevölkerungsabfluss nach den Zwischeninseln im Stillen Ozean und nach der Westküste Amerikas, weder nach Kalifornien noch nach Kanada. Japan verspricht demnach aus eigener Initiative dem Abstrom nach Kanada Einhalt zu gebieten und, wenn nötig, sogar der Zwischeneinwanderung nach Hawaii, ein Ende zu bereiten. Dafür soll sich Kanada zu einem energischeren Schutze der bereits im Lande befindlichen, vielfach so gut wie ausserhalb des Gesetzes gestellten Japaner aufraffen und verpflichten, so dass wenigstens nach dieser Richtung dem Selbstgefühl des emporstrebenden gelben Volkes eine Genugtuung winkt.

Offenbar hat sich dadurch, in Unterhandlungen mit dem befreundeten England und Kanada, Japan selber die Linie vorgezeichnet, auf der es alsdann, ohne dass von Einschüchterung gesprochen werden kann, mit den Vereinigten Staaten eine zweite Vereinbarung treffen wird. Auch die jüngste Botschaft des Präsidenten Roosevelt stellt einen ähnlichen Ausweg in Sicht.

× Kurze Chronik ×
Der neue australische Zolltarif mit seiner wesentlichen Steigerung der Zölle und seinem Fortbestand der eng-

lisch-kolonialen Vorzugsbehandlung ist zur Annahme gelangt. X Dem amerikanischen Senat wurde das deutsch-amerikanische (North-) Handelsabkommen zur Genehmigung vorgelegt. X Auch eine Vereinbarung mit Frankreich, das die Deutschland bereits zustehenden niedrigeren Schaumweinzölle erhält, ist am 28. Januar unterzeichnet worden. X Der König und der Thronfolger von Portugal wurden am 1. Februar von einer Anzahl Bewaffneter erschossen. X In der Kapkolonie hat das bürenfreundliche Element nach einem grossen Wahlsieg die Leitung übernommen.

X
Literatur Die Wahlrechtsagitationen fördern naturgemäss eine reichhaltige Literatur, zum Teil auch von bleibendem Werte, zu tage.

Der sächsische Wahlgesetzentwurf, vor allem das Pluralstimmrecht und die Stellungnahme der Regierung und der bürgerlichen Parteien erfährt eine lebendige und vernichtende Kritik in Dr. Georg Gradnauers *Gegen das neue Wahlrecht!* /Dresden, Kaden/, dem Wiederabdruck einer im *Trianon* gehaltenen Rede. X Mehr statistisch, aber sehr ein-drucksvoll werden die schreienden Unge-rechtigkeiten des preussischen Landtags-wahlsystems, das Missverhältnis zwischen den verschiedenen Provinzen, dann aber-mals zwischen den einzelnen Wahlkrei-sen der selben Provinz, ferner vor allem die ungünstige Stellung der grossen Städte vom Rechtsanwält Rich. Otto Wolf-Stettin behandelt in einer Bro-schüre *Die Notwendigkeit einer Neuein-teilung der preussischen Landtagswahl-kreise* /Stettin, Bauchwitz/. X Bei den *Erwägungen* der preussischen Regierung dürfte zwar die berufsständische Wahl und Vertretung kaum eine grosse Rolle spielen. Immerhin lohnt es sich, zur Kenntnissnahme einer meist in konservativen Kreisen vorhandenen Strömung, Dr. Erich Leos Schrift *Wahlrecht und Berufsstände* /Berlin, Walther/ zu lesen. Dr. E. Leo denkt sich die Verteilung der 450 preussischen Mandate folgender-massen:

I. Landwirtschaft usw.: 180, davon dem grossen und mittleren Besitz	90
dem Kleinbesitz und den ländlichen Arbeitern	90
II. Industrie, Bergbau, Handel und Gewerbe: 180, davon Unternehmer und Grosshändler	60
Kaufmännischer und gewerblicher Mittelstand	60
Lohnarbeiter usw.	60

III. Beamte und freie Berufe: 90, und zwar bei einer Trennung:
höhere Beamte und akademische Berufe usw. 60
mittlere und untere Beamte (Beamten-mittelstand) 30

Man sieht, welche verwickelten Projekte ausgeheckt werden, nur um dem fatalen Schicksal einer wirklichen, dauernd aufrecht zu erhaltenden Wahlreform zu entgehen.

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

Rückblick auf Das Jahr 1907 hat den deut-
das Jahr 1907 schen Gewerkschaften wie-der grosse Fortschritte ge-bracht. Zwar hat die Mitgliederentwicke-lung der Gewerkschaften sich nicht der-art günstig gestaltet wie in den letzten Jahren, doch war ja vorauszusehen, dass es in dem stürmischen Tempo der Jahre 1906 und 1907 nicht weiter gehen werde. So ist die voraussichtliche Mitglieder-zunahme von 150 000, mit der das *Kor-respondenzblatt* rechnet, doch immerhin noch ein recht erfreulicher Gewinn. Wenn damit auch nicht die zweite Million an Mitgliedern erreicht ist, so werden die Gewerkschaften an Mitglie-dern doch nicht weit hinter dieser Zahl zurückbleiben, und schon im 1. Quar-tal 1908 dürfte sie erreicht werden. Am grössten dürfte die Mitgliederzunahme auch diesmal wieder bei den Metall-arbeitern sein, die wohl mit einem Mehr von 35 000 Mitgliedern zu rechnen haben, die Maurer hatten rund 10 000 Zunahme, ähnlich günstig war die Entwicklung bei den Textilarbeitern, Fabrikarbeitern, Bauarbeitern und Handels- und Trans-portarbeitern, wenn auch die Plus-ziffern in diesen Organisationen hinter denen des Jahres 1906 zurück-bleiben. Von grösseren Gewerkschaften haben auch die Zimmerer und Buch-drucker Fortschritte erzielt, dagegen ist bei den Holzarbeitern ein kleiner Mit-gliederrückgang eingetreten. Soweit be-kannt, haben die Gemeindearbeiter und die Maschinisten und Heizer je um 3000, die Buchdruckerhilfsarbeiter um 3500, die Stukkateure um 250 Mitglieder zugenommen.

Auch im Jahre 1907 haben die deutschen Gewerkschaften in Ausnutzung der noch günstigen Wirtschaftslage eine umfang-reiche Lohnbewegung geführt, und ihre wirtschaftlichen Erfolge dürften nur wenig hinter denen des Jahres 1906 zurück-bleiben. Und das, obwohl sie auch wie-der eine Reihe grösserer Aussperrungen abzuwehren hatten. Die Gewerkschaften

haben sich in diesen Machtkämpfen glänzend bewährt, ungeschwächt, zum Teil sogar als Sieger gehen sie aus diesen Kämpfen hervor. Die Aussperrungen haben sich sogar gewerkschaftsfördernd erwiesen, insoweit sie die Gewerkschaften veranlassen die Beiträge zu erhöhen und die Organisation weiter auszubauen. Wesentlich darauf ist es mit zurückzuführen, dass die Finanzkraft der Gewerkschaften auch im Jahre 1907 gestärkt worden ist, dass auch die Konzentration der Gewerkschaften weitere Fortschritte gemacht hat. Denn drei kleinere Verbände haben sich grösseren Berufsorganisationen angeschlossen, in zahlreichen anderen Gewerkschaften wird die Verschmelzungsfrage rege diskutiert. Auch der innere Ausbau der Gewerkschaften hat gute Fortschritte gemacht. So gehen die Gewerkschaften neu gekräftigt ins neue Jahr, das ihnen wieder grosse Aussperrungen und, infolge der Wirtschaftskrise, zahlreiche andere Schwierigkeiten bringen dürfte.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine haben sich auch im Jahre 1907 recht ungünstig entwickelt. Dagegen dürften die christlichen Gewerkschaften wieder Fortschritte gemacht haben.

× **Konferenz der Gewerkschaftsvorstände** Am 16. und 17. Dezember fand in Berlin die 5. Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände statt. Beschlossen wurde in erster Linie die Dauer der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse künftig auf 6 Wochen zu bemessen statt bisher 5 Wochen, um eine bessere Ausbildung zu erzielen. Hinsichtlich der Organisation der Land- und Waldarbeiter kam die Konferenz zu dem Ergebnis den Zusammenschluss dieser Arbeiterkategorien zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen. Auch über die Maifeier wurde wieder verhandelt. Bekanntlich hatte der Parteivorstand vom letzten Parteitag den Auftrag bekommen mit der *Generalkommission* eine Regelung der Unterstützung der in Folge der Maifeier Gemassregelten herbeizuführen. Den seitens der *Generalkommission* unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu, und sie erklärte ihr Einverständnis zu einer endgültigen Regelung der Frage mit dem Parteivorstand. Von einer Änderung der in Köln beschlossenen Resolution betreffend Streikunterstützung in grösseren Machtkämpfen soll zunächst abgesehen werden. Be-

schlossen wurde die Veranstaltung einer Statistik über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Berufen und Orten in Deutschland seitens der Gewerkschaften. Für eine fortlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge sagten die Gewerkschaften dem Reichsstatistischen Amt ihre Mitwirkung zu. Um der mit jedem Jahre mehr an Umfang und Bedeutung gewinnenden gewerkschaftlichen Literatur besser Eingang in den Buchhandel zu verschaffen, sollen die Gewerkschaften künftig einen Teil ihrer Schriften der Verlagsbuchhandlung *Vorwärts* in Kommissionsverlag geben. In Sachen des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs eines Vereinsgesetzes waren die Gewerkschaftsvertreter einstimmig der Meinung, dass, solange nicht die reaktionären Einschränkungen der freien Vereins- und Versammlungstätigkeit aus der Vorlage ausgeschieden seien, diese entschieden bekämpft werden müsse. Um die rasche Verbreitung zuverlässiger gewerkschaftlicher Mitteilungen, besonders bei Streiks und Aussperrungen zu ermöglichen, soll das von der sozialdemokratischen Partei geplante Nachrichtenbureau von den Gewerkschaften in Anspruch genommen und gefördert werden. Um ein besseres Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den Genossenschaften anzubahnen, wurde die *Generalkommission* beauftragt bis zum diesjährigen Gewerkschaftskongress mit dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* feste Vereinbarungen im Sinne der vom Kölner Gewerkschaftskongress aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften an die Genossenschaften zu treffen. Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg aufgestellt, die aber noch nicht veröffentlicht worden ist.

× **Baugewerbe** In diesem Jahre dürfte es im Baugewerbe zu einem von den Scharfmachern langer Hand vorbereiteten Machtkampf kommen, wie er gleich umfangreich selbst in diesem Gewerbe noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Die Bauarbeitergewerkschaften waren ja seit Jahren schon davon unterrichtet, dass im Jahre 1908 ein grosser Coup geplant war. Die Vorgänge der letzten Monate lassen über die guten Absichten der organisierten Unternehmer keinen Zweifel mehr zu. Wie aus einem im *Grundstein* veröffentlichten Geheimprotokoll hervorgeht, hat der *Arbeitgeberbund* für

das deutsche Baugewerbe, die bedeutendste Unternehmerorganisation des Gewerbes, am 21. Oktober eine ausserordentliche und streng vertrauliche Generalversammlung in Berlin abgehalten, wo ein Aktionsplan für die Machtkämpfe gegen die Gewerkschaften beraten worden ist. Beschlossen wurde sämtliche Verträge, die im Jahre 1908 ablaufen, am 30. November 1907 zu kündigen und neue Verträge nur bis zum 31. März 1910 abzuschliessen. Sämtliche Verträge sollen nach einem einheitlichen Vertragsentwurf abgeschlossen werden, ferner sollen Arbeitszeitverkürzungen unter 10 Stunden und allgemeine Lohnerhöhungen nicht zugiebilligt werden. Im Sinne dieser Beschlüsse sind am 30. November denn auch von zirka 80 Unterverbänden der Unternehmer die Verträge gekündigt und neue Tarifvorlagen den Gewerkschaften zugeschiedt worden, die im Sinne der oben wiedergegebenen Beschlüsse der Bundestagung abgefasst sind. Danach sind Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse nahezu ausgeschlossen, dagegen werden den Arbeitern in der Lohnfrage erhebliche Verschlechterungen zugemutet. Beispielsweise sollen die Minimallohne schlechthin in Wegfall kommen. Das ganze Vorgehen der Unternehmer kann von den Arbeitern nur als eine brutale Herausforderung aufgefasst werden. Nach dem Verhalten der Unternehmerorganisationen ist ein schwerer Kampf unvermeidlich. Die Bavarbeiter sind gut gerüstet, sie verfügen über finanzkräftige Organisationen, die den wirtschaftlichen Kampf bisher mit grosser Auszeichnung und mit glänzendem Erfolg geführt haben. Sie werden auch jetzt dafür zu sorgen wissen, dass die Bäume der Scharfmacher im Baugewerbe nicht in den Himmel wachsen. Für den Kampf kommt in der Hauptsache das Ruhr- und Rhein-Maingebiet in betracht.

× ×
Holzindustrie Auch von den Unternehmerorganisationen der Holzindustrie ist für dieses Jahr wieder eine Machtprobe gegen die organisierten Arbeiter geplant. Zwischen den Vorständen des *Arbeitgeberschutzverbandes für das Holzgewerbe* und den in Betracht kommenden Holzarbeitergewerkschaften waren bereits Anfang November des letzten Jahres in Kassel Verhandlungen über die künftige Regelung des Tarifverhältnisses in der Holzindustrie geführt worden. Es han-

delte sich in der Hauptsache um eine Klasseneinteilung der Städte bezüglich der Arbeitszeit. Die von dem Holzarbeiterverband vorgeschlagenen Grundsätze über die Regelung der Arbeitszeit, die als nächstes Ziel einer Tarifvereinbarung die schliessliche Durchführung des Neunstundentages bezeichnen, wurden von dem *Arbeitgeberschutzverband* im Prinzip akzeptiert. Dagegen wurde von der geplanten Klasseneinteilung der Städte hinsichtlich der Arbeitszeit zunächst abgesehen. Schon in Kassel wurde von den Unternehmern unverholen zugegeben, dass von ihrer Seite beabsichtigt sei sämtliche im Jahre 1908 ablaufende Verträge zu kündigen, um den Abschluss eines einheitlichen Vertrages analog dem im Jahre 1907 abgeschlossenen herbeizuführen. In der zweiten Dezemberwoche fanden dann im Berliner Rathause Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Unternehmervertretern jener Städte statt, deren Verträge im April 1908 ablaufen. Irgend welches Ergebnis hatten diese Verhandlungen nicht. Die Unternehmer traten hier wieder sehr scharfmacherisch auf und verlangten, besonders im Hinblick auf die Krise, von den Arbeitern Zugeständnisse, die diese ihnen niemals gewähren konnten. Offenbar war es den Unternehmern um eine schnelle Einigung gar nicht zu tun, sie erhoffen alles von der mit Jahresbeginn stärker einsetzenden Arbeitslosigkeit. Mittlerweile haben die Unternehmer an 20 Städten die Verträge gekündigt, die am 1. April ablaufen, nachdem drei vorher ablaufende Verträge von den Arbeiterorganisationen gekündigt worden waren. Über die Erneuerung der Verträge werden jetzt in den einzelnen Orten Verhandlungen geführt, von denen erst die in Stuttgart abgeschlossen worden sind. Ob es in den übrigen Orten wie in Stuttgart zu einer Einigung kommen wird, ist noch sehr die Frage, das schliessliche Ende der Sache wäre dann wieder, wie im Jahre 1907, eine Aussperrung auf der ganzen Linie. Einstweilen kann man noch hoffen, dass die Unternehmer, durch ihre vorjährigen Erfahrungen gewitzigt, genügend Entgegenkommen zeigen werden, um den Kampf vermeidlich zu machen. Nach Abschluss der örtlichen Vertragsverhandlungen findet übrigens in Leipzig wieder eine Verhandlung der Vorstände der beteiligten Verbände statt, um über die noch bestehenden Konfliktfragen zu verhandeln; ferner soll dann unter dem

Vorsitz des ehemaligen Handelsministers Freiherrn von Berlepsch eine von den Unternehmern und Arbeitern in Görlitz, Dresden, Leipzig, Kiel und Düsseldorf gewählte 10gliedrige Schiedskommission zusammentreten, um über die Arbeitszeit in den Vertragsorten zu entscheiden. Auf die Entwicklung der diesjährigen Tarifbewegung in der Holzindustrie kann man jedenfalls sehr gespannt sein.

× **Dienstbotenorganisation** ×
Über die Frage der Dienstbotenorganisation ist es Anfang November zwischen den Gewerkschaften und der Leitung der sozialistischen Frauenbewegung zu recht unangenehmen Auseinandersetzungen gekommen. Bekanntlich ist seit Jahren schon von Nürnberger gewerkschaftlichen Kreisen aus der Versuch gemacht worden eine gewerkschaftliche Organisation auch für die Dienstboten zu schaffen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1907, 2 Band, pag. 794). Die Organisationsversuche hatten Erfolg, so dass unter tätiger Mitwirkung nicht zuletzt der Leiterin des Nürnberger Vereins, der Arbeitersekretärin Genossin Grünberg, in einer ganzen Reihe von Grossstädten Dienstbotenvereine gegründet wurden. In diese Bewegung griffen naturgemäss auch die Leiterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung ein, in einigen Orten war sogar die Gründung von Dienstbotenorganisationen einzig ihrer Initiative zu danken. Über diese Mitarbeit konnte man nur Freude empfinden. Weniger erfreulich war aber der Versuch der Leitung der sozialdemokratischen Frauenbewegung die Dienstbotenbewegung der politischen Bewegung gewissermassen einzugliedern. Von der Vertrauensperson der politisch organisierten Genossinnen wurde nämlich eine ausserordentliche Frauenkonferenz auf den 18. November nach Berlin einberufen, die sich ganz ausschliesslich mit der Frage der Dienstbotenorganisation beschäftigen sollte. Trotz des Protestes der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, die entschieden die Auffassung vertrat, es sei der Sache nicht zuträglich, wenn sie zu einer Angelegenheit der politischen Frauenbewegung gemacht werde, und obgleich sich die gewerkschaftlichen Leiter der Dienstbotenbewegung von der Veranstaltung fernhielten, hat die Konferenz doch stattgefunden. Sie hat eine 5gliedrige Kommission mit dem Sitz in Hamburg eingesetzt, welche die Zentralisation

der Dienstbotenvereine in die Wege leiten und die Schaffung eines einheitlichen Dienstbotenorgans ermöglichen soll.

× **Zweiter deutscher Arbeiterkongress** ×
Ein zweiter deutscher Arbeiterkongress fand Ende Oktober in Berlin statt,

auf dem sich wieder wie auf dem *ersten* im Jahre 1903 die christlichen und antisemitischen Arbeiter- und Beamtenorganisationen ein Stelldichein gaben. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine waren zum lebhaften Bedauern der reaktionären Presse wieder nicht vertreten. Sie lehnen es ab mit dieser konservativ-antisemitisch-ultramontan-reaktionären Gesellschaft gemeinsame Sache zu machen um ihr ohnedies geringes Ansehen bei den Massen nicht noch gänzlich einzubüssen. Wie aus den Äusserungen der Kongressleitung übrigens hervorging, wären auch die Hirsch-Dunckerschen schon in Frankfurt a. M. unter gewissen Bedingungen bereit gewesen sich an dem Kampfe zu beteiligen, doch fanden sie bei den christlichen Vereinigungen nicht das nötige Entgegenkommen, so dass der von der *Gesellschaft für soziale Reform* ausgeheckte Plan eine Phalanx der antisozialdemokratischen Arbeitervereine zu schaffen sich nicht verwirklichen liess. Freiherr von Berlepsch, der Leiter der *Gesellschaft für soziale Reform*, erklärte übrigens in Berlin, dass er auch weiter den *ehrlichen Makler* zwischen christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen machen werde.

Auf dem Kongress, der selbst von der Naumannschen *Hilfe* als eine Zusammenkunft der »Schutztruppe der Reaktion« bezeichnet wurde, sollen 124 138 Arbeiter vertreten gewesen sein, und zwar rund 300 000 christliche Gewerkschafter, 220 000 organisierte Handlungsgehilfen und Beamte und 600 000 Mitglieder konfessioneller Arbeitervereine. Die Zahlen sind stark nach oben abgerundet, aber immerhin dürften rund $\frac{3}{4}$ Mill. christlich-nationaler Arbeiter vertreten gewesen sein.

In der Eröffnungssitzung hielt neben je einem Abgeordneten des Zentrums, der Antisemiten und der Konservativen der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr von Bethmann-Hollweg, eine Rede, die inhaltlich nicht viel bot, bei den Kongresssteilnehmern aber helle Begeisterung auslöste. Die von der Kongressleitung am nächsten Tage hervorgehobene Tatsache, dass von den in Frankfurt an die Gesetzgebung formulierten Forderungen

auch nicht eine verwirklicht sei, konnte diese Begeisterung nur wenig eindämmen. Verhandelt wurde über sozialpolitische Tagesfragen aller Art, doch dürften diese Verhandlungen nur von geringem Einfluss auf die Arbeiterbewegung sein, da es den Kongressmitgliedern an der nötigen Konsequenz fehlt wichtigen sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft Nachdruck zu verleihen. So dürfte auch dieser Kongress lediglich ein Alltagsereignis bleiben, dem jede grössere Bedeutung mangelt.

Eine Kongressabordnung wurde übrigens vom Reichskanzler Fürsten Bülow empfangen und von diesem mit schönen Redensarten abgespist. Von weiteren Taten und Erfolgen der Kongressmacher hat man bisher nichts gehört.

Im Lager der christlichen Gewerkschaften macht sich schon einige Enttäuschung über die geringen Erfolge dieser Tagung bemerkbar.

× England ×
Im Dezemberheft der *Labour Gazette* wird eine Übersicht über die Entwicklung der englischen Gewerkschaften im Jahre 1906 gegeben. Danach existierten Ende 1906 1161 Gewerkvereine mit einem Gesamtmitgliederstand von 2 106 283. Das bedeutet gegen 1905 eine Zunahme von 10,1 %, gegen 1897 von 27,7 %. Von den Mitgliedern waren 162 453 oder 7,7 % weibliche. Die grösste Mitgliederzunahme hatten die Bergarbeiter mit 73 000 Mitgliedern oder 15,3 %, dann folgten die Textilarbeiter mit 36 000 oder 13,8 % und die Eisenbahnbeamten mit 19 000 oder 23,7 %.

Auch in der Metallindustrie war ein Zuwachs von 22 000 Mitgliedern oder 6,4 % zu verzeichnen. Die 100 wichtigsten Gewerkschaften, die 1 273 995 (1905 1 189 707) Mitglieder hatten, verzeichneten Einnahmen in Höhe von 46 883 140 (44 234 660) M., Ausgaben 39 173 520 (41 290 700) M. und an Vermögen 103 970 720 (96 261 100) M. Der Rückgang der Ausgabeziffer ist auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit und der damit bedingten Einschränkung der Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen. Auf den Kopf des Mitglieds berechnet beliefen sich im letzten Jahre die Einnahmen auf 36,80, die Ausgaben auf 30,75 und der Vermögensbestand auf 81,60 M.

Anfang November wurde die öffentliche Meinung in England durch eine Bewegung der Eisenbahner in nicht geringe

Aufregung versetzt. Die Eisenbahngesellschaften hatten an die Eisenbahngesellschaften seit längerer Zeit schon Forderungen auf kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne sowie auf Anerkennung ihrer Organisation gestellt, als welche in der Hauptsache die 100 000 Mitglieder zählende *Amalgamated Society of Railway Servant* in betracht kam. Die Bahngesellschaften lehnten ein Eingehen auf diese Forderungen und besonders entschieden die Anerkennung der Gewerkschaft ab. Ein Streik schien unvermeidlich; mit grosser Mehrheit war der Kampf von den Eisenbahnern beschlossen, und sie hatten die öffentliche Meinung durchaus auf ihrer Seite. Auch die Gesellschaften hatten sich auf einen Kampf vorbereitet. Da kam es durch Vermittelung des Handelsministers Lloyd George zwischen den Gesellschaften und den Eisenbahnern zu einer Verständigung. Zwar wird durch das getroffene Abkommen die Gewerkschaft nur mittelbar anerkannt, doch bedeutet die Vereinbarung insofern einen Erfolg für die Angestellten, als über die Gestaltung ihrer Lage die Gesellschaften künftig nicht mehr einseitig entscheiden können, sondern Schlichtungskommissionen hierfür gebildet werden, in die die Eisenbahner wie die Gesellschaften ihre Vertreter zu entsenden haben.

× Italien ×
In der italienischen Gewerkschaftsbewegung ist es zu einer Spaltung gekommen, die von bedeutungsvollem Einfluss auf die fernere Gestaltung der Verhältnisse in Italien sein und werden dürfte. Bei den gegensätzlichen Strömungen, die die italienische Gewerkschaftsbewegung beherrschen, war diese Spaltung auf die Dauer unvermeidlich. Den äusseren Anlass dazu boten die Vorgänge nach dem grossen Mailänder Generalstreik im Oktober 1907. Es ist darüber bereits in der Rubrik *Sozialistische Bewegung* (in diesem Bande, pag. 58-59) berichtet worden. Die Syndikalisten haben eine Gegenorganisation gegen die *Confederazione del Lavoro*, die Zentralkommission der (reformistischen) Gewerkschaften gegründet. Den an sie angeschlossenen Verbänden und Berufsgruppen soll die grösste Autonomie und die vollständige Freiheit der Initiative des Widerstandes vorbehalten bleiben: die bekannten Grundsätze, wie sie von Anarchisten gegenüber den auf sozialistischem Boden stehenden Gewerkschaften immer ver-

treten worden sind. Auch hier handelt es sich denn auch um nichts weiter als um eine Auflehnung der Anarchisten gegen eine festgefügte gewerkschaftliche Organisation.

Man kann die italienischen Gewerkschafter, die sich seit Jahren schon bemühen leistungsfähige, starke gewerkschaftliche Organisationen zu schaffen zu dieser Session nur beglückwünschen. Denn es wird ihnen jetzt, nun sie von dem syndikalistischen Ballast befreit sind, viel leichter sein vorwärts zu kommen als früher, wo sie in den eigenen Organisationen immer gegen den Widerstand der Syndikalisten anzukämpfen hatten. Und der Syndikalismus, auf sich selbst gestellt, dürfte bald an seiner organisatorischen Unfähigkeit zu grunde gehen.

× **Kurze Chronik** Der langjährige verdiente Hauptkassierer des Textilarbeiterverbandes, Georg Treue, ist am 5. Januar in Berlin im Alter von 47 Jahren gestorben. × In der Krefelder Textilindustrie kam es vor Weihnachten wieder einmal zu einem ersten Arbeitskonflikt. Weil ihnen eine geringfügige Lohnerhöhung von den Unternehmern abgelehnt worden war, stellten Anfang Dezember die Seidenstoffweber in 4 Betrieben die Arbeit ein. Darauf kündigten die Unternehmer zirka 13 000 Textilarbeitern. Der Kampf hatte bereits grössere Dimensionen angenommen, wurde aber bald von den Gewerkschaften infolge der Ungunst der Lage abgebrochen. × Das *Schuhmacherfachblatt*, das Organ des Schuhmacherverbandes hat eine Auflage von 40 000 erreicht. × In Bremen wurde am 24. November das neue Gewerkschaftshaus eingeweiht. × Der Organisationsvertrag im Buchdruckgewerbe ist erheblich modifiziert worden. Nach der neuen Fassung des § 4 des Vertrages sind die Mitglieder des *Deutschen Buchdruckervereins*, der Prinzipalsorganisation, gehalten nur tarifreue Gehilfen zu beschäftigen, während sie nach der alten Fassung dieses Paragraphen nur Mitglieder des *Verbandes der deutschen Buchdrucker* beschäftigen durften. Die Änderung machte sich in Rücksicht auf den *Gutenbergbund* erforderlich, der um Aufnahme in das Organisationsvertragsverhältnis nachsuchte, welcher Aufnahme durch die Änderung des Vertrages begegnet wurde. × Eine am 22. November in Hannover abgehaltene Konferenz der Verbände der

Bäcker, Brauer, Fleischer und Müller hat der Errichtung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes im Prinzip zugestimmt. × Aus praktischen Gründen wollen sich die Berliner und Charlottenburger Gewerkschaftskartelle demnächst verschmelzen. × Am 30. und 31. tagte in Leipzig eine vom Holzarbeiterverband einberufene, stark besuchte Drechslerkonferenz, die sich in der Hauptsache mit Fragen der Organisation und Agitation beschäftigte.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Weltanschauung Eine Einführung in die Philosophie hat Raoul

Richter geschrieben (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/). Es ist eine Reihe von 6 Vorträgen über 1. Wesen der Philosophie als Streben nach dem notwendigen Zusammenhange alles Seienden, 2. das Erkenntnisproblem der Übereinstimmung von Denken und Erfahrung respektive der Evidenz, 3. das Wirklichkeitsproblem, das metaphysisch nach 4 Richtungen als Materialismus und Idealismus, Dualismus und Monismus auseinandergeht, und 4. das Wertproblem, welches in der Sehnsucht nach nicht dogmatischer Moral und Religion gipfelt. Das alles ist schön gegeben. Es bleibt nur die Frage, ob Richter nicht doch nach Einsicht in diese 4 methaphysischen Grundmöglichkeiten — die er genau ebenso unterscheidet wie ich in meinen *Sprüchen der Freiheit* — auf Metaphysik zu gunsten methodischer Erkenntnis hätte verzichten müssen. Er sagt, es sei eine Schande, dass man sich durch den nie ausgehenden Atem persönlicher Herzenswünsche die Atmosphäre der unpersönlichen Erkenntnis verunreinige; aber das ist vielleicht eine ziemlich unpersönliche Schande, deren tiefere Gründe auf sozialem Boden liegen.

J. Petzoldt (*Das Weltproblem von positiv主义ischem Standpunkte aus* /Leipzig, Teubner/) betrachtet das Weltproblem aus den Gesichtspunkten von Mach und Avenarius, zu denen er noch den doch wohl mehr idealistischen Schuppe rechnet. Er sieht von einem Standpunkt, der von der kühnen, wenn auch durch die Autorität Goethes gestützten Behauptung ausgeht, man könne mit dem selben Recht, mit dem man sage, alle Eindrücke seien innere Existenzen, auch sagen, alle Eindrücke seien äussere

schienenen *Kritik der Urteilskraft* seines Lehrers Kant gegenübertritt. Leider fehlt Jacobi wie so vielen, die sich mit Kant beschäftigen, und wie Herder selbst der Blick für die methodische Eigenart Kants, so dass er ihm nicht gerecht werden kann. So sagt er gleich am Anfang, Kant gehe von »den Tatsachen des Denkens zu den Objekten«, Herder »von den Objekten zum Denken«, und das mache den Gegensatz aus. Sagte er nicht, Kant gehe von den »Tatsachen des Denkens«, sondern richtig, er gehe von der Analyse des Objekt Denkens aus, so könnten Kant und Herder ebensowohl zusammen bestehen wie die Betrachtung der optischen Bedingungen, unter denen ich den Gegenstand sehe und die Betrachtung des Gegenstandes für sich. Analog ist es auch in der Ästhetik. Jacobi sagt, bei Kant sei das Urteil, bei Herder das Gefühl ausschlaggebend. Nicht darin liegt der Unterschied, sondern darin, dass Kant analysiert, was in dem doch wohl unzweifelhaft ein allgemeines Urteil darstellenden *Das ist schön* liegt, Herder dagegen beschreibt, wie und warum etwas als schön angesehen wird. Beider Untersuchungen widersprechen sich nur dann, wenn der unter dem zweiten Gesichtspunkt Arbeitende den ersten nicht versteht und nicht zu nutzen weiss. Wenn Kant im Ergebnis sowohl seiner Erkenntnis- wie seiner Sitten- und Kunstlehre anfechtbar ist, so beweist das noch nicht die Anfechtbarkeit seiner Grundmethode. Dass Jacobi diese verkennt, gibt seiner Parteinahme für Herder trotz aller interessanten Erörterungen ein etwas einseitiges Gepräge.

× Pädagogik ×

Man wird sehr gut daran tun gegenüber den mannigfachen neuen Versuchen eine gewisse Kunsthuberei in Schul- und Volksbildung in den Vordergrund zu drängen und damit den Blick von heute wichtigeren Dingen abzulenken sehr vorsichtig zu sein. So war ich auch sehr misstrauisch, als ich ein Buch mit dem Titel *Ästhetik als pädagogische Grundwissenschaft* /Leipzig, Wunderlich/ in die Hände bekam. Aber ich ward, wenn auch im ersten Drittel ein gewisser Durch-einanderfließen der Begriffe störend wirkte, angenehm enttäuscht. Das Buch des frei denkenden Verfassers, Ernst Weber, will nicht, wie sein Titel besagt, seine Ästhetik zu grunde legen, sondern untersucht in sehr ansprechender Weise, in welcher Weise die Stoffe, gleichviel welcher Art sie sind und

gleichviel welchem Zwecke sie zu dienen haben, der Jugend dargeboten werden sollen. In dieser Hinsicht vor allem solle der Lehrer Künstler sein. Der Gedanke beherrscht das Buch, dass der Lehrer nicht schablonenhaft arbeiten sondern den gegebenen Stoff mit innerer künstlerischer Begabung gestalten und der Einfühlung in die Jugend fähig sein müsse, um die innere Gestaltungskraft der Jugend selbst zu wecken. So kann man es sich gefallen lassen. Wenn man auch im einzelnen manches an dem Buche ausstellen muss, es macht innerlich warm und stellt den heute über Formalismus und Kampf um die Ziele so oft vergessenen Gesichtspunkt scharf in den Vordergrund, dass es, gleichviel welches Ziel verfolgt wird, sehr wesentlich auf das Wie ankommt. Dass Weber dabei Streitfragen religiöser, politischer, sozialer Art — abgesehen von der Lehrerinnenfrage — auf dem Wege geht, ist bei dem Zwecke des Buchs verständlich.

× Kurze Chronik ×

Im geistigen Leben sind zwei bemerkenswerte Erscheinungen zu verzeichnen. Einmal die Gründung des *Keplerbundes*. Er knüpft innerlich an Professor Reinke in Kiel an, der ja bekanntlich voriges Jahr im preussischen Herrenhause den Vorstoss gegen Haeckel gemacht hat, und geht äusserlich von Frankfurt aus, wo sich eine Anzahl Theologen und Laien unter dem Konsistorialrat Mahling, zu denen sich auch der bekannte Lic. Weber aus M.-Gladbach gesellt hat, dazu verbunden haben Naturwissenschaft und Christentum in Einklang zu bringen. Der Bund will »vom Banne des das Christentum vorurteilsvoll behandelnden Monismus loskommen« und »den Christen, die volle Freude an den Naturwissenschaften vermitteln«. Die Wissenschaft, die »ohne vollkommene Freiheit nicht bestehen« könne, solle nicht ange-tastet werden. Das letztere wäre sehr erfreulich. Wenn erstlich nur geistiger Kampf beabsichtigt ist, so ist nichts ein-zuwenden. Man wird ja sehen, wer Sieger bleibt, wenn Licht und Wind gleich verteilt sind. Aber hier liegt die praktische Kernfrage. Worauf es heute an-kommt, das ist eben nicht so sehr sich um das zu streiten, was wahr ist, als erst einmal den Boden zu schaffen, auf dem der Kampf um die Wahrheit frei ausgefochten werden kann. × Dagegen hat sich am 15. und 16. Dezember in Weimar ein Bund von 9, bisher zersplitterten Vereinigungen als *Weimarer Kar-*

tell zusammengetan, um gerade diese grundlegende praktische Seite ins Auge zu fassen. Den Vorstand bilden: Dr. Penzig-Charlottenburg, Dr. Riess-München, Prediger Tschirn-Breslau, Peter Schmahl-München, Dr. Vielhaber-Berlin. Ihre Ziele sind: 1. freie Entwicklung des geistigen Lebens und Abwehr aller Unterdrückung. 2. Trennung der Kirche vom Staat. 3. Trennung der Kirche von der Schule. Das sind tüchtige praktische Forderungen. Was freilich nachher bei den auch fast durchweg begrüßenswerten Einzelforderungen die von Dr. Molenaar-München durchgesetzte Forderung der »Schaffung des Ausbaus von freien Volkskirchen« zu tun hat, das begreift man nicht recht. Solche Dinge sind doch Spezialitäten einzelner Liebhaber, keine allgemeine Angelegenheit. Will der Bund etwas Erkleckliches leisten, so muss er alle Eigenbrödeleien abweisend sich auf jene Grundziele und deren Konsequenzen beschränken.

KUNST

Bildende Kunst / Anna Plehn

Géricault

Anschluss an die Tradition wird von neuem gesucht. Es war ein Symptom, dass Max Liebermann in einer Rede an die *Sezessionisten* die Bedeutung der *Akademie* hervorhob. Er sagte, dass es für den Nachwuchs eine grosse Gefahr sei zu missachten, was die Akademie lehren kann, und er betonte, dass man die Akademie erlernt haben muss, um sie verlernen zu dürfen. Worte, die zur rechten Zeit kommen. Gleichzeitig wiederholten sich in Berlin die Ausstellungen schon historisch gewordener Kunst grade an Stellen, die sonst der Moderne in erster Linie huldigen. Voran ging eine Ausstellung von Werken Théodore Géricaults im Salon Gurlitt. Dieser in Deutschland noch kaum gezeigte Meister war durch eine Reihe seiner vorzüglichsten Werke aus den Pariser Privatsammlungen von Otto Ackermann und Chéramy glänzend vertreten. Es waren da Proben aus allen Stadien dieses so kurzen und stürmisch erfolgreichen Lebenslaufs. Man sah in Beispielen, wie dem jugendlichen Selbstbildnis, wie er von dem festen und bestimmten Modellieren der Form ausging und wie er dann zu einer mehr malerischen Auffassung gelangte. Zu einem Kolorismus von tieferer Art als der war, den er noch unter seinem Lehrer Guérin erlernte. Durch eine Schülerarbeit, einen Männerakt mit

einer Purpurdraperie, war das repräsentiert, was Géricault wie seinen Studienossen als Schönfarbigkeit vorgestellt wurde: ein eigenwilliges Umdeuten der Hautfarben in schillernde Töne und ein Verglimmen des Roten im Dunkel. Darauf folgte eine machtvollere Entfaltung des Farbigen in jener Zurückhaltung, die auch im Schwarz und Grau malerische Werte anerkennt, Dramatisch gespannt und leidenschaftlich in dem Panzerlichtblitz und den Scharlachachselstücken des *Carabinier* und gedämpfter, zitternder in der Serie der in einem Irrenhause gemachten *Narrenbilder*. In dem *Artilleriemanoöver* sieht man Courbets Landschaftsstimmungen heraufkommen. Dann erfolgte seit der Reise nach England jene erste Beeinflussung französischer Kunst durch Constable, die also, wie bei dieser Gelegenheit festzustellen war, durch Géricault zuerst aufgenommen wurde, vor jener Ausstellung von 1824, die Paris den englischen Landschaftler zeigte und die bisher stets als das früheste Datum dieser Berührung angeführt wurde. In einer Gouachemalerei — sie stellt ein Montmartremotiv dar und gehört zum Besitz der Sammlung Ackermann — scheint eine der frühesten Freilichtdarstellungen auf französischem Boden zu existieren. Als eine besondere Seltenheit ist noch eine Steinskulptur kleinen Massstabes zu erwähnen, die der Bewunderung Géricaults für Michelangelo entsprungen ein unmittelbares Lebensgefühl verkörpert, wie es um diese vom klassischen Geschmack beherrschte Zeit als etwas ganz Einziges dasteht.

×

Delacroix

Delacroix folgte bei Casirer. In einer sehr viel umfangreicheren Auswahl, von der der grössere Teil der Sammlung Chéramy angehört, während einige besonders schöne Stücke aus der Sammlung Ackermann stammen. Hier sah man den Keim des modernen Farben- und Lichtproblems sich entfalten. Der Kontrast von kalten und warmen Farben als Blau-Grün dem Gelb-Roten gegenübergestellt. Nicht von Anfang an natürlich. Denn auch Delacroix begann als Akademiker, und er hat viel länger als sein unmittelbarer Vorgänger erst Rubens, zuweilen auch die Holländer und dann vorzugsweise Veronese auf sich wirken lassen. Noch in den *Kreuzfahrern*, diesem berühmten *Louvre*-bilde, das in Berlin durch eine Skizze vertreten war, ist Rubenskolorismus. Ich meine den Übergang vom Gelben durch Grün zum Blau in dem Gewand der

×

toten Frau links. Im übrigen sind die Veronesefarben Pfaublau und Weinrot vorherrschend. Je skizzenhafter eine Malerei, desto mehr wird die Farbe vor der Form berücksichtigt werden. Darum musste in dieser Ausstellung, die naturgemäß überwiegend aus Bildentwürfen bestand, das koloristische Problem lebhaft hervortreten, das sich immer mehr zu dem erwähnten Gegensatz *Kalt-warm* zuspitzte. Durch diese koloristischen Übertreibungskühnheiten wurde Delacroix zum Ahnherrn der heutigen Lichtmalerei.

×

Moderne Franzosen Man sah seine jüngsten Nachkommen in einer Ausstellung moderner Franzosen

und Deutschen bei Schulte. Um Maurice Denis, Paul Gauguin, Félix Vallotton und Bonnard scharten sich einige jüngere, die Erwartungen schon durch ihr Ausstellen bei den *Indépendants* in Paris erregt haben. Hier sah man, wie der ursprünglich höchst lebendige Funke der koloristischen Farbengegensätze wieder zu neuem Glühen angefacht wurde. Er war in den Versuchen der Pointillisten jüngst am Erstarren zu einer dekorativ gewohnheitsmässigen Formel begriffen. Das Naturvorbild ist unmittelbarer gegenwärtig in den mit so viel Phantasie gesehenen Beleuchtungsstimmungen des Denis. Er zeigte sich mindestens als Kolorist hier in Berlin, wo er schon Gast der *Secession* war, noch nicht so vielseitig als Kolorist. Sein grösstes und am weitesten durchgearbeitetes Bild ist eine Darstellung der Szene *Lasset die Kinder zu mir kommen!* Im hellsten Tagessonnenglanz schimmert es um die weissen Falten der sich zu den Kleinen herabneigenden Gestalt. Das Schwarze und Farbige an den übrigen Figuren, die in der Tracht unserer Tage mit den Kindern kommen, ist weich von den Lichtfluten umspült, ins Kühle gedeutet ohne Ausarten ins Blaue oder Lila. Sehr schön ist die gütige Gebärde, mit der die Kinder begrüsst werden. Verschiedenes Rote ist in zwei Bildern um eine junge Mutter mit dem Kind an der Brust vereinigt. Fast etwas ängstlich sind die Nuancen einander genähert und so eine Harmonie auf dem weniger verdienstlichen Wege der willkürlichen Änderung des Wirklichen erzielt. Der Mannigfaltigkeit der Natur Einheit zu verleihen wäre etwas, das noch höher stünde. Als schönste Stücke erschienen mir die Herbststimmung von Fiesole mit rotem Laub im Abendschein und einem Schim-

melreiter. Hier war das Hochrote einem Bläulichweissen entgegengesetzt. Dann eine Frühlingsstimmung unter lichten Birkenstämmen mit einigen nackten Figuren, wo die kalte Farbenreihe vom hellen Grün zum Stahlblau der Schatten auf dem Wasser ging und die warmen Töne in einem milden, hellen goldigen Rostrot (als Licht auf dem Wasserspiegel) ihren stärksten Akzent hatten. Endlich nenne ich noch eine Abendstimmung mit gelbem Himmel, gegen den ein weissblaues Haus mit schiefervioletttem Dach und schwarze Frauengestalten standen. So gut ein paar Worte es vermögen, ist hier eine Andeutung von der Mannigfaltigkeit koloristischer Harmonieen, über die Denis verfügt.

Gauguin hatte ausser einigen Landschaften seiner Adoptivheimat Tahiti und einem sehr feinen Stillleben, bronzebraune Vasen auf gelbem Grunde, einige Figurenbilder. Einen Joseph mit Potiphar, von gelben Modellen gestellt, denen durch kornblumenblaue Gewänder die denkbar stärkste Folie gegeben war. Im Lindern dieses jähren Kontrastes durch Grünliches und Graues im Blauen zeigte sich der Kolorist. Am stärksten wirken zwei Halbfiguren von Eingeborenen, *Auf der Flucht*, wo der dumpfe Ausdruck von Angst mit dem Stolz dieser starken Natur ringt und wo das Sonnenlicht auf der gelben Haut zu seltenen Wirkungen führt. Mit van Gogh verglichen, der von ihm so viel hielt, ist dieser Gauguin gewiss der Maler, der mehr Herr seiner Mittel ist, aber dessen Kolorismus nicht von so elementarer Gewalt ist wie der des Holländers. Vallotton, der bisher bei uns mehr als Holzschnittzeichner bekannt war, hatte wundervolle Interieurs mit diskreten und doch glücklich leuchtenden Farben und einige Köpfe und Halbfiguren grossen Massstabes mit schöner, fast altmeisterlicher Klarheit der Formanschauung.

Um zu den Jüngeren zu kommen, so war dort Guérin mit einem noch schäumenden Impressionismus, A. Herbin und einige andere, die alle das bevorzugen, was von Hause aus ganz starke Farbe hat. Der ehrgeizigere Kolorist oder die feineren Augen suchen immer das Farbige in den Beleuchtungen desjenigen, was an sich bescheideneres Gewand trägt. Dann wird das Licht erst recht zum Zauberer. Einer von dieser Art scheint der junge Spanier Picasso, der aber gleich jenen Paris seine Ausbildung dankt. Ein Mädchenkopf mit Blumen-

strauss zeigte ein diskretes Schimmern schwer zu benennender Farben.

×
Moderne
Deutsche

Unter den Deutschen, die mit den Franzosen bei Schulte ausstellten, nahm

Ida Gerhardi eine hohe Stelle ein. Eine grössere Zahl von Bildnissen und Figurenstudien zeigten die Entwicklung dieser feinen Künstlernatur während eines längeren Zeitraums. Die älteren Bilder gehörten in die erste Hälfte der neunziger Jahre. Gemeinsam war allen die starke Betonung des Individuellen im Menschen, so ganz besonders im Bildnis des Malers Rohlf's. In gesteigertem Masse waren für diese Aufgabe koloristische Werte ausgenutzt. Das Licht wurde immer erfolgreicher in Bewegung gesetzt, um jede Form durch Farben-gegensätze darzustellen. Aber an jeder Form haftet ein Seelisches, und niemals dient das Licht dazu die Menschlichkeit des Dargestellten zu verschleiern. Eine tapfer gegen Zeitendenzen Front machende Psychologin.

×
Trübner

Wilhelm Trübner hatte bei Gurlitt eine grössere Ausstellung, später folgten

einige Bilder aus seiner früheren Zeit bei Schulte. Sie waren dort zusammen mit den Arbeiten ehemaliger Diezschüler. Von Trübner war dort eins seiner schönsten Bilder aus seiner dunklen, der Courbetzeit. Eine graue Dogge im Buschgrün, wo sie einen Haufen heller Damenkleider bewacht. Die trüben Grün und Grau, die so delikate und zärtlich nuanciert sind, werden gehoben von den kühlen munteren Helligkeiten. Hier ist das frühere Prinzip, wonach das Lebhaftes nur die Ausnahme, die Kostbarkeit im Gedämpften ist. Angesichts solcher Prachtwerke wird es schwer gegen die zweite Trübnerperiode nicht ungerecht zu sein, wo er mit einem starken, wenn auch nicht plötzlich gefassten Entschluss lauten Farben auf seiner Palette Raum gewährte.

×
Corinth

Louis Corinth, der uns schon oft überraschte, scheint von ähnlichen Erregungen berührt wie die, welche Liebermann seine Worte zu Gunsten der Akademie eingaben. Aller überlauten Bewunderung für dieses Impressionisten Furioso gegenüber hat es mir immer verwunderlich geschienen, wie ihm schöne junge Frauen wohl für ihr Porträt sitzen mögen. Er hat doch Frauen-

bilder gemalt. Aber nur ausnahmsweise blieb etwas von Zartheit, von Anmut bestehen. Corinth selbst wird kaum widersprechen, wenn man sagt, dass er nur Weiber, niemals eine Dame malte. Aber in seiner letzten Ausstellung bei Cassirer erlebte man etwas wie eine Einkehr. Unter den älteren Bildern waren die Bedächtigeren hervorgeholt. Dazu kamen wieder Bildnisse. Ein Gazekleid mit buntem Flitter war von entzückender duftiger Stofflichkeit. Der Mensch darin hatte auch sein Teil haben wollen. Wahrhaftig, das Gesicht war nicht gefegt wie gewöhnlich — freilich, mir scheint, es war auch nicht auf der Höhe des Kleides. Aber wozu hier verweilen? Lieber uneingeschränkte, aufrichtige Bewunderung aussprechen für das Bild der *Hände mit Blumen*. Frische, zarte und höchst ausdruckskräftige Farben spielen vom Kühlen zum Warmen hinüber, um das federige Büschelwesen der Chrysanthemen, den zarten Schmelz der Haut um die Finger, Hand und Arm deutlich zu modellieren. Mit so klarer Raumdisposition wie ich noch nie bei Corinth sah. Dem gab er als Hintergrund ein Gesicht, also die selben Töne wie im Vordergrund, so die Aufgabe um ein Vielfaches erschwerend. Nach diesem Bilde nenne ich noch einen weiblichen Akt, der einen ähnlich ruhigen Anziehungspunkt für die Augen bildet, und der einheitlich, durchgebildet und dabei lebendig ist wie sonst höchstens Bruchstücke in Corinth's Gemälden waren.

×
Kurze Chronik Die Stadt Frankfurt

a. M. beabsichtigt die Errichtung einer städtischen Galerie im Anschluss an das Städelsche Kunstinstitut. Kürzlich ist der Stadt die Kunstsammlung Pfungst zugefallen, die mehr als 2 Mill. M. Wert hat. × In Paris hat am 29. und 30. November eine internationale Konferenz zur Regelung des Ausstellungswesens stattgefunden, wo auch deutsche Delegierte zugegen waren. × Die Geschäftsleitung der Ausstellung *München 1908* hat die 3. Folge ihrer *Ämtlichen Mitteilungen* im Januar erscheinen lassen. Es soll keine Massen- sondern eine Musterausstellung sein. Man wird den Versuch machen die Industrie, soweit sie sich künstlerischen Beirates für ihre Produktionen bedient, an der Ausstellung zu beteiligen. Die Vorführung einer Landhauskolonie ist geplant. Ein besonderes Künstlertheater soll Stücke wie

Faust (mit Bühnengestaltung, Masken, Kostümen von Fritz Erler), *Wolkenkuckuckshelm* (*Vögel*) von Aristophanes-Ruederer (Szene, Kostüme von Hengeler), *Die deutschen Kleinstädter* von Kotzebue (Szene und Kostüme von Th. Th. Heine) und andere aufzuführen. X Innerhalb der Dresdener Ausstellung dieses Jahres soll im sächsischen Hause von Wilh. Kreis die Kunst und Kultur der sächsischen Kurfürsten von 1547 bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts vorggeführt werden.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Schnellverkehr Die Überwindung des Raumes, zunächst bescheidenlich nur auf unserer alten Erde, ist ein Kulturproblem allerersten Ranges. Die hier erreichten Leistungen sind zugleich auch ein Gradmesser für den jeweils erreichten technischen Fortschritt. Freilich lassen sich die in Zeitkilometern ausgedrückten Resultate nicht immer in bare Münze umwerten, und nur zu oft ist das technisch Mögliche nicht zugleich auch das ökonomisch Durchführbare.

Als die Schnellfahrversuche auf der Militäreisenbahn zwischen Marienfelde und Zossen eine Maximalgeschwindigkeit von 250 km in der Stunde ergeben hatten, datierten manche Enthusiasten von diesen Versuchen eine neue Ära des Verkehrswesens, ohne dabei zu berücksichtigen, dass diese grosse Geschwindigkeit zunächst nur in einigen wenigen Einzelfällen und dann auch nur unter ganz besonders günstigen Bedingungen erreichbar gewesen war. Zugleich liessen sie ganz ausser acht, dass zur praktischen Realisierung eines gegen die heutigen Verhältnisse mehr als verdoppelten Schnellverkehrs sämtliche Bahnkörper und alle Betriebsmittel umgebaut werden müssten, so dass die bestehenden Anlagen mit den Milliarden in ihnen investierten Werten auf null hätten abgeschrieben werden müssen. Nichtsdestoweniger tauchten in den Tageszeitungen sehr bald die abenteuerlichsten Projekte auf. Wenn es nach den Zeitungstechnikern gegangen wäre, hätte zum mindesten eine Schnellbahn zwischen Berlin und Hamburg sofort in Angriff genommen werden müssen, auf dass wenigstens in dieser Beziehung Preussen als Kulturland an erster Stelle hätte genannt werden können. Von den wirklichen

Technikern wurde freilich alsbald reichlich Wasser in den Wein dieser Begeisterung gegossen, indem nachgewiesen wurde, dass mit dem Wachsen der Geschwindigkeit die Betriebskosten in viel rascherer Progression ansteigen. Bei der Erreichung einer bestimmten Geschwindigkeit hört dann bald die Rentabilität völlig auf, so dass bei dem gegenwärtigen Stande der Technik — freilich unter dem Gesichtspunkte kapitalistischer Interessen — jedes Übersteigen dieser Geschwindigkeit praktisch undurchführbar erscheint, wobei es zurzeit keinen wesentlichen Unterschied macht, ob die Fahrzeuge mit Dampf oder Elektrizität betrieben werden.

Sehr interessant in dieser Hinsicht sind die Schnellfahrten über den Ozean im Kampfe um das *blaue Band*. Die schnellsten Schiffe liefen bisher von Bremen respektive Hamburg aus, ihre Durchschnittsgeschwindigkeit betrug $23\frac{1}{2}$ Seemeilen in der Stunde. Eine Steigerung der Geschwindigkeit mit den Kolbendampfmaschinen erschien nicht mehr möglich, und deshalb wandte sich das Interesse der Schiffsbauer der Dampfturbine zu. Mit ihrer Hilfe ist es der englischen *Cunard-Line* gelungen den Rekord auf dem Ozean zu brechen und es bis zu einer Maximalgeschwindigkeit von 25,6 Seemeilen in der Stunde zu bringen. Hiermit ist aber die Grenze, nicht des technisch, wohl aber des ökonomisch Möglichen erreicht. Denn bei der Erhöhung der Geschwindigkeit eines Schiffes wächst der Wasserwiderstand etwa im quadratischen, der Kohlenverbrauch aber im kubischen Verhältnisse mit der Geschwindigkeit. Um die Geschwindigkeit eines Schiffes von 28,5 Seemeilen auf 30 Seemeilen zu erhöhen, müssen etwa so viel Kohlen mehr aufgewandt werden als überhaupt erforderlich wären, um diesem selben Schiffe eine Geschwindigkeit von 15 Seemeilen zu erteilen. Bei dem bisher schnellsten deutschen Schiffe, der *Deutschland*, würde sich der Kohlenverbrauch, um diesen minimalen Geschwindigkeitszuwachs erreichen zu können, verdreifachen, die Ladefähigkeit des Schiffes müsste auf 40000 t und die Leistung der Maschinen von 36000 PS auf 100000 PS gebracht werden. Technisch dürfte das alles keine Schwierigkeiten machen, wohl aber praktisch. Der ganze Laderaum müsste den Kohlenbunkern geopfert werden. Es könnten wohl ein paar hundert Passagiere mehr befördert werden

aber der Zeitgewinn von noch nicht einem ganzen Tage bei der Fahrt über den Atlantischen Ozean würde die Steigerung der Fahrpreise um das Dreifache nicht aufwiegen. Dazu kommt aber noch, dass für Schiffsriesen mit einem Tiefgange von zirka 13 bis 14 m weder bei uns noch in Amerika geeignete Häfen vorhanden sind. Die Vertiefung der vorhandenen Häfen würde aber so ungeheure Summen verschlingen, dass kein noch so hoher Fahrpreis auch nur die Verzinsung der Hafenanlagen decken könnte. Sofern nur reine Nützlichkeitsinteressen in Frage kommen, sind wir also hier so ziemlich an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Da aber die Nützlichkeitsinteressen der einzige Ansporn für die Technik und vor allem für das Kapital sind, so dürfte, in den nächsten Jahren wenigstens, ein wesentlicher Fortschritt kaum mehr möglich sein. Dieser Fortschritt könnte aber auch nur da einsetzen, wo wir heute noch mit den vorhandenen Naturkräften unverantwortlichen Raubbau treiben, nämlich bei der Umsetzung einer Energieform in eine andere. Von der in der Kohle aufgespeicherten Energie nutzen wir nämlich, selbst in unseren besten Dampfmaschinen, noch nicht ein Fünftel aus, wenn wir die Wärme in Bewegung verwandeln, der Rest wird vergeudet, lediglich um die Entropie der Welt zu erhöhen, ohne dass wir den Vorteil nutzbarer Arbeit haben. Mit der Dampfmaschine haben wir uns wohl verrannt, und aus dieser Sackgasse hilft uns auch die Dampfturbine nicht heraus. Die Technik muss hier von Grund aus neue Bahnen einschlagen; auch der Explosionsmotor ist noch nicht die endgültige Lösung, vielleicht auch noch nicht einmal der prinzipielle Ansatz zur Lösung. Aber ich will an dieser Stelle auf das Problem der Kraftmaschine nicht weiter eingehen, ich behalte es mir für eine spätere Rundschau vor. Vielmehr will ich noch einen Augenblick bei den Versuchen den Raum zu überwinden verweilen, um zu zeigen, was in der letzten Zeit geleistet worden ist, und wie diesen Leistungen Gefahr droht zu verebben, wenn sie auf ökonomische Widerstände stossen.

×
Telegraphie ohne Draht Einen sehr wichtigen Beleg geben hierfür die Versuche der drahtlosen Telegraphie. Als es zum erstenmal gelungen war von Irland

nach Amerika telegraphische Zeichen zu senden, wurde das baldige Verschwinden der Kabeltelegraphie in sichere Aussicht gestellt, und selbst Techniker warfen die transatlantischen Kabel, in Gedanken wenigstens, zum alten Eisen. Sehr bald aber kam man zur Erkenntnis, dass die zur Erzeugung weitreichender elektrischer Schwingungen erforderliche Energie beim Überschreiten bestimmter Entfernungen sehr bald ins Ungemessene wuchs; so mussten bei den Marconiapparaten Maschinen von mehreren hundert Pferdekraften angewandt werden, um die Entfernung von Irland nach Neufundland überwinden zu können. Es ist klar, dass hierbei die Betriebskosten sehr bald so stark anwachsen müssen, dass das Telegraphieren mit Hilfe von Kabeln erheblich billiger bleibt. Die Funkentelegraphie sah sich deshalb im wesentlichen darauf beschränkt telegraphische Verbindungen zwischen solchen Stellen zu unterhalten, wo die Verbindung mit Kabeln nicht möglich ist, also in erster Linie von Küste zu Schiff und von Schiff zu Schiff. Freilich stehen wir hier erst am Anfange der Entwicklung, und es ist nicht ausgeschlossen, dass wir der ungeheuren Energieverschwendung bei der Funkentelegraphie allmählich doch noch Herr werden; denn diese Verschwendung hat ihren Grund darin, dass sich die elektrischen Schwingungen, die von den überspringenden elektrischen Funken erzeugt werden, gleichmässig nach allen Richtungen des Raumes fortpflanzen, so dass sie im Verhältnis des Quadrates der Entfernung geschwächt werden. Das zu lösende Problem besteht also darin die Ausbreitung der elektrischen Schwingungen in dem ganzen Raum zu verhindern und ihnen eine bestimmte Richtung zu geben, wie dies bei den Lichtschwingungen durch die bekannten Scheinwerfer in sehr erfolgreicher Weise geschieht. Das Licht einer einzelnen elektrischen Bogenlampe, die ungehindert nach allen Richtungen des Raumes austrahlt, wird bereits in ein paar hundert m Entfernung so schwach, dass es kaum bemerkt werden kann. Konzentriert man dagegen das Licht vermittelst geeigneter Reflektoren und Sammellinsen nach einer einzigen Richtung, so kann man es leicht auf mehrere km wahrnehmbar machen, wie dies bei unseren Leuchttürmen und Kriegsscheinwerfern mit bestem Erfolg geschieht. In analoger Weise ist bei der elektrischen Wellentelegraphie zu ver-

fahren. Die Mittel die elektrischen Wellen zu zwingen sich nur in einer bestimmten Richtung fortzupflanzen sind uns allerdings gegenwärtig erst in sehr unvollkommener Weise zugänglich. Welche Erfolge hierbei aber zu erreichen sind, zeigen die Versuche der Telefunkenstation in Nauen. Bei diesem System wird es ermöglicht der Fortpflanzungsrichtung der elektrischen Wellen wenigstens bis zu einem gewissen Grade einen bestimmten Weg vorzuschreiben. Das Resultat ist dann auch sofort eine erheblich grössere Reichweite der elektrischen Wellen unter gleichzeitiger, wesentlicher Ersparnis an aufzuwendender Energie. Mit einer Betriebsmaschine von nur 75 PS Stärke gelang es Ende Dezember vorigen Jahres von Nauen bis nach Teneriffa eine dauernde telegraphische Verbindung aufrecht zu erhalten. Die ausgesandten Wellen hatten hierbei ganz Deutschland, Frankreich und Spanien, das heisst zirka 2400 km Land und dann noch etwa 1300 km offene See zu durchqueren. Gelänge es mit voller Sicherheit den elektrischen Wellen eine bestimmte Richtung zu erteilen, so würde die Betriebskraft noch weiter verringert und gleichzeitig die Reichweite vergrössert werden können. Erst dann aber würde die Wellentelegraphie praktische Bedeutung im Konkurrenzkampf mit den elektrischen Kabeln gewinnen. Allerdings muss dann auch noch eine zweite Bedingung erfüllt werden, nämlich, dass nur diejenige Telegraphenstation eine Depesche aufzunehmen imstande ist, die empfangsberechtigt ist, während heute jede beliebige Empfangsstation jedes irgendwo abgesandte Funkentelegramm aufnehmen kann. Es bedarf keiner Auseinandersetzung, dass die Leichtigkeit, mit der heute Funkentelegramme von jeder beliebigen Funkenstation abgefangen werden können, den Wert der Funkentelegraphie erheblich beeinträchtigt. Andererseits aber bedingt das Ansprechen jedes Empfängers auf Funkentelegramme irgend welcher Art erhebliche Störungen im regulären Betriebe. Störungen, die auch durch Böswilligkeit unter einander konkurrierenden Gesellschaften mit Absicht hervorgerufen werden können. Um der Wellentelegraphie zur vollen Bedeutung zu verhelfen, ist es deshalb erforderlich, dass die Empfangsapparate der einzelnen Stationen auf bestimmte Schwingungszahlen in ähnlicher Weise abgestimmt werden wie etwa Stimmgabeln, die auch nur

dann zum Tönen gelangen, wenn Schwingungen bestimmter Zahl auf sie auf treffen.

Sehr erfolgversprechend sind die Versuche des Dänen Poulson, dem es gelungen ist die elektrischen Wellen bis auf 1 % ihrer Länge abzustimmen, so dass hierdurch die Störung der einzelnen Funkentelegraphenstationen unter einander fast vollständig vermieden werden kann. Eine Empfangsstation, die beispielsweise für elektrische Wellen von 500 m Länge abgestimmt ist, wird von 510 m langen Wellen sicher nicht mehr gestört. Wenn dann die Sendestation mit einer bestimmten Fernstation zu korrespondieren wünscht, hat sie also nur nötig ihre Sender auf die Wellenlänge einzustellen, für die grade diese Empfangsstation eingerichtet ist, um zu verhindern, dass die ausgesandte Depesche von fremden Stationen aufgefangen wird. Andererseits aber können auch Empfangsstationen, die auf bestimmte Wellenlängen abgestimmt sind, nicht ohne weiteres von fremden Stationen gestört werden. Die Mittel, deren sich Poulson bedient, um die Wellenlängen auf bestimmte Grössen einzustellen, bestehen im wesentlichen in der Verwendung einer in einer Wasserstoffatmosphäre brennenden Bogenlampe, deren Lichtbogen dem Einfluss eines Elektromagneten ausgesetzt wird, wodurch ungedämpfte elektrische Schwingungen erzeugt werden.

×
Telephonie ohne Draht Die Verwendung des elektrischen Lichtbogens an Stelle des zwischen Kondensatorplatten überspringenden Funkens zum Zweck der Erzeugung ungedämpfter elektrischer Schwingungen hat es auch ermöglicht nicht nur sichtbare telegraphische Zeichen sondern auch hörbare Zeichen zu übermitteln, so dass auch die Telephonie ohne Draht praktisch möglich wird.

Der Gedanke einer Telephonie ohne Draht ist übrigens erheblich älter als die Wellentelegraphie. Bereits der Erfinder des modernen Telephons, der Amerikaner Bell, hat Vorschläge dieser Art gemacht und Versuche angestellt, die auf der wechselnden Beeinflussung einer Selenzelle durch Variationen der auf die Zelle auffallenden Lichtstrahlung beruhen. Diese Versuche haben allerdings keine praktischen Erfolge gehabt. Dagegen hat der Physiker Ruhmer bei seinen Versuchen auf dem Wannsee in den neunziger Jahren günstigere Resultate erzielt.

Während diese Versuche aber zunächst nur mehr theoretisches Interesse hatten, haben die Versuche Poulsons, die auf der Benutzung elektrischer Schwingungen beruhen, von vornherein eine grössere praktische Bedeutung erlangt. Das erscheint plausibel, weil die Reichweite elektrischer Schwingungen erheblich grösser ist als die Reichweite irdischer Schwingungen. Bei der Wellentelephonie nach Poulson werden ebenso ungedämpfte Schwingungen erzeugt wie bei der Poulsonschen Wellentelegraphie, so dass sich die Stationen für drahtlose Telegraphie leicht auch zu Stationen für drahtlose Telephonie werden ausbilden lassen. Nach dem Erfolg im letzten Jahre auf dem Gebiete der Ferntelephonie ist das utopische Zukunftsbild Ayrtons durchaus nicht mehr in unabsehbare Ferne gerückt: »Einst wird kommen der Tag, wenn wir alle vergessen sind, wenn Kupferdrähte, Guttaperchahüllen und Eisenband nur noch im Museum ruhen, dann wird das Menschenkind, das mit dem Freunde zu sprechen wünscht und nicht weiss, wo er sich befindet, mit elektrischer Stimme rufen, welche nur jener hört, der das gleichgestimmte elektrische Ohr hat. Er wird rufen: Wo bist du? Und die Antwort wird an sein Ohr klingen: Ich bin in der Tiefe des Bergwerks, auf dem Gipfel der Anden oder auf dem weiten Ozean. Oder vielleicht wird keine Stimme antworten, und er weiss dann, dass sein Freund tot ist.«

×
Fernschreiben und Fernsehen Während die bisherige Telegraphie, und zwar ebenso die elektromagnetische wie die Wellentelegraphie, auf der Übermittlung von Zeichen in der Form von Punkten und Strichen, verschiedenartig gestalteten Wellenlinien oder allerhöchstens gedruckten Buchstaben beruht, haben in der letzten Zeit Versuche zur Übermittlung von wirklich geschriebenen Schriftzeichen und selbst Bildern das lebhafteste Interesse erregt. Auch dieses Problem weist bereits ein recht ehrwürdiges Alter auf, denn bereits von Caselli sind in den sechziger Jahren Versuche mit seinem Schreibtelegraphen gemacht worden. Damals lag aber kaum ein Bedürfnis vor auf dieser Bahn weiter zu arbeiten; viel wichtiger war für die damalige Zeit überhaupt erst einmal die ganze Erdkugel in ein Drahtnetz einzuspannen, um sich mit jedem beliebigen Punkte in jedem Augenblicke in Verbindung setzen zu können. Die primitivste Zeichengebung

genügte deshalb schon vollkommen, zumal diese am leichtesten und in einfachster Weise die Beherrschung des Raumes ermöglichte. Inzwischen hat die gewaltige Ausdehnung des telegraphischen Weltverkehrs selbst wieder die Bedürfnisse ausserordentlich gesteigert. In zahlreichen Fällen genügt das gewöhnliche Telegramm nicht mehr, um die Authentizität einer Order oder einer telegraphisch übermittelten Urkunde zu verbürgen. Nur die Handschrift selbst liefert ein beweiskräftiges Dokument. Aus diesem Grunde sind in den letzten Jahren die Versuche zur telegraphischen Übermittlung handschriftlicher Zeichen mit erneuter Energie wieder aufgenommen worden, und es macht heute keine wesentliche Schwierigkeiten mehr eine Handschrift direkt zu telegraphieren. Ähnlich wie bei dem Casellischen Apparat beruhen auch die neueren Fernschreibapparate auf der mechanischen Zerlegung der Bewegung der Hand beim Schreiben in zwei auf einander senkrechte Komponenten, die in der Empfangsstation wieder in eine Resultante zusammengesetzt werden. Das gleiche Ziel sucht Professor Korn unter Vermittlung der Selenzelle zu erreichen, wobei der schreibende Apparat zwei senkrecht zu einander bewegte Lichtstrahlen erzeugt, deren Resultante photographisch fixiert wird und damit ein Abbild des auf der entfernten Station dem Apparate vorgelegten Originals liefert. Bei den grossartigen Versuchen Korns zwischen München und Berlin ist die sichere Übertragung von Photographieen beliebiger Gegenstände in glänzender Weise gelungen, so dass hiermit das alte Ziel nicht nur des Fernschreibens sondern sogar des telegraphischen Fernsehens in greifbare Nähe gerückt ist. Da in jedem Falle sowohl bei der elektrischen Übertragung von Handschriften als auch von Bildern die Auslösung der schreibenden und zeichnenden Mechanismen durch einzelne Stromimpulse geschieht, und da mit der Wellentelegraphie derartige Impulse ebenso übertragen werden können wie mit der Drahttelegraphie, so lag der Gedanke nahe auch die Bildübertragung auf dem Wege der drahtlosen Telegraphie zu bewirken. Die ersten Versuche in dieser Richtung rühren von dem Spanier Guillermo J. Guillén-Garcia her. Wie weit diese Versuche zu Erfolgen geführt haben, ist bisher noch nicht bekannt geworden; jedenfalls aber sind sie interessant genug,

um hier wenigstens Erwähnung zu finden. Prinzipielle Schwierigkeiten stehen der Realisierung dieses Problems nicht entgegen. Gelingt aber die Lösung, so ist ein grossartiger Schritt zur endgültigen Überwindung des Raumes zurückgelegt. Ohne an die starre Materie gefesselt zu sein, können wir uns mit Gedankenschnelle mit unseren wichtigsten Sinnen an jede beliebige Stelle des Raumes hin versetzen, und zur Verwirklichung des alten Menschheitstraumes bleibt nur übrig, dass wir uns auch körperlich von der Erdschwere emanzipieren.

Auch hier hat das vergangene Jahr, wenn auch noch nicht die Erfüllung, so doch wenigstens eminente Fortschritte gezeitigt.

✕ **Luftschiffahrt** Zur Beherrschung der Luft stehen uns zwei Wege offen: Entweder wir machen uns spezifisch leichter als die Luft, sind also in der selben Lage wie ein Schiff auf dem Wasser, oder wir ahmen mit einem Apparat, der spezifisch schwerer als die Luft ist, den Vogelflug nach und erhalten uns schwebend in der Luft, indem wir den relativen Druck des Windes ausnutzen. Beide Bestrebungen haben grosse Erfolge zu verzeichnen.

Bei dem Ballonfliegen, also bei den Apparaten, die spezifisch leichter als die Luft sind, ist die glänzende Leistung des Grafen Zeppelin zu verzeichnen, der mit seinem lenkbaren Luftschiff eine Geschwindigkeit von 14 m in der Sekunde, das sind etwa 50 km in der Stunde zu erzielen vermochte. Bei einer Windstärke von weniger als 14 m Geschwindigkeit in der Sekunde ist also das Luftschiff völlig unabhängig von der Richtung des Windes, wobei natürlich die relative Fortbewegung gleich der Differenz zwischen der Eigengeschwindigkeit und der Windgeschwindigkeit in einer bestimmten Richtung ist. Auch von anderer Seite sind in der gleichen Richtung gute Resultate zu verzeichnen gewesen. Wir nennen nur den lenkbaren deutschen Militärluftballon der Herren Gross und Basenach, den lenkbaren französischen Luftballon der Herren Juillot und Lebaudy sowie den deutschen Ballon des Herrn von Parseval.

Die Luftschiffahrt mit dem lenkbaren Ballon ist allerdings erst möglich geworden, als die Automobilindustrie leichte und zugleich überaus leistungsfähige Motoren zur Verfügung stellte.

Solange man nur die schwere Dampfmaschine hatte, waren die heutigen Erfolge ganz undenkbar. Aber auch mit den gegenwärtigen leichten Motoren ist die Luftschiffahrt noch nicht entfernt konkurrenzfähig mit den übrigen Beförderungsmitteln unserer Tage. Die Ballonluftschiffahrt hat vielmehr gegenwärtig ausschliesslich militärisches respektive sportliches Interesse. Ob ihm überhaupt jemals eine volkswirtschaftliche Bedeutung wird beigemessen werden können, ist sehr die Frage; denn zur Erreichung einer bestimmten Geschwindigkeit in der Luft ist im allgemeinen eine vielfach grössere Arbeit zu leisten als bei der Fortbewegung im Wasser oder gar auf fester Unterlage. Schon bei den Dampfschiffen, die unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten als die Luftschiffe, sind der Eigengeschwindigkeit verhältnismässig enge Grenzen gesetzt, weil bei einem gewissen Punkte das Dampfschiff die Energiequelle nicht mehr fortzuschaffen vermag, sofern es sich nicht nur um ganz kurze Fahrten handelt. Diese Verhältnisse werden aber beim Luftschiff noch ausserordentlich viel ungünstiger, weil einmal die Differenz der spezifischen Gewichte zwischen Luft und irgend einem festen Körper erheblich grösser ist als zwischen Wasser und einem festen Körper, und weil andererseits, um zum Zweck der Fortbewegung einen bestimmten Druck auf die dünne und leicht ausweichende Luft auszuüben, eine vielfach grössere Arbeit zu leisten ist als zur Erzeugung der gleichen Leistung im Wasser. Es ist also eine Frage der kühlen Rechnung, wo der Luftschiffahrt ihre Grenzen gesetzt sind. Und diese Rechnung wird zur Entscheidung der Frage durchgeführt werden müssen, ob das Luftschiff, dessen kulturelle Bedeutung durchaus nicht in Abrede gestellt werden soll, den Kampf mit den anderen Beförderungsmitteln wird aufnehmen können.

Noch erheblich ungünstiger als bei dem Luftschiffe stehen die Verhältnisse bei dem Flugapparat. Die Nachricht der Presse, dass es dem Franzosen Farman gelungen sei, eine Strecke von 1 km in der kurzen Zeit von 1½ Minuten im wirklichen freien Fluge zurückzulegen und dabei zu dem Ausgangspunkt wieder zurückzukehren, hat nicht unberechtigtes Aufsehen erregt, und in sportlicher Beziehung ist hier in der Tat eine grossartige Leistung zu verzeichnen. Aber der Energieaufwand bei diesem Fluge ist

ganz erheblich grösser als beim Zeppelinischen Luftschiffe, wenigstens auf die gleiche Leistung bezogen, denn in beiden Fällen war die Anwendung eines Motors von 50 PS erforderlich.

Das Prinzip der Luftflugapparate ist auf dem bekannten Kinderdrachen basiert und stellt im Grunde nur eine Umkehrung dieses Drachenprinzips dar. In der selben Weise wie der gegen den festgehaltenen Drachen andrängende Wind diesen hebt, muss umgekehrt, sich auch der Drachen in der ruhigen Luft in die Höhe heben, wenn ihm eine Eigenbewegung erteilt wird. Der Knabe, der einen Drachen steigen lässt, weiss dies auch recht gut, denn um den Drachen in ruhiger Luft zum Steigen zu bringen, nimmt er mit dem an der Schnur gehaltenen Drachen einen Anlauf. Das gleiche wird mit dem Flugapparat erzielt, nur dass der Schnurzug durch einen am Drachen selbst befestigten Motor ersetzt wird, der zunächst den Flugapparat auf der Erde in Bewegung setzt. Dadurch wird auf die ausgebreiteten Drachenflügel ein Druck ausgeübt und damit der Flugapparat gezwungen, sich in die Höhe zu heben. Befindet er sich in der Luft, so kann durch Bewegung der Propellerschraube, der eigenartig gestalteten Flügel und der Steuerorgane eine Eigenbewegung, sofern die Windstärke nicht zu gross ist, erzielt werden. Schon aus dieser kurzen Darstellung geht hervor, dass der Flugapparat zunächst lediglich sportlicher Betätigung dient. Aber ebenso wie das Automobil von einem Sportgerät zu hervorragender volkswirtschaftlicher Bedeutung emporgestiegen ist, kann es auch bei dem Flugapparat möglich sein ihn zu höherer Bedeutung empor zu heben.

× **Kurze Chronik** Die Dampfturbine macht der alten Kohlendampfmaschine empfindlichste Konkurrenz. In der grossen Zentrale Moabit der B. E. W. werden Dampfmaschinen von 3- bis 4000 PS abgerissen, obwohl sie erst wenige Betriebsjahre hinter sich haben, und an ihre Stelle treten Dampfturbinen gleicher Stärke; aber dort, wo früher nur eine einzige Kolbendampfmaschine kaum Platz fand, können jetzt 3 ebenso leistungsfähige Dampfturbinen bequem untergebracht werden. × Der Automobilsport, dem sicherlich eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt, hat es jetzt zu einer Weltfern-

fahrt gebracht, die nicht bloss den amerikanischen Kontinent durchquert, sondern dann weiter vorwärts an der pazifischen Küste in die Regionen des ewigen Eises vordringt, um dann die Behringstrasse — wenn möglich auf einer Eisbrücke — zu überschreiten und durch Sibirien und Russland über Wladiwostok, Petersburg und Berlin nach Paris zu fahren. × Einem lustigen Schwindler ist die *de Beers Cie.* zum Opfer gefallen. Ein französischer Gauner gab vor im Schmelztiegel Diamanten erzeugen zu können. An sich nichts Wunderbares, denn vor ihm hatte bereits Moisson im elektrischen Ofen künstliche Diamanten, freilich nur von mikroskopischer Kleinheit, erzeugt. Aber der geriebene Schwindler verstand es den Direktoren der *de Beers Cie.* schöne grosse Diamanten aus dem Schmelztiegel herauszuholen: er hatte sie vorher an den Wandungen der Schmelztiegel angebracht und mit einer verhältnismässig leicht schmelzbaren Paste bedeckt. Dies Taschenspielerkunststück hat die gläubige Gesellschaft mehr als 1 Mill. M. gekostet. × In ganz anderer Weise wird gegenwärtig an der technischen Hochschule in Charlottenburg gearbeitet. Professor Dr. Miethe hat ein allerdings schon früher bekanntes Verfahren so vervollkommnet, dass es ihm gelungen ist künstliche Edelsteine wie Beryll, Spinell und Rubin künstlich zu erzeugen. Vorläufig haben diese künstlichen Steine leider nur einen sehr erheblichen Fehler: sie stellen sich nämlich bedeutend teurer als die natürlichen. Da aber nicht nur das Bedürfnis des Luxus sondern auch das der Technik nach einem harten und zugleich stark lichtbrechenden Material überaus gross ist, so dürfte dieser wunde Punkt in der Erzeugung künstlicher Edelsteine wohl bald überwunden sein. × Die elektrische Starklichtbeleuchtung macht durch Vervollkommnung der Aronsschen Quecksilberdampflampen Anstrengungen das Gasglühlicht aus dem Felde zu schlagen. Dadurch, dass es jetzt gelungen ist den Quecksilberlichtbogen auch in einer schwer schmelzbaren Quarzröhre zu erzeugen, kann man die Temperatur des Quecksilberdampfes ganz erheblich steigern und gelangt zu einer bisher ganz aussergewöhnlich hohen Lichtausbeute. Die Quecksilberquarzlampe ist im physikalischen Sinne der weitaus ökonomischste Beleuchtungsapparat der Gegenwart.